

zivilschutz magazin



Und die Sonne verdunkelte sich

Heute: Der Ausbruch des Krakatau am 26. August 1883

Es muß ein Paradies gewesen sein. Palmenumsäumte Strände, kristallklare Buchten, maleische Hütten, glückliche Menschen. Krakatau, fruchtbare Vulkaninsel unter gleißender Tropensonne, üppige Dschungelvegetation an den Flanken der Berge. Schwerer, süßer Duft liegt über dem Land, schwebt, getragen vom Wind, über tiefblaues Meer, über die Sundastraße zwischen Sumatra und Java.

Seit 1680 gilt der vulkanische Inselberg als erloschen, denn die Langsamkeit geologischer Prozesse entzieht sich menschlicher Anschauung. Dort aber, wo sich Kontinentalränder unter dem Druck sich ausbreitender ozeanischer Krusten auffalten, machen Kompressionsvulkane die so theoretische Plattentektonik plötzlich zu einem Vorgang von höchster Aktualität. Dann macht sich die Erde Luft, schlagartig und explosiv öffnet sie die Pforten zur Hölle, alles zerstörend und vernichtend, Vulkanausbrüche! Lokal herausragende Ereignisse eines übergreifenden Geschehens im Ablauf der Erdgeschichte. Katastrophen für die Betroffenen, brutale Vernichtung von Existenzen.

So kündigen Anfang 1883 drei kleinere Ausbrüche auf Krakatau – fatalistisch zur Kenntnis genommen – die vielfach als die gewaltigste Eruption der Menschheitsgeschichte bezeichnete Superkatastrophe an. Heute hätte man sofort evakuiert, damals blieb man wohnen.

An diesem klaren Tropentag explodiert fast die gesamte 33 Quadratkilometer große Insel, wird mit ihrem Sockel noch 400 Meter unter der Wasseroberfläche zerpulvert und bis in die Stratosphäre geblasen. 18 Kubikkilometer Asche und Bimsstein erreichen Höhen bis zu 70 Kilometer, umkreisen als fein-

ster Staub die Erde und schwächen weltweit die Sonneneinstrahlung noch jahrelang. Den Explosionsdonner hört man bis zu einer Entfernung von 3400 Kilometern. Die der Explosion folgende Flutstoßwelle fordert an den Küsten Javas und Sumatras 36000 Menschenleben.

Der holländische Ingenieur Verbeck, der sich während der Katastrophe in einer Entfernung von etwa 100 Kilometern aufhielt, schildert später seine Eindrücke: „Am 26. August um 1.00 Uhr ein Grollen, das zuerst wie entfernter Donner klang, aber dann von schwachen und



kurzen Explosionen begleitet war, so daß man sich bald überzeugte, es müsse von der Insel Krakatau herrühren... Bald nahmen die Detonationen an Stärke zu und wurden gegen 5.00 Uhr abends auf der ganzen Insel Java gehört. Das Grollen hielt die ganze Nacht an und wurde von Zeit zu Zeit durch eine heftige Explosion unterbrochen...

Die Detonationen wurden schließlich so heftig, daß an der Ostküste Javas niemand schlafen konnte. Am Morgen gegen 7.00 Uhr erfolgte ein so furchtbarer Schlag, daß auch die letzten, die noch versucht hatten, den verlorenen Schlaf nachzuholen, aus den Betten sprangen. In Buitenzorg stürzten in einigen Häusern die Lampen herunter, der Kalk fiel von der Wand, und die Türen und Fenster öffneten sich. Diese Deto-

nation war die stärkste von allen; nach 8.00 Uhr hörte man fast nichts mehr bis gegen 7.00 Uhr abends, als das Geräusch sehr deutlich wieder zu hören war...

Am Dienstag morgen hörte es gänzlich auf. Nach der heftigen Explosion vom Montag morgen war der Himmel klar, nur im Osten zeigte sich leichte Bewölkung. Von 7.00 bis 10.00 Uhr nahm die Dunkelheit langsam zu und vermehrte sich nach 10.00 Uhr mit großer Schnelligkeit, so daß die Lampen angezündet werden mußten; erst gegen 11.00 Uhr 20

Minuten begann der eigentliche Aschenregen, der bis 1.00 Uhr reichlich niederfiel und dann bis 3.00 Uhr allmählich abnahm. Die Asche fiel in kleinen runden Körnern, die man zwischen den Fingern zerdrücken konnte... Die Finsternis war in Buitenzorg nicht vollkommen, indessen war es gegen Mittag doch so dunkel, daß man auf 25 Meter Entfernung Gegenstände, wie Bäume und Häuser, nicht unterscheiden konnte."

Die Flutwelle, die an der Sundastraße alles vernichtete, die Städte Merak, Anjer und Tjarinjin mit all ihren Bewohnern auslöschte, jagt mit voller Wucht quer über den Indischen Ozean – vorbei an Kapstadt – und erreicht bereits nach 17 Stunden Kap Hoorn an der Südspitze Amerikas! Die Schreckensminuten in Anjer

beschreibt der Seemann De Vries: „Einen Augenblick nur hatte ich die anstürmende furchtbare Wassermasse gesehen, als mich das Wasser auch schon aufhob, nachdem es mich erst unter seiner schrecklichen Last fast erdrückt hatte; mit furchtbarer Geschwindigkeit fühlte ich mich in diesem schwarzen, mit allerlei Gegenständen erfüllten Strudel fortgerissen, bis mein Kopf über die Wasserfläche kam und ich Luft schöpfen konnte. Auf einmal fühlte ich Erleichterung; das Holzwerk, das mich beinahe zerquetscht hatte, trieb ab, worauf ich noch die Kraft besaß, einige Fuß höher zu klettern, und jetzt ließ ich meine Augen über meine Umgebung schweifen. Der Anblick war schrecklich; wo Anjer sich befunden hatte, sah ich nur eine brausende, wild rollende Flut, aus der hier und da ein paar Bäume und die Spitzen einiger Dächer hervorragten. In einem gegebenen Augenblick fiel das Wasser mit großer Schnelligkeit und lief in das Meer zurück; ich sah es unter meinen Füßen abfließen, und bald konnte ich meinen hohen Standort verlassen, um Rettung zu suchen..."

Der Krakatau – oder besser sein Rest – ist seit diesem Urknall mit Unterbrechungen tätig geblieben. Aber es war 1883 bei weitem nicht die stärkste Eruption auf unserer Erde. Diese ereignete sich in unserer Nachbarschaft, kaum 200 Kilometer vom heutigen Athen entfernt: Rund 1500 v. Chr. sprengten dort aufgestaute Gasmassen die antike, ehemals 2000 Meter hohe Insel Thera – und mit ihr 750 Kubikkilometer Materie – in die Luft. Eine Explosion, hinter der der gewaltige Ausbruch des Mount St. Helen im Mai 1980 ebenso wie der des Vesuvs – 76 n. Chr. Pompeji und Herculaneum zerstörend – fast zur Bedeutungslosigkeit verschwindet.

zivilschutz magazin



6/82 Juni

ISSN 0173-7872

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich;
im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Waltraud Nettersheim
Günter Sers

Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die
Redaktion. Für unverlangt eingesandte
Beiträge keine Gewähr. Nachdruck
einzelner Beiträge, auch im Auszug,
nur mit Quellenangabe und mit
Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge
geben die Meinung der Verfasser
wieder und müssen nicht unbedingt
mit der Auffassung der Redaktion
übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Versandkosten

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind
6,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.
Die Kündigung eines Abonnements
kann nur zum Schluß eines Kalender-
vierteljahres erfolgen. Sie muß bis
spätestens an dessen erstem Tag
beim Vertrieb eingehen. Bestellungen
beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im
Falle höherer Gewalt oder bei
Störung des Arbeitsfriedens besteht
kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Nicht Geld allein bestimmt die Wirk-
samkeit des Zivilschutzes, sondern
auch Phantasie und Willenskraft“ 8

DRK-Generalsekretär Dr. Jürgen Schil-
ling zum Thema „Zivil- und Katastro-
phenschutz angesichts leerer Kassen.“

„Es ist schon optimal, was uns hier
geboten wird“ 12

Das neue Katastrophenschutz-Zentrum
Gelsenkirchen-Buer wurde seiner Be-
stimmung übergeben.

„Einsatzverfahren des Rettungsdien-
stes beim Massenansturm von Verletzten
und im Katastrophenfall“ 17

Der Ablauf eines Sanitätseinsatzes –
Möglichst vielen Verletzten eine gleich-
mäßige und ausreichende Versorgung
gewähren.

„Eine gelungene Demonstration des
Miteinanders“ 20

Hilfsorganisationen informierten beim
22. Hessentag über ihre Arbeit.

„Eine rollende Fernmelde-
vermittlung“ 22

DRK-Fernmelder in Fellbach bauten eine
mobile Vermittlung.

„Warnämter – Schaltstellen im Warn-
system“ 46

Aufgaben und Arbeit des Warnamtes II.

„Die DRK-Hilfskrankenhaus-
Einheit“ 47

Arbeitsgruppe erstellte Aufgabenkatalog.

„Mehr Menschenleben retten“ 49

Gemeinsame Aktion soll Erste-Hilfe-Aus-
bildung verstärken.

„Malteser leisten Sanitätsdienst“ 53

2200 Helfer beim Katholikentag 1982.

„Die Feuerwehr –
Schutz und Hilfe“ 55

DFV beteiligte sich an Sonderschau in
Österreich.

„DLRG und ADAC vereinbarten enge
Zusammenarbeit“ 57

„Christoph Siegen“ und DLRG wollen
Hand in Hand arbeiten.

„Das Minimagazin“ U 3

In diesem Monat: Safety first im Brand-
schutzdienst.



Umschau

Walter Bargatzky nimmt Abschied vom Deutschen Roten Kreuz

Der langjährige Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, stellte sich aus Altersgründen nicht mehr zur Wiederwahl und legte sein Amt am 24. Juni 1982 nieder.

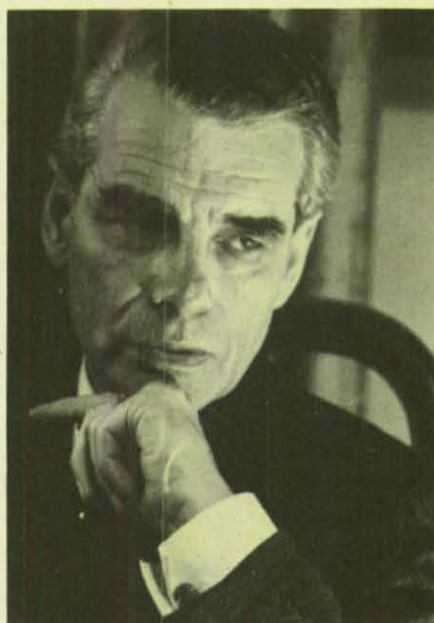
Am 13. April 1910 in Baden-Baden geboren, begann Bargatzky nach dem Studium der Rechte in Heidelberg und Berlin seine Laufbahn beim Oberlandesgericht Karlsruhe und später beim damaligen Reichsjustizministerium. Am Frankreichfeldzug nahm er als Soldat teil, danach war er beim Stab des deutschen Militärbefehlshabers in Frankreich. Dort hatte Bargatzky unmittelbar die Tragik des Widerstandskreises um General Heinrich von Stülpnagel miterlebt.

Unmittelbar nach dem Krieg wurde Bargatzky im Oktober 1945 Polizeidirektor, 1948 Verwaltungsgerichtsdirektor in Baden-Baden. Der damalige Bundesinnenminister Gustav Heinemann holte ihn 1950 in sein neues Ministerium nach Bonn. Dort war Bargatzky, zuletzt als Ministerialdirektor, mit den Aufgaben der Polizei und des Zivilschutzes betraut.

Im Jahre 1963 wurde Bargatzky als Staatssekretär in das neugebildete Gesundheitsministerium berufen. Nach Bildung der Großen Koalition 1966 trat er in den Wartestand.

Nach der Wiedezulassung des Deutschen Roten Kreuzes in der Französischen Zone wurde Bargatzky 1948 von den dortigen Landesverbänden zum Koordinator bestellt. Bei der Neugründung des Deutschen Roten Kreuzes am 4. Februar 1950 übertrug ihm die I. DRK-Bundesversammlung einstimmig das Ehrenamt des Vizepräsidenten, das er 17 Jahre innehatte.

Im Jahre 1967 übernahm Bargatzky das Präsidentenamt im Deutschen Roten Kreuz, das seinerzeit mitten in schwersten Aufgaben stand. U. a. hatte die Bundesregierung gebeten, ein Hospitalschiff nach Vietnam zu senden – eine Aufgabe, die das Deutsche Rote Kreuz



von 1966 bis 1972 erfüllte. Die zahlreichen weiteren Aktionen im In- und Ausland unter seiner Ägide lassen sich an dieser Stelle nicht aufzählen. Aus jüngster Zeit sei jedoch an die Hilfen in Algerien, Italien und Polen erinnert, die insbesondere im letzten Fall über sein Ausscheiden hinaus fortgesetzt werden.

In seiner umfangreichen internationalen Tätigkeit pflegte Bargatzky stets Kontakte zu nationalen Gesellschaften aller Kontinente, vor allem aber zu den Gesellschaften Osteuropas, mit denen seit Jahrzehnten in bilateralen Verhandlungen Fragen der Familienzusammenführung von Deutschen gelöst werden. Einen engen Kontakt hielt er zum Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und zur Liga der Rotkreuzgesellschaften. Er kämpfte für die Verbesserung des humanitären Völkerrechts sowie für eine Ergänzung und Erweiterung der Genfer Konventionen zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten.

Bargatzky orientierte seine internationale Arbeit an der Philosophie der kämpferischen Neutralität, die das Internationale Rote Kreuz, die Rotkreuzgesellschaften und die Regierungen überzeugen soll, daß das Rote Kreuz sich nicht nur rufen läßt, um Kriegsoffer zu pflegen, sondern das humanitäre Recht für sich in Anspruch nehmen muß, sich gegen Kriege selbst zu wenden und bei Konfliktsituationen zu deren friedlicher Lösung beizutragen.

Prinz zu Sayn neuer Präsident des DRK

Am 25. Juni 1982 wurde anlässlich der 32. Ordentlichen Bundesversammlung des Deutschen Roten Kreuzes in Mek-



kenheim-Merl nach dem Ausscheiden des bisherigen Amtsinhabers, Staatssekretär a. D. Walter Bargatzky, der 5. Präsident des DRK nach dem 2. Weltkrieg bestimmt. Die Wahl fiel auf den 55jährigen Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein.

Nach dem Abschluß des Medizin-Studiums in Marburg war Prinz zu Sayn von 1953 bis 1955 als Arzt in Deutschland tätig und belegte 1955/56 die deutsch-indische Expedition als Mediziner. 1958 wurde er zum stv. Bürgermeister der Stadt Laasphe berufen und hatte von 1959 bis 1968 das Amt des Bürgermeisters inne. In den Bundestag wurde Prinz zu Sayn im Jahre 1965 gewählt. Er war bis 1980 Mitglied des Haushaltsausschusses und von 1972 bis 1976 stv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses Jugend, Familie und Gesundheit sowie stv. Vorsitzender und Vorsitzender der Innerparlamentarischen Gesellschaft und ebenfalls Vorsitzender des Unterausschusses „Arzneimittelerrecht“. Von 1969 bis 1980 arbeitete Prinz zu Sayn zudem im Unterausschuß „Humanitäre Hilfe“ mit.

Seit März 1979 ist er Vorsitzender der Gesellschaft und des Verwaltungsrates der Fürst-Wittgenstein'schen Waldbesitzergesellschaft. Prinz zu Sayn ist Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Krebshilfe und seit 1979 Mitglied des Präsidiums des Deutschen Roten Kreuzes.

In letzterer Funktion wurde er vielfach mit Sonderaufgaben betraut und führte u. a. Inspektionsreisen in die Notstandsgebiete Südostasiens und Ostafrika durch und war Verbindungsmann zu den Bundesministerien und dem Bundestag.

Möllermann fragt nach Gesundheitssicherstellungsgesetz

Der sicherheitspolitische Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion, der Abgeordnete Jürgen W. Möllermann, hat in der Fragestunde des Deutschen Bundestages zwei Anfragen nach dem Stand des Gesetzgebungsverfahrens zur Ergänzung von Regelungen über das Gesundheitswesen im Zivilschutz eingebracht. Die Fragen lauteten:

„Hält die Bundesregierung an ihrer Absicht fest, den Entwurf eines ‚Gesetzes zur Ergänzung von Regelungen über das Gesundheitswesen im Zivilschutz‘ in dieser Legislaturperiode in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen und wie ist hierfür der gegenwärtige Sachstand?“

„Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß bei Katastrophen im Frieden und auch bei der größten denkbaren Katastrophe, dem Verteidigungsfall, dem Menschen ärztliche Hilfe nicht verweigert werden darf, daß es immer Zonen geben wird, in denen eine vorbereitete gesundheitliche Versorgung einer großen Anzahl von Menschen Hilfe zum Überleben und zur Selbsthilfe bedeutet und daß jeder mögliche Schutz durch den Staat gewährleistet werden muß, wozu auch Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung gehören, die nicht einfach aus ideologischen Gründen unterlassen werden dürfen?“

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Claus Grobecker, hat die Fragen am 16. Juni 1982 für die Bundesregierung wie folgt beantwortet:

„Im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit wird weiterhin an einem Gesetzes-Entwurf gearbeitet. Da jedoch der gesundheitliche Katastrophenschutz der Länder noch nicht hinreichend geregelt ist, wird es schwer sein, die dann noch fehlenden Regelungen zum gesundheitlichen Zivilschutz schon vorab und damit in dieser Legislaturperiode kabinettreif zu machen. Die hier angesprochenen Schwierigkeiten werden sich auch bei der parlamentarischen Beratung des entsprechenden Oppositions-Entwurfs zeigen. Dessen ungeachtet wird die Diskussion zwischen den Ressorts und mit den Ländern über in Betracht kommende Regelungen intensiv fortgesetzt.“

„Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß ärztliche Hilfe nicht verweigert werden darf, gleichgültig, wer Hilfe bedarf und aus welchem Grund eine Verletzung erfolgt ist. Es ist staatliche Auf-

gabe, Überlebensschutz im Verteidigungsfall zu gewähren. Maßnahmen der gesundheitlichen Versorgung unter Kriegseinwirkungen können jedoch nicht losgelöst von der Berücksichtigung katastrophenmedizinischer Belange im Gesundheitswesen und von sonstigen Regelungen und Maßnahmen der zivilen Verteidigung gesehen werden.“

Björn-Steiger-Stiftung stellt vor: Organ-Transport-Wagen

Die Zahl der Transplantationen ist ständig steigend. Spender und Empfänger der Organe sind jedoch häufig durch große Distanzen räumlich getrennt, so daß ein Transport der Transplantate erforderlich wird. Hier muß heute meist noch improvisiert werden, und dabei ist



nicht auszuschließen, daß die Organe während des Transports Schaden nehmen.

Die Björn-Steiger-Stiftung hat deshalb nach der Idee ihres ehrenamtlichen Mitarbeiters Eberhard Hemminger erstmals in Europa einen Organ-Transport-Wagen entwickelt, der Transplantate, wie zum Beispiel Nieren, Augenhornhaut, Gehörknöchelchen, Knochenmark, Haut, aber auch Blut, schnell und vor allem im notwendigen Temperaturbereich vom Spender zum Empfänger bringt.

Das Fahrzeug ist ein VW-Scirocco GTI, der aus Anlaß der Produktion des 1,5millionsten VW-Karmann von der Firma Karmann, Osnabrück, der Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger gespendet wurde.

Neben Sondersignal und Funkeinrichtung ist das eigentliche Kernstück ein spezieller Tiefkühlcontainer, der stufenlos regulierbar bis zu einer Minustemperatur von 20°C betrieben werden kann. Die Stromversorgung für den Transportbehälter erfolgt über einen Feinstromgenerator. Um absolute Sicherheit für den Transport zu gewährleisten, kann der Kühlcontainer auch aus dem Bordnetz versorgt werden.

Die Stiftung zeigt mit diesem Fahrzeug auf dem stark entwicklungsfähigen Gebiet der Transplantationen einen neuen

Weg für sichere Transportmöglichkeiten. Transplantationen sind auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Jeder, der auf diesem Gebiet helfen will, sollte einen Organspenderpaß bei sich tragen.

„Schnelle Hilfe '82“

Der Lahn-Dill-Kreis führte eine großangelegte Katastrophenschutzübung durch, an der sich Feuerwehr, DRK, MHD und THW beteiligten. Angenommen wurde ein Flugzeugabsturz auf ein Firmengelände sowie eine Zugentgleisung in einem Tunnel. Durch zwei Technische Einsatzleitungen wurde der Einsatz der Helfer koordiniert.

An der ersten Schadenstelle mußten alle Hilfskräfte die Dill mit Schlauchbooten überqueren, da die Brücke unpassierbar



war. Zum Abtransport der „Verletzten“ baute das THW eine Seilbahn über den Fluß, während die Feuerwehrmänner damit beschäftigt waren, Rettungsgeräte überzusetzen. Der Schnelleinsatzzug des DRK Wetzlar bereitete unterdessen in einer Turnhalle eine Notunterkunft vor und richtete eine Verletzensammelstelle ein.

Bei dem Eisenbahnunglück im Tunnel mußten 44 „Verletzte“ und drei „Tote“ von der Feuerwehr geborgen werden. Der Sanitätszug des DRK Dillingen übernahm die Erstversorgung und den Abtransport der „Verunglückten“; das THW baute eine Seilbahn, errichtete eine Notbrücke über den Mühlenbach und hatte die Aufgabe übernommen, Relaisfunkstellen für die Verbindung von TEL zum Stab HVB sowie Telefonverbindungen zu erstellen.

An beiden Schadenstellen waren rund 1200 Helfer eingesetzt, die teilweise unter schwierigsten Bedingungen arbeiten mußten. Den Abschluß bildete eine gemeinsame Lagebesprechung mit „Manöverkritik“.

BASI-Prüfliste „Erste Hilfe“ aktualisiert

Aus dem über 30 Themen umfassenden „BASI-Prüflistenprogramm Arbeitssicherheit“ hat die Arbeitsgruppe „Be-

triebliche Sicherheitsorganisation" die Checkliste „Erste Hilfe“, die den Betrieben für Arbeitsschutz-Betriebskontrollen angeboten wird, überarbeitet.

Die Anfang Juli 1982 neu erscheinende Prüfliste ist für alle wichtig, die mit Fragen der Ersten Hilfe, ihrer Organisation im Betrieb, des Notfall- und Rettungswesens sowie der Aus- und Fortbildung von Ersthelfern und Betriebsanleitern befaßt sind. Bestandteil der Prüfliste sind auch Fragen nach einer wirksamen und zweckmäßigen Ausrüstung für die Erste Hilfe. Ein ergänzendes Informations-Faltblatt für Ersthelfer und Betriebsanleiter ist in Vorbereitung.

Das BASI-Prüflistenprogramm ist zu beziehen über die Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit (BASI), Stresemannstr. 43, 4000 Düsseldorf 1, oder direkt bei der ecomed verlagsgesellschaft mbh, Justus-von-Liebig-Str. 1, 8910 Landsberg/Lech.

„Roter Hahn“ im Deutschen Feuerwehrmuseum

Um eine Attraktion reicher ist das Deutsche Feuerwehrmuseum in Fulda geworden: Seit kurzem können Besucher die anlässlich der Brandschutzwoche 1981 von der Firma Total, Ladenburg, gestiftete Metallplastik „Roter Hahn“ bewundern. Gestaltet von den beiden Diplomdesignern Gilbert und Kresslein, fand sie einen würdigen Platz in der großen Ausstellungshalle des Deutschen Feuerwehrmuseums neben dem Hauptstützpunkt der Fuldaer Feuerwehr.

Grundidee dieser optisch eindrucksvollen Metallplastik ist, die idealen Ziele des Feuerwehrgedankens noch deutlicher herauszustellen. Sie ist Sinnbild für den unermüdlichen Einsatz der Feuerwehren gegen den „Roten Hahn“. So erscheint auch der „Rote Hahn“ in den geflammten Farben des Feuers. Hartes Metall mit schroffen Kanten unterstreicht seine Gefährlichkeit. Und die sich ihm entgegenstreckenden „Waffen“ der Feuerwehr symbolisieren den Kampf gegen den „Roten Hahn“ – eine konzeptionell gut durchdachte Metallplastik, die das Thema „Brandschutz“ hervorragend versinnbildlicht. Um den „Roten Hahn“ so wirklichkeitsnah wie nur möglich zu gestalten, verwendete man auch Originalteile, wie Wasserstrahlrohre, Schaum- und Pulverwerfer.

Für den Besucher des Deutschen Feuerwehrmuseums präsentiert sich der „Rote Hahn“ in der neuen Ausstellungshalle als Anziehungspunkt. Umringt von Großfahrzeugen des deutschen Feuerlöschwesens aus der Zeit von

1808 bis 1937 kann man ihn von allen Seiten betrachten. Seine Gefährlichkeit und Angriffslust bekommt der Museumsbesucher aus jedem Blickwinkel zu spüren.

Wer das Deutsche Feuerwehrmuseum in Fulda besucht, sollte sich aber auch die Zeit nehmen, einen Abstecher in den Museumsbau „Alte Stadtschule“ zu machen. Dieser Teil des Deutschen Feuerwehrmuseums gibt mit Ausstellungsstücken aus sechs Jahrhunderten einen interessanten Einblick in die Löschpraxis vergangener Zeiten. Von den ältesten Löschspritzen und -geräten über Feuerwehruniformen, Urkunden, Bilder bis hin zur Entwicklung des heutigen Feuerlöschers wird hier in anschaulicher Weise Brandschutz-Geschichte dokumentiert. Eine besondere Rarität dieser Ausstellung sind reich verzierte Druckspritzen aus der Barockzeit (1751 und 1754).

1. Bundesversammlung der THW-Helfervereinigung e. V.

Am 22. Mai 1982 führte die Vereinigung der Helfer und Förderer des Technischen Hilfswerks e. V. (THW-Helfervereinigung e. V.) in Düsseldorf ihre erste Bundesversammlung durch. Zum Präsidenten der THW-Helfervereinigung wurde Friedrich Späth, Vorstandsmitglied der Ruhrgas AG, Essen, gewählt. Die Wahl der beiden Vizepräsidenten fiel auf Hans-Joachim Wiegand, Wolfschlungen, und Gerhard Brunke, Goslar.

Weiterhin gehören dem Präsidium an: Willi Hilpert aus Gunzenhausen und



Dr. Ulrich Steger aus Bonn als Beigeordnete, Peter Merck, Darmstadt, als THW-Bundessprecher, Dieter Book aus Mainz als Bundesschatzmeister sowie als Kassenprüfer Friedhelm Teusch, Essen, und Otto Preuß, Elmshorn.

Die vor zwei Jahren gegründete THW-Helfervereinigung e. V. verfügt inzwischen über 335 Ortsvereine mit 16500 Mitgliedern. Ziel der THW-Helfervereinigung ist u. a. die Verbesserung der sozialen Situation der Helfer im THW, die Finanzierung von Maßnahmen und Veranstaltungen, die die Ziele und Aufgaben des THW verdeutlichen helfen, und die Förderung der Jugendpflege innerhalb des THW.



Großbrand in Chemiewerk: Eine Million DM Schaden

Bei einem Großbrand in einem chemischen Werk in Höllriegelskreuth (südlich von München) entstand am 20. Mai 1982 ein geschätzter Sachschaden von rund einer Million DM. Das Feuer war ausgelöst worden durch zwei Explosionen und

zerstörte eine Lagerhalle und verschiedene Nebengebäude. Wegen der weiteren akuten Explosionsgefahr wurde das Werksgelände weiträumig abgesperrt. Unser Bild zeigt die Feuerwehr bei den schwierigen Löscharbeiten.

DRK-Rettungswagen auf dem Wasser: Motorrettungsboot „Rotkreuz I“

Den Prototyp eines neuartigen Motorrettungsbootes stellte das Deutsche Rote Kreuz, Landesverband Nordrhein, der Presse vor: „Rotkreuz I“, im Auftrag des DRK-Generalsekretariates nach den Plänen der Wasserwacht des Landesverbandes gebaut, verfügt über eine Reihe von Neuerungen, die die Wasserrettung erheblich verbessern werden.

Dazu gehören:

- Eine Trageeinrichtung, die über dem Punkt der kleinsten Relativbewegung des Bootes installiert ist. Die Trage ist über das Heck bis zur Wasseroberfläche ausfahrbar, so daß der Notfallpatient unter größtmöglicher Schonung heraufgezogen werden kann. Der Verletzte bleibt auf der Trage liegen, die in den Rettungswagen eingeschoben werden kann. Noch während der Fahrt zum Ufer wird der Rettungswagen über eines der beiden Funkgeräte angefordert und an eine günstige Übergabestelle dirigiert.
- Durch den Wasserstrahltrieb bleibt das Boot auch in flachen Gewässern manövrierfähig; es hat einen Tiefgang von nur etwa 30 cm.

- Schnelle Fahrt zum Unfallort mit Spitzengeschwindigkeit von etwa 65 km/h.

- Alle für die ersten lebensrettenden Maßnahmen notwendigen medizinischen Geräte sind in Griffnähe des am Kopfende der Trage arbeitenden Boots-Rettungssanitäters untergebracht.

- Die Besatzung besteht aus Bootsführer und zwei Rettungsschwimmern, von denen mindestens einer ausgebildeter Rettungssanitäter ist.

Das Boot wurde übrigens anlässlich der 13. Internationalen Boots-Ausstellung „boot '82“ Anfang des Jahres in Düsseldorf durch die Gattin des Bundespräsidenten, Frau Dr. Veronica Carstens, getauft.

„Rotkreuz I“, „der Rettungswagen auf dem Wasser“ – wie das Motorrettungsboot bereits in Fachkreisen genannt wird – eignet sich besonders für Einsätze bei Wassersportveranstaltungen, für den Rettungsdienst und Krankentransport in Überschwemmungsgebieten, für Einsätze im Rahmen des Katastrophenschutzes und auch für Rettungsdienst und Krankentransport von Schiffen an das Land.



Stadt Karlsruhe organisiert Lehrgänge für Warnstellenpersonal

Um die Zahl der mit ausgebildetem Personal besetzten Warnstellen im Stadtkreis Karlsruhe weiter zu erhöhen, führte die Stadt Karlsruhe in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) und dem Warnamt VIII bereits zum zweiten Male eine Ausbildung für Warnstellenpersonal durch. Die Teilnehmer wurden sowohl von Behörden als auch von ortsansässigen Betrieben entsandt. Während die Organisation der Veranstaltung dem städtischen Amt für Zivilschutz oblag,

wurde die Vermittlung des Lehrstoffes von Referenten des BVS sowie des Warnamts VIII übernommen. Die Bandbreite der Vortragsthemen reichte dabei von „Selbstschutz in Behörden und Betrieben“ über „Wirkungen von ABC-Waffen und Schutzmöglichkeiten“ bis zur „Aufnahme und Darstellung der A-, C- und Luftlage“ sowie der Bewertung der jeweiligen Durchsagen.

Von der Stadt Karlsruhe wurde den Teilnehmern das entsprechende Karten-

und Arbeitsmaterial zur Verfügung gestellt, damit das theoretisch vermittelte Wissen durch kurze Übungsbeispiele auch praktisch angewandt werden konnte.

In der abschließenden Aussprache wurde vor allem auf bislang fehlende Fortbildungsmöglichkeiten des Warnstellenpersonals hingewiesen. Im übrigen waren sich jedoch alle Beteiligten über die Notwendigkeit einer solchen Ausbildung einig.

Nach Abschluß dieser Veranstaltung verfügt der größte Teil der Karlsruher Warnstelleninhaber über ausgebildetes Warnstellenpersonal. Es gilt jedoch nun, den erreichten Ausbildungsstand durch Fortbildungs- bzw. Wiederholungsveranstaltungen zu erhalten.

Bundesforschungsminister von Bülow: Sicherheitsfor- schung verstärken

Bundesforschungsminister Andreas von Bülow eröffnete in Bonn ein internationales Symposium über Risiko- und Sicherheitsforschung. Auf Einladung der Fraunhofer-Gesellschaft und der amerikanischen National Science Foundation diskutierten 200 Fachleute Fragen der technischen Sicherheit und des zulässigen Risikos, die bei Systemen mit großem Gefahrenpotential beachtet werden müssen.

In seiner Eröffnungsansprache wies von Bülow darauf hin, daß die technische Entwicklung neue Gefährdungsmöglichkeiten mit sich gebracht habe, die zunehmend Gegenstand öffentlicher Kontroversen werden. Die hochentwickelte Sicherheitstechnik leiste einen wirksamen Schutz der Bevölkerung. Eine absolute Sicherheit aber gebe es nicht, erklärte der Bundesforschungsminister. „Forschung kann und muß einen wichtigen Beitrag leisten, die Risiken, mit denen wir bereits leben und die wir mit unserer technischen Entwicklung neu schaffen, besser zu verstehen und zu bewerten“, betonte von Bülow. Dies sei eine wichtige Aufgabe des Förderschwerpunktes Risiko- und Sicherheitsforschung des Bundesforschungsministeriums.

Die Fachleute in Industrie, Forschung und Verwaltung seien aufgerufen, die erreichte Sicherheit und die verbleibenden Risiken genauer zu analysieren und verständlich zu beschreiben. Dadurch könnten bessere Voraussetzungen geschaffen werden, in Kenntnis der Verhältnismäßigkeit von Risiko und Nutzen technischer Systeme Risikoentscheidungen bewußt zu treffen, transparent zu machen und politisch zu verantworten.

Erdbeben im Westerwald ließ in Frankfurt die Wände wackeln

Für gerade eine Minute bebte am Montag, dem 28. Juni 1982, 11.57 Uhr, in einigen Gebieten von Rheinland-Pfalz und Hessen die Erde. Als Epizentrum des Bebens, das den Wert von 4,5 auf der Richterskala erreichte, ermittelte die Erdbebenwarte Bensberg der Universität Köln den Ort Bad Marienberg im Westerwald.

Dort lösten sich während der Erdstöße in einer Schule Rigippsplatten von der Decke. Von den Schülern, die fluchtartig das Gebäude verließen, kam dabei jedoch niemand zu Schaden. Einzelne Häuser wiesen Risse im Mauerwerk auf, Dachziegel fielen auf die Straße, ein Schornstein brach zusammen.

In Frankfurt riefen durch schwankende Wände verängstigte Hochhausbewohner bei Polizei und Erdbebenstationen an. Auf dem Rhein-Main-Flughafen geriet sogar der Tower ins Wanken. Auch in der Bensberger Erdbebenwarte stand das Telefon nicht still. Anrufer berichteten von vibrierenden Fußböden, wackelnden Schränken und klirrenden Scheiben.

Schon seit Anfang des Monats wurden bereits 18 kleinere Erdstöße im Westerwald aufgezeichnet. Überrascht waren die Wissenschaftler von der für diese Breitengrade ungewohnt hohen Stärke der Erdstöße. Vermutlich sind Verschiebungen der Erdkruste in zwölf Kilometern Tiefe für das Beben verantwortlich. Bislang war der Westerwald auf der Erdbebenkarte noch ein weißer Fleck. Erschütterungen dieses Ausmaßes werden in der Bundesrepublik eigentlich nur entlang des Rheingrabens und in der Schwäbischen Alb erwartet.

Konstituierende Sitzung des BVS-Hauptpersonalrats

Der kürzlich neugewählte Hauptpersonalrat des Bundesverbandes für den Selbstschutz, der die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten des Verbandes vertritt, trat am 3. Juni 1982 in der Bundeshauptstelle in Köln zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen (erste Reihe): Frau Stadelmeyer, Bürofachbearbeiterin bei der Dienststelle Freiburg; Direktor Schuch, Bundeshauptstelle in Köln; Sachbearbeiter Soete, Landesstelle Baden-Württemberg (in Vertretung des neuen HPR-Vorsitzenden Konrad Weigl, Leiter der Dienststelle Weiden); Kraftfahrer Adam, Landesstelle Niedersachsen;



(zweite Reihe): VOAR Ehses, Bundeshauptstelle in Köln; Leiter FAAST Böcker, Dienststelle Coesfeld; Dienststellenleiter Klesper, Dienststelle Münster; VAR Brockmann, Landesstelle Bayern; (dritte Reihe): Fachbearbeiter Diener, Dienststelle Darmstadt; Leiter FAAST Krieger, Dienststelle Osnabrück; Haus-

meister Kober, BVS-Schule Birkenfeld; Abteilungsleiter Dr. Brunkow, Bundeshauptstelle in Köln; Referatsleiter VD Boison, Bundeshauptstelle in Köln; Leiter des Wahlvorstandes VA Siebert, Bundeshauptstelle in Köln; Dienststellenleiter Schneider, Dienststelle Bayreuth.

F.D.P.: Selbstschutzberater auch im Katastrophenschutz einsetzen

Auf Initiative des Sicherheitsexperten der F.D.P.-Bundestagsfraktion, Jürgen W. Möllemann, hat der Arbeitskreis 5 der Ständigen Konferenz der Innenminister kürzlich beschlossen, den Einsatz der ehrenamtlichen Selbstschutzberater der Gemeinden auch im friedensmäßigen Katastrophenschutz vorzusehen. Möllemann hat wiederholt betont, daß es unrealistisch sei, ehrenamtliche Mitarbeiter zu werben und nur für den Einsatz in einem Verteidigungsfall vorzusehen. Möllemann: „So kann man die Einsatzfreude und Einsatzfähigkeit dieser Freiwilligen nicht erhalten. Auch im Frieden sind Katastrophen denkbar, in denen sich die Einheiten des Katastrophenschutzes auf Schwerpunktschadensstellen konzentrieren müssen. Dann können die Selbstschutzberater möglicherweise in weniger betroffenen Bereichen Hinweise zum selbstschutzmäßigen Verhalten der Bürger geben und die Entwicklung der Gefahren- und Schadenlage an den Stab des Hauptverwaltungsbeamten melden. Der Einsatz der ehrenamtlichen Selbstschutzberater sollte nicht an den Kosten scheitern. Die F.D.P. tritt seit je für mehr Rechte des einzelnen ein. Das bedeutet aber auch gleichzeitig mehr Mitwirkung und Mitverantwortung an öffentlichen Aufgaben. Hier können die Selbstschutzberater in ihrem Zuständigkeitsbereich Hilfestellung geben.“

Aktuelle Termine

Das „Haus der Technik e.V.“ in Essen, Außeninstitut der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, teilt folgende Termine mit:

Strahlenschutz-Ingenieur-Kurs zum Erwerb der Fachkunde im Strahlenschutz bei technischer Radiographie: 22.-25. September 1982.

Brandschutz und Feuersicherheit – Methoden und Erfahrungen zur Schadenverhütung: 15./16. September 1982

Strahlenschutz-Grundkurs für Nichtmediziner (Seminar mit Praktikum): 30. September – 2. Oktober 1982

Strahlenschutz-Kurs zum Erwerb der Kenntnisse im Strahlenschutz bei Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten in kerntechnischen Einrichtungen: 8./9. Oktober 1982

Vorbeugender Brandschutz im Baugenehmigungsverfahren: 20. Oktober 1982

Informationen: Haus der Technik,
Hollestr. 1, 4300 Essen 1,
Tel.: (0201) 18031

Die Internationale Ausstellung und Konferenz für Notfälle, Katastrophenschutz und -bekämpfung „Emergency 82“ findet vom 20. bis 22. Oktober 1982 im Genfer Palais des Expositions statt. Im Mittelpunkt stehen Grundausrüstungen, Materialien und damit verbundene Dienstleistungen von Hilfsorganisationen, die das Leben von Katastrophenopfern retten und deren Leiden lindern helfen. Die Vorbereitung auf und Bekämpfung von Erdbeben, Flutkatastrophen, Orkanen, Bränden und anderen Notfällen ist das Ziel der Ausstellung und Konferenz. Über 80 Unternehmen aus Europa, den USA und Kanada beschicken die Ausstellung.

Der begleitende Kongreß ist von der Internationalen Zivilschutzorganisation (ICDO), dem Büro des Koordinators für die Katastrophenhilfe der Vereinten Nationen (UNDRO) und der Liga der Gesellschaften vom Roten Kreuz und vom Roten Halbmond vorbereitet worden.

Informationen über die Ausstellung:
Mack-Brooks Exhibitions Limited,
62 Victoria Street, St. Albans/England
AL1 3XT. Telefon (0727) 63213,
Telex: 266350.

Informationsmaterial über den Kongreß:
Emergency 82 Kongreß-Sekretariat,
Postfach 112, CH-1218 Grand-Saconnex/Genf, Schweiz, Telefon: 981111,
Telex: 422784.

Franz Rautek wurde 80

Am 10. 4. 1902 in St. Pölten, Niederösterreich, geboren, seit frühester Kindheit in Wien, hat sich Franz Rautek als Sportlehrer für Jiu-Jitsu und Gymnastik einen Namen gemacht. Weltweit bekannt wurde er durch die von ihm 1943 entwickelte „Rautek-Griff-Technik“, die es ermöglicht, verunfallte und hilflos gewordene Menschen schonend und kräftesparend zu heben, zu tragen und aus dem Auto zu bergen.

Den Impuls, sich mit diesem Problem eingehender zu befassen, verdankt Rautek dem Wissensdurst eines seiner Jiu-Jitsu-Schüler an der Wiener Universität. Dieser warf die Frage auf, ob es nicht möglich sei, unter Ausnutzung der dem Jiu-Jitsu eigenen Hebeltechnik etwa einen zu Fall gebrachten „Gegner“, trotz vollkommen passiven Verhaltens, hochzuheben und fortzuschaffen. Die gezeigte Lösung war derart verblüffend, daß Rautek sich bemüßigt fühlte, seine Entdeckung publik zu machen und Interesse dafür zu wecken.

Universitätsprofessor Dr. Alfred Gisel war der erste „Rot-Kreuz-Fachexperte“, der den Wert dieser neuen Methode des Hebens und Tragens sofort erkannte und in dankenswerter Weise zum Befürworter und Wegbereiter einer guten Sache wurde.

In unzähligen Vorträgen und Schulungen hat Rautek seine seit 40 Jahren bekannte „Rautek-Griff-Technik“ im In- und Ausland persönlich vorgeführt und geschult. Seither sind die „Rautek-Griffe“ längst zum integrierten Bestandteil der „Ersten Hilfe“ geworden.

Tausende Merkblätter, die von Rautek verfaßte Broschüre „Helfen und Bergen“ 1957 vom ÖRK, 1971 vom DRK in Druck gebracht; ein Stummfilm 1953, ein Tonfilm 1972, beide im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht gedreht, vergrößerten den Interessentenkreis und unterstützten seither die Lehrtätigkeit in besonderer Weise.

Die „Rautek-Griffe“ sind heute, außer in der Fachliteratur, auch in Nachschlagewerken und Lexika des In- und Auslandes fest verankert.

Interessanterweise ist Professor Rautek selbst, für so manche Helfer, die die „Rautek-Griff-Technik“ längst praktizieren, nicht mehr existent, also demnach noch bei Lebzeiten zur Legende geworden.

Baum: Sorgfältiger Umgang mit dem Rohstoff Wasser

Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum hat dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages den Bericht über den Stand der Wasserversorgung in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Der Bericht wurde von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundes, der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser und des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches unter der Mitwirkung zahlreicher Fachleute aus weiteren Behörden und Verbänden, aus Wissenschaft und Praxis erarbeitet.

Bundesinnenminister Baum erklärte anläßlich der Vorlage des Berichts: „Das Wasserdargebot in der Bundesrepublik Deutschland ist ausreichend. Die regionale Verteilung der nutzbaren Wasservorkommen entspricht indes nicht immer dem örtlichen Bedarf; ein überregionaler Ausgleich ist deshalb in vielen Fällen nötig. Über 96% der Bevölkerung sind an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen, die sich durch ein hohes Maß an Zuverlässigkeit und Sicherheit auszeichnet. Die Trinkwasserqualität genügt den hygienischen und gesundheitlichen Mindestanforderungen, in den meisten Fällen ist sie erheblich besser.

Der Wasserversorgungsbericht macht aber auch deutlich, daß die Sicherung einer einwandfreien Wasserversorgung weitere ernsthafte Anstrengungen der Verantwortlichen auf allen staatlichen Ebenen, aber auch im privaten und industriellen Bereich erforderlich macht. Eine Reihe von Problemen ist noch ungelöst; künftige Gefahren für die Trinkwasserversorgung sind noch nicht auszuschließen. Trotz des bisher Erreichten dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen, sondern müssen unsere Anstrengungen zur Sicherung der Wasserversorgung weiter erheblich verstärken...“

NRW: Verteilung der Feuerschutzsteuer unverändert

Nordrhein-Westfalen hat die bisherige Praxis der Verteilung der Feuerschutzmittel nicht geändert, insbesondere nicht zu Lasten der Gemeinden und Kreise. Diese Antwort gab Innenminister Dr. Herbert Schnoor namens der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU-Landtagsabgeordneten Zellnig, Daners, Hoffmann und Dr. Klose.

Das Land finanziert – gleichbleibend wie auch in den Vorjahren – aus der Feuerschutzsteuer zentrale Maßnahmen des Feuerschutzes (z.B. Landesfeuerwehrschule) und die Zuschüsse an die Gemeinden. Aus diesem Grund kann von Verlusten, die den Gemeinden entstehen, oder von einer Verschlechterung des bisherigen Leistungsniveaus im Feuerschutz keine Rede sein.

Schnoor teilte ferner mit, daß zu der Befürchtung kein Anlaß besteht, die Kreise müßten bis zum 30. Juni 1982 die von ihnen gewünschten Zuschüsse aus der Feuerschutzsteuer für das Jahr 1983 beantragen, ohne zu diesem Zeitpunkt zu wissen, wie viele Zuschüsse ihnen für das Jahr 1982 bewilligt wurden. Unmittelbar nach Verabschiedung des Haushaltsgesetzes für das Jahr 1982 habe er die Regierungspräsidenten nachdrücklich gebeten, die Kreise und Gemeinden rechtzeitig über die Höhe der Zuwendungen für 1982 zu unterrichten.

Das Zitat

„Ich halte die ganz große Katastrophe für möglich, und nicht nur für möglich, sondern auch für wahrscheinlich; aber das absolute Grauen, das ich empfinde, vermag mich nicht hoffnungslos zu stimmen.“

Carl Friedrich von Weizsäcker, der am 28. Juni 1982 seinen 70. Geburtstag beging.

Zivil- und Katastrophenschutz angesichts leerer Kassen

Nicht Geld allein bestimmt die Wirksamkeit des Zivilschutzes, sondern auch Phantasie und Willenskraft

Wir würden uns vor einer Vorsorgepflicht davonstellen, wenn wir so täten, als gäbe es entweder nur ewigen Frieden oder das totale Chaos, in dem alles seinen Sinn verliert – Mobilisierung des Selbstschutzgedankens – Der beste Zivilschutz ist eine gute Außenpolitik

Wer über Zivilschutz spricht, befaßt sich mit der Möglichkeit eines Krieges. Vor ein, zwei Jahren noch hätte das Rote Kreuz mit diesem Thema die Öffentlichkeit gelangweilt. Jäh und unvermittelt erregen wir heute kritische Aufmerksamkeit, wenn wir uns in Wort und Tat zu unserer satzungsgemäßen Aufgabe bekennen, nicht nur in Friedenszeiten, sondern gerade auch dann zu humanitärer Hilfe bereit zu sein, falls die Friedenssicherung versagt.

Die Ausbildung von Schwesternhelferinnen, die Ausrüstung und Schulung unserer Aktiven für Aufgaben im Zivil- und Katastrophenschutz erscheint einem Teil besonders engagierter Friedenskämpfer als unverantwortlicher Beitrag zur Vorbereitung eines Atomkrieges. Würde sich das Deutsche Rote Kreuz aus Konfliktscheu dieser Kritik entziehen wollen – was läge näher, als öffentliche Aussagen zu diesem Thema zu vermeiden und sich darauf zu verlassen, daß die letztlich politisch motivierte Kritik an unserer Arbeit von denen zurückgewiesen wird, die für die Politik in diesem Land verantwortlich sind?

Die Versuchung, sich so zu verhalten, wäre groß, denn das DRK legt Wert darauf, sich an politischen Auseinandersetzungen wegen seiner Verpflichtung zur unbedingten Neutralität nicht zu beteiligen. Wenn wir uns trotzdem der Auseinandersetzung stellen, dann sicher nicht aus intellektueller Rauflost, sondern weil wir an unserer Aufgabe irre werden müßten, wenn wir uns verschweigen.

Dem Satz: „Stellt euch vor, es ist Krieg und keiner geht hin“ halte ich dessen Abwandlung entgegen: „Stellt euch vor, es schreien und stöhnen die Verwundeten, und keiner geht hin.“

Krieg – unzulässiges Mittel der Konfliktregelung

Im übrigen ist die Gefahr, von dem ernsthaften argumentativen Teil der Friedensbewegung mißverstanden zu werden, gering. Das Rote Kreuz hat von Anfang an die Anwendung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen als einen fundamentalen Verstoß gegen den Grundsatz

der Menschlichkeit betrachtet. Weiterhin hat es sich unbedingt für das Anwendungsverbot der Waffen ausgesprochen, die geeignet sind, überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden zu verursachen. Schließlich tritt es für eine möglichst weitgehende, völlige Abrüstung ein. Die XXIV. Internationale Rotkreuz-Konferenz in Manila hat, wie alle ihre Vorgängerinnen, die Staaten der Welt zum Frieden gemahnt und auf Abrüstung gedrängt. Immer wieder hat das Internationale Rote Kreuz die Öffentlichkeit eindringlich gemahnt, daß allein schon aus der Logik des Begriffs „Humanität“ der Krieg als unzulässiges Mittel der Konfliktregelung betrachtet werden muß.

Gute Absicht allein genügt nicht

Und dennoch, wir wissen um die Zerbrechlichkeit solcher Bemühungen und haben uns nie darauf verlassen, daß gute Absichten allein genügen, um den Frieden zu sichern. Aufgrund seines humanitären Realismus hat das Internationale Komitee vom Roten Kreuz wenige Jahre nachdem die Charta der Vereinten Nationen den Krieg geächtet hatte, das Recht zur Humanisierung der Kriegsführung durch Überarbeitung der Genfer Konventionen unter Verwertung der Erfahrungen des II. Weltkrieges modernisiert, um in der traurigen, aber berechtigten Annahme, es werde wieder Kriege geben, den Schutz der betroffenen Menschen zu verbessern. Dutzende von Kriegen, die seit 1949 stattgefunden haben, zeigen, wie weise das IKRK gehandelt hat. Und es liegt in dieser Logik, daß das IKRK im Jahr 1977 die Staaten der Welt veranlaßte, in einer zweijährigen diplomatischen Konferenz zwei Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen zu erarbeiten, die die kriegführenden Staaten durch das Humanitäre Völkerrecht noch mehr in die Pflicht nehmen, keine vermeidbaren Leiden im bewaffneten Konflikt zu verursachen.

Das Genfer Recht verpflichtet darüber hinaus alle Signatarstaaten, sich für die Verbreitung der Kenntnis dieser Abkommen einzusetzen, erwartet also, daß sich die Bevölkerung jederzeit der Gefahr eines

möglichen Krieges bewußt ist und ihre Rechte und Pflichten in diesem großen Katastrophenfall kennt.

Ganz im Sinne dieses, dem Menschen und nicht dem Kriegsgott verpflichteten Realismus spielen die nationalen Rot-Kreuz-Gesellschaften, also auch das DRK, satzungsgemäß eine wichtige Rolle im Zivilschutz ihres Landes, weil im Ernstfall nur die Tat dem Opfer hilft und nicht die Friedensliebe.

„Die Institution des Krieges überwinden“

In dieser unbeirrbarsten Haltung steht das DRK zum Glück nicht allein. Der Physiker, Philosoph und Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Carl-Friedrich von Weizsäcker, wird nicht müde, aus humanitärer Sorge um die Zukunft seiner Enkel der deutschen Öffentlichkeit einzuhämmern, sie solle sich ihrer Gefährdung durch einen möglichen künftigen Krieg bewußt werden und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen.

„Es kommt in der Tat darauf an“, sagt von Weizsäcker, „die Institution des Krieges zu überwinden. Diese Erkenntnis entbindet uns offenkundig nicht von der mitmenschlichen Pflicht der Fürsorge für die Opfer der nichtatomaren Kriege, die heute ständig stattfinden. Und sie entbindet uns, so müssen wir begreifen lernen, auch nicht von der Prüfung, ob Vorsorge möglich ist für den vielleicht atomaren Krieg, der bald in unserem Lande geführt werden könnte.“

Von Weizsäcker hat sich auch mit dem Vorwurf auseinandergesetzt, den ich eingangs zitierte, Schutzvorbereitungen machen den Atomkrieg wahrscheinlicher. Er wischt diese Kritik mit überzeugender Kürze beiseite. „Unser Land ist klein. Es liegt geographisch nah beim einzig möglichen Gegner, und ihm fehlt sowohl die militärische Macht wie der politische Spielraum, um einen Krieg gegen diesen Gegner zu beginnen. Die Vorstellung, wir könnten durch die eingeschränkten Zivilschutzmaßnahmen, die wir treffen können, einen Angriffskrieg gegen den Warschauer Pakt vorbereiten, ist militärisch absurd.“

Nicht vor der Vorsorgepflicht davonstehlen

Sehr viel ernster ist der Einwand zu nehmen, gegen den Atomkrieg gibt es keinen Schutz. Nur ist dies eine Binsenweisheit. Man muß nicht Fachmann sein, um zu wissen, dieses Land ist mit Mann und Maus atomar zu vernichten, wenn es jemand darauf anlegt. Da hilft kein Gott und kein Zivilschutz. Die eigentlich interessante Frage ist nur, wie wahrscheinlich ist ein derartiger nuklearer Vernichtungsschlag, und wie wahrscheinlich sind begrenztere Kriegsbilder, deren humanitäre Konsequenzen durch Zivilschutzmaßnahmen erheblich gemildert werden könnten.

Lassen wir noch einmal von Weizsäcker zu Wort kommen: „Ich hebe hervor, daß mein eigenes Argument von verteidigungs- und abschreckungspolitischen Überlegungen vollkommen unabhängig ist. Ich gehe davon aus, daß Krieg in der Welt, auch in Europa, möglich ist, und daß er unser Land durchziehen könnte, selbst wenn wir uns entschlossen, es gegen keine Invasion zu verteidigen. Auch das Extrem der totalen Zerstörung ist nicht von vornherein der wahrscheinliche Fall. Im Krieg zerstört man allenfalls einen solchen Gegner total, den man aufs höchste fürchtet oder haßt, und den zu beherrschen oder zu versöhnen man sich nicht zutraut.“

Mit anderen Worten: Wir würden uns vor einer Vorsorgepflicht davonstehlen, wenn wir so täten, als gäbe es entweder nur ewigen Frieden oder das totale Chaos, in dem alles seinen Sinn verliert.

Praktische Verbesserungen des Zivilschutzes

Hätte sich das DRK nur mit einigen extremen Kritikern auseinandersetzen, so brauchten wir uns keine Sorgen zu machen. Viel schwieriger wird es, wenn wir uns der Frage zuwenden, auf welche Weise der Schutz der Zivilbevölkerung praktisch verbessert werden kann.

Die Fachwelt ist sich darin einig, die Politiker aller Parteien eingeschlossen, daß wir im Gegensatz zur Schweiz und Schweden einen geradezu erbärmlich unterentwickelten Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland besitzen. Daß nur für 3% der Bevölkerung Schutzräume vorhanden sind, wissen wohl die meisten Bürger. Sie sollten sich auch darüber im klaren sein, daß die im Jahr 1972 von der Bundesregierung noch für notwendig gehaltenen 600 000 Helfer nur zu einem Viertel ausgebildet und ausgerüstet sind. Es fehlt an Geld für den Zivilschutz, es fehlt zum Teil auch noch an den gesetzlichen Grundlagen. Gerade haben wir es erleben müssen,

daß der Entwurf eines Gesundheitssicherstellungsgesetzes von dem zuständigen Bundesministerium zurückgezogen worden ist. Man muß sich einmal klarmachen, daß die Bundesrepublik Deutschland 33 Jahre nach ihrem Entstehen noch immer keine rechtlichen Grundlagen hat, um das notwendige Personal für die Besetzung von Hilfskrankenhäusern zu erfassen und zu qualifizieren.

Alle Organisationen, die sich dem Zivil- und Katastrophenschutz verpflichtet wissen, haben es an Mahnungen in den letzten Jahren nicht fehlen lassen. Als Lobbyisten der Humanität haben wir selbstverständlich unsere Pflicht getan und die zuständigen Ressorts auf Bundes- und Landesebene gebeten, den Zivilschutz nicht nur verbal zu propagieren, sondern auch durch praktisches Regierungshandeln ernster zu nehmen. Und es wäre nicht fair, wenn ich verschweigen wollte, daß sich der Bund jährlich mit über 700 Millionen Mark im Zivilschutz engagiert. Es wäre auch unverantwortliche Polemik, diesem Betrag die über 40 Milliarden Mark für die Verteidigung gegenüberzuhalten, und allein aus diesem Zahlenspiel ein angebliches Desinteresse der Politiker an dem Zivilschutz abzulesen. Es fehlt nicht am Interesse, sondern an der Willens- und Durchsetzungskraft.

Breite politische Basis erforderlich

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich zensiere nicht, sondern schildere einen objektiven Befund. Selbst in Zeiten, in denen die Kassen von Bund und Ländern noch gefüllt waren, vermochten sich die Befürworter eines stärkeren Zivilschutzes mit ihren unbeliebten Cassandra-Rufen gegenüber den sehr viel attraktiveren Zwecken einer Wohlstands- und Leistungsgesellschaft nicht recht zur Geltung zu bringen. Es gab und gibt in allen Parteien des Bundestages eine Reihe von problembewußten Politikern, die gern mehr tun würden, aber sie finden nicht die breite politische Basis, die ihnen im Verdrängungswettbewerb der edlen Zwecke eine Chance böte, die bisherigen Etatansätze drastisch zu verstärken.

Die öffentlichen Hände sind heute in der Situation eines Familienvaters, der genau weiß, daß sein Haus und sein Mobiliar völlig unzureichend gegen Feuer und Einbruch versichert sind. Er würde sofort den Vertreter der Versicherung kommen lassen und höhere Beiträge akzeptieren, wenn dies nicht bedeuten würde, das große Auto zu verkaufen und auf einen Kleinwagen umzusteigen, nicht mehr nach Ceylon zu fliegen, sondern in der Lüneburger Heide zu

wandern und aus dem Tennis-Club auszutreten. Was liegt da näher als der Gedanke „Wieso soll es ausgerechnet in meinem Haus brennen, und warum sollen die Einbrecher ausgerechnet mich heimsuchen?“

Das gesellschaftliche Bewußtsein schaffen

Es ist müßig, darüber zu streiten, ob dies eine verantwortliche Einstellung ist. Es ist zumindest eine mögliche Einstellung. Und ein Volk, dem es nicht mehr geheuer wäre, in dieser Weise auf eine glückliche Zukunft zu spekulieren, müßte sich schon etwas deutlicher erklären und erst einmal genügend gesellschaftliches Bewußtsein schaffen, das Parlamentarier veranlassen könnte, sich derartige Regungen zu eigen zu machen.

Das folgende Beispiel mag die Situation schlaglichtartig verdeutlichen: Der zuständige Arbeitskreis einer politischen Partei lud unlängst die Vertreter der am Zivilschutz beteiligten Organisationen zu einem Gespräch über die Perspektiven des Zivilschutzes ein. Alle Organisationen sagten ihren Spruch auf, und zwar uni sono nach der Melodie „Der Zivilschutz setzt mehr Geld voraus“. Das beeindruckte die Abgeordneten sehr. Der Vorsitzende bedankte sich artig und sagte: Mit Freude habe er gehört, daß alle Organisationen darin übereinstimmen, wie wichtig der Zivilschutz sei. Sie sollten nun alle zusammen mit einem flammenden Appell an die deutsche Öffentlichkeit treten und kräftig für diese Einsicht werben. Die Politiker würden dann nicht verfehlen, aufgrund dieser so geschaffenen Aufgeschlossenheit der Bürger die entsprechenden Programme zu beschließen.

Die Verblüffung bei den Hilfsorganisationen war groß, denn in der Schule hatten sie alle gelernt, daß das Parlament den Volkssouverän repräsentiert, und es seines hohen Amtes ist, der Nation zu sagen, wo es langgeht. Bei aller Bereitschaft, viel Verantwortung im Rahmen der eigenen Zuständigkeiten zu tragen, würde doch keine Hilfsorganisation auf den Gedanken kommen, ersatzweise politisch führen zu sollen.

Wir haben den Zivilschutz, den wir verdienen

Wir würden es uns wiederum zu leichtmachen, mißbilligend den Kopf zu schütteln und uns bedauernd zu bestätigen, wie wenig kraftvoll und fordernd der Staat seinen Bürgern gegenübertritt. Viel verantwortungsbewußter wäre es, wenn wir unsere eigene staatsbürgerliche Verantwortung

für den heutigen Zustand des Zivilschutzes erkennen würden. Die öffentliche Meinung hat verständlicherweise den Gedanken an Krieg und Tod nur zu gern verdrängt und Fragen der Landesverteidigung gleichsam aus der Perspektive eines Versicherungsnehmers betrachtet. Unausgesprochen hat die westdeutsche Öffentlichkeit gehofft, sich mit jährlichen hohen Aufwendungen für den Verteidigungshaushalt ständig eine ausreichend hohe Police im Bündnis zu kaufen, um angesichts so stattlicher Prämienzahlungen absolute Sicherheit erwarten zu dürfen. Wen wird es da verwundern, daß die Politiker, deren parlamentarische Existenz von der Popularität ihrer Entscheidungen abhängt, sich auf diese landläufige Meinung eingestellt haben? Kann man ihnen zumuten, die Bundesbürger aus ihrer behaglichen Wohlstandsstimmung hochzuscheuchen und die auch so schon immer zahlreicher werdenden ökonomischen Verzichte noch zu erhöhen? Es mag für manchen eine bittere Erkenntnis sein, aber wir haben in der Bundesrepublik Deutschland genau den Zivilschutz, den wir verdienen.

Wie stets ist auch hier Einsicht der erste Weg zur Besserung, freilich zu einer Besserung, die sich in bescheidenen Grenzen halten wird. Verlorene Jahrzehnte lassen sich kaum wieder aufholen, und in der Lage der heutigen Staatsfinanzen schon gar nicht.

Geld allein bestimmt nicht die Wirksamkeit

Und dennoch, Zivilschutz bleibt möglich. Es gibt ärmere Länder als die Bundesrepublik Deutschland, die für den Verteidigungsfall Vorsorge für den Schutz ihrer Bevölkerung getroffen haben. Ein Beweis dafür, daß nicht Geld allein die Wirksamkeit des Zivilschutzes bestimmt, sondern auch Phantasie und Willenskraft. Es ist keine Situation denkbar, in der nicht Organisationen, wie das Rote Kreuz, darauf drängen müßten, auch in einer geradezu verzweiferten wirtschaftlichen Lage des Staates die Warnungen Carl-Friedrich von Weizsäckers nicht aus dem Auge zu verlieren. Sittliches verantwortliches Staatshandeln steckt unter keinen Umständen auf, wenn es gilt, die Chancen für das Überleben auch nur eines Teils der Bevölkerung zu verbessern.

Staatsbürgerliches Kapital: Die Helfer

Selbst bei stagnierendem Wachstum ist das deutsche Bruttosozialprodukt hoch genug, um durch Umschichtungen einen gewissen Grundschutz zu erreichen. Es fehlt nicht an Anregungen. Steuerliche Anreize

für den Bau von Schutzräumen in Einfamilienhäusern gehören ebenso dazu wie die immer wieder vorgetragenen Forderungen der Hilfsorganisationen, sich des staatsbürgerlichen Kapitals der Hunderttausenden von freiwilligen Helfern zu entsinnen, die für vergleichsweise wenig Geld gut geschult und ausgebildet das Prinzip Hoffnung für die humanitäre Hilfe im Kriegsfall verkörpern würden.

Wir sollten es uns als Deutsches Rotes Kreuz aber nicht so leichtmachen, nur Forderungen an den Staat zu richten, sondern dem Bürger mit gutem Beispiel vorzugehen. Auch wir haben auf allen unseren Verbandsebenen die eigenen Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. Ich sage das im vollen Bewußtsein der zum Teil wirklich schmerzlichen Engpässe, die wir angesichts der Fülle unserer Aufgaben nicht nur im Bereich der nationalen Hilfsgesellschaften, sondern auch der Wohlfahrtsarbeit verspüren. Wir haben uns mit unserer Katastrophenschutzvorschrift selbst die Rute aufgebunden. Es heißt darin: „Die Schaffung der Einsatzbereitschaft für den Katastrophenfall in organisatorischer, personeller und materieller Hinsicht gehört zu den wichtigsten und umfassendsten Aufgaben des DRK.“ Alle anderen Aufgaben müssen mit dieser Zielsetzung in Einklang gebracht werden. Der Vorstand eines jeden Rotkreuzverbandes trägt in seinem Bereich die Verantwortung für die Vorbereitungsmaßnahmen.

Das personelle Potential des DRK

Natürlich kann dies alles nur im Rahmen sinnvoller Proportionen gelten. Wir können nicht die Sozialarbeit zugunsten des Zivilschutzes einstellen, nur um Löcher aufzufüllen, die der Staat hinterlassen hat. Aber es muß unser Ziel sein, in jedem Kreisverband wenigstens einen voll aufgestellten Sanitätszug in der Normalstärke von 50 Mann zur Verfügung zu haben. Dies bedeutet zum Teil die Schaffung neuer Einheiten bzw. die Auffüllung vorhandener Halbzüge auf die volle Sollstärke. Ein unverzichtbares Anliegen muß es sein, bei allen Zügen nach einer dreifachen Besetzung zu streben. Würde dieses Ziel erreicht, so könnte das DRK bundesweit etwa 105000 Helferinnen und Helfer in diesem wichtigen Bereich einsetzen. Geht man von den gleichen Zielvorgaben für den Betreuungsdienst aus, so kämen noch einmal 35000 Helferinnen und Helfer hinzu. Zur Errichtung einer entsprechenden Anzahl von ortsfesten Betreuungsstellen, mit je 18 Helfern und Helferinnen, wären weitere 36000 Kräfte erforderlich. Nehmen wir das notwendige Personal für Hilfskrankenhäuser, Schutzraumbetriebsdienste sowie die Kräfte für unseren Hilfszug hinzu, so

würde sich das Bild um weitere 10000 bis 15000 Aktive abrunden. Selbst dann wäre das personelle Potential des DRK noch nicht erschöpft, weil wir insgesamt mit einer Helferreserve von 300000 Freiwilligen rechnen.

Würde uns der Staat mit vergleichsweise bescheidenen Zuwendungen in den nächsten Jahren beispringen, würde dies ein Signal für alle unsere Gremien sein, derart ermutigt, nach weiteren Möglichkeiten Ausschau zu halten.

Mobilisierung des Selbstschutzgedankens

Wir denken dabei nicht so sehr an aufwendige Kapazitäten von technischem Gerät und Fahrzeugen, sondern an die Mobilisierung des Selbstschutzgedankens durch unser bürgernahes gutes Beispiel. Ohne dem Bundesverband für den Selbstschutz ins Gehege zu kommen, könnte das DRK verstärkte Aufklärung und Ausbildung der Bevölkerung im Zivil- und Katastrophenschutz unter Betonung der sanitäts- und betreuungsdienstlichen Elemente auf der Orts- und Kreisebene betreiben. Es ist nun einmal unsere große Stärke, daß wir überall in den Gemeinden präsent sind und das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Es müßte auch möglich sein, unter Ausnutzung der bereits bestehenden Kapazitäten im Betreuungsdienst und sonstiger vorhandener Einrichtungen, z. B. der Rettungswachen, stationäre Sanitäts- und Rettungsstellen für Großkatastrophen aufzubauen, in denen eine erste Versorgung von Verletzten stattfinden könnte, die aus der Umgebung dort hingebacht werden.

Die Vorteile einer ortsfesten Einrichtung liegen auf der Hand. Sie sind im Ernstfall leichter zu besetzen, z. B. auch mit Schwesternhelferinnen, die für einen Einsatz im Krankenhaus nicht mehr in Frage kommen. Der Aufwand für sie wäre sehr viel geringer als für einen auf Mobilität ausgerichteten Sanitätszug, und die flächendeckende Existenz eines solchen Sanitäts- und Rettungsnetzes würde der realistischen Annahme Rechnung tragen, daß im bewaffneten Konflikt nur noch begrenzt mit Bewegungen zwischen den einzelnen Orten gerechnet werden kann.

Von möglichen Veränderungen nicht überraschen lassen

Wir sollten diese Gedanken vertiefen. Interessanterweise finden sich hier Anklänge an die theoretische Diskussion, die derzeit im militärischen Bereich unter dem Stichwort der „raumdeckenden Verteidigung“ stattfindet. Der von dem Franzosen Brosset eingeführte Gedanke, der von Afheldt

und Loeser fortentwickelt worden ist, gliedert den Raum in ein Gitterwerk von Sektoren, die nicht zuletzt logistisch auf sich selbst verwiesen werden. So wenig es Aufgabe des DRK ist, an der strategischen Diskussion aktiv teilzunehmen, so sehr ist es unsere Pflicht, diese neuen Konzeptionen geistig mitzubewältigen, um von der durchaus möglichen Veränderung der heutigen Strukturen nicht unvorbereitet überrascht zu werden.

Der wesentliche Beitrag des DRK für eine Verbesserung des Zivilschutzes würde aber in dem unübersehbaren Beispiel liegen, mit dem die Bürger an ihrer Selbstverantwortung gepackt würden. Zivilschutz ohne Selbstbeherrschung und Bürgersinn kann man vergessen. Der noch leistungsfähige, aber nicht wehrpflichtige Bürger oder die Bürgerin müßten wohl aus der reinen Konsumentenhaltung gegenüber dem Zivilschutz heraustreten. Es sind nur alte Denkgewohnheiten, die Zivilisten zu der Annahme verleiten, es sei ihr Recht, im Kriegsfall zu fliehen, und sie hätten auch einen Anspruch auf einen Schutzraum, in dem sie sich bergen können. Aus welchem Grundrecht könnte der Zivilist aber ein solches Privileg gegenüber dem Soldaten ableiten? Der Soldat hat auf jeden Fall eine Präsenzpflicht, dort auszuhalten, wo ihn

der Befehl hinstellt, und es wird auch niemand kommen, der den Grenadier einer Sicherungskompanie im Gelände mit einer trümmersicheren Decke ausstattet. Wer nicht schanzte, riskiert seinen Kopf.

„Rotkreuz-Refugien“ mit geringen Mitteln schaffen

Warum dieser schmerzliche Hinweis auf logische Selbstverständlichkeiten, die dennoch auf den ersten Blick als Zumutung erscheinen? Den Durchschnittsbürger auf diese Weise zu erschrecken, ist deswegen erforderlich, weil es Bevölkerungskreise gibt, die im Verteidigungsfall nicht auf sich selbst verwiesen werden können, weil es ihnen an der physischen Leistungsfähigkeit mangelt. Staat und Bürger haben die sittliche Pflicht, alten Menschen, Behinderten und Kindern ein humanitäres Schutzprivileg einzuräumen, wenn die Kraft des Staates nicht reicht, der breiten Masse der Bevölkerung ausreichenden Schutz zu gewähren. Wenn der Staat in die Lage versetzt würde, seine für die Gesamtbevölkerung unzureichenden Vorkehrungen auf diese Gruppe zu konzentrieren, so würden die Betroffenen eine sehr viel höhere Rettungschance erhalten, als es die sinnlo-

se Streuung der bisherigen Konzeptionen ermöglicht. Soliebensicherwain jeder Stadt mit geringen Mitteln Rotkreuz-Refugien für diese Teile der Bevölkerung schaffen, die ebenso wie Krankenhäuser unter dem Schutz der Genfer Konventionen stehen würden, als solche gekennzeichnet wären und deren Lage schon in Friedenszeiten einem potentiellen Gegner bekanntgegeben werden könnte.

Der beste Zivilschutz ist eine gute Außenpolitik

Das Udenkbare denken und nicht zu verzweifeln, ist unsere Aufgabe. Wir können sie ohne Panik angehen, weil wir zum Glück in Europa in dem Teil der Welt leben, in dem alle Regierungen das Gedicht vom Zauberlehrling offenbar auswendig kennen und beherzigen. Wir haben eine hohe Chance, trotz unseres bohemienhaften Umgangs mit dem Zivilschutz friedlich davonzukommen, weil alle Verantwortlichen wissen, daß Friedenssicherung weitaus sinnvoller ist als Schadensminderung. Der beste Zivilschutz ist eine gute Außenpolitik. Dieser Satz wird immer seine Richtigkeit behalten; aber, dies war der Sinn meines Vortrags, er ist kein Alibi für Leichtfertigkeit.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist in Kürze die Stelle

des Fachbearbeiters/der Fachbearbeiterin

bei der BVS-Dienststelle Freiburg (Verg.-Gr. Vb BAT)

zu besetzen.

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutzes verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt Eingruppierung in Vergütungsgruppe Vc BAT.

Wir bieten außerdem die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **15. August 1982** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung (auf dem Dienstweg).

„Es ist schon optimal, was uns hier geboten wird“

Ehemalige Kaserne aus den dreißiger Jahren für 6,7 Millionen Mark renoviert – Eine zweckmäßige Unterkunft für die Katastrophenschutz-Helfer

„Wir könnten es uns nicht besser vorstellen, es ist schon optimal, was uns hier geboten wird“, war die einhellige Meinung aller Hilfsorganisationen, die sich anlässlich der Eröffnung des neuen Katastrophenschutz-Zentrums in Gelsenkirchen-Buer der Öffentlichkeit vorstellten. Das Deutsche Rote Kreuz, der Malteser-Hilfsdienst, die Johanniter-Unfall-Hilfe, das Technische Hilfswerk, die Freiwillige Feuerwehr, der Bundesverband für den Selbstschutz sowie Regieeinheiten des Fernmelde- und ABC-Dienstes und das Zivilschutzamt der Stadt Gelsenkirchen haben hier, in einer ehemaligen Kaserne eines Militärflughafens, eine neue Bleibe gefunden, nachdem sie teilweise jahrelang provisorisch untergebracht waren.

Eingebettet in einen herrlichen alten Baumbestand liegen die schmucken anderthalbstöckigen dunkelbraunen Backsteinhäuser, die Elemente westfälischer bäuerlicher Architektur aufweisen und vom Landeskonservator als denkmalwürdig bezeichnet wurden. Zwischen den Gebäuden laden große, schattige Rasenflächen zum Verweilen ein. Welch ein Unterschied zu der räumlichen Enge unserer heutigen nüchternen Bauweise!

Großzügige Räumlichkeiten

Die Instandsetzung der gesamten Anlage aus den dreißiger Jahren dauerte rund dreieinhalb Jahre und kostete dem Bund 6,7 Millionen Mark. Fünf neue Kraftfahrzeug-Hallen und zusätzliche Pkw-Stellplätze ergänzen die vorhandenen Gebäude. Drei Kilometer vom Zentrum der Stadt, in der Nähe eines Autobahnanschlusses gelegen, ist die Anlage eine ideale Ausgangsbasis für eine schnelle Hilfeleistung der Katastrophenschutz-Organisationen.

Das THW hat in zwei Gebäuden die Geschäftsstelle des Geschäftsbereichs Gelsenkirchen/Bottrop und die Führung des Ortsverbandes Gelsenkirchen untergebracht. Hinzu kommen Umkleide-, Ausbildungs- und Aufenthaltsräume für die insgesamt 420 Helfer des Ortsverbandes. In 38 Garagen stehen die Fahrzeuge der sieben Bergungszüge, zwei Instandsetzungszüge, zwei Versorgungsgruppen sowie eines Jugendzuges. Auf einem großen Übungsgelände werden die THW-Helfer aus- und fortgebildet.



Eingebettet in einen herrlichen alten Baumbestand liegen die neuen Unterkünfte der Hilfsorganisationen.



Das großzügige Platzangebot bietet viele Möglichkeiten für Aktivitäten außerhalb der Gebäude.

Die Freiwillige Feuerwehr hat auf dem Gelände den Löschzug „Rettung“ Gelsenkirchen-Erle-Nord stationiert. Den 28 Feuerwehrmännern stehen Umkleideräume, ein großer Unterrichtsraum, ein Besprechungszimmer und ein Aufenthaltsraum zur Verfügung. Ein Dachgeschoß soll noch für Jugendgruppen ausgebaut werden.

Die Führungsgruppe, ein Betreuungszug, zwei Sanitätszüge, ein Verbandplatzzug und ein Krankentransportzug des DRK fanden im Katastrophenschutz-Zentrum ein neues Zuhause. Der MHD unterhält zwei Ausbildungsräume für einen Sanitätszug und lagert Geräte, und die JUH hat sich mit der Geschäftsstelle des Kreisverbandes Gelsenkirchen sowie einem Sanitätszug und einer Führungsgruppe etabliert.

Großzügige Räume erhielt auch die BVS-Dienststelle Gelsenkirchen. Für die Selbstschutz-Ausbildung stehen ein Unterrichtsraum und das Übungsgelände des Zentrums zur Verfügung.

Im Haus V der Anlage hat das Zivilschutzamt der Stadt Gelsenkirchen Platz gefunden. Hier liegen auch die Arbeitsräume des „Stab HVB“ sowie eine Fernmeldezentrale. Ebenso hat die Stadt auf dem Gelände ihre Regieeinheit „ABC-Dienst“ und „Fernmeldedienst“ untergebracht. Eine Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt liegt in der Nähe des Übungsplatzes.

Kennenlernen erleichtert

Rund 300 Gäste konnte Gelsenkirchens Oberbürgermeister Kuhlmann zur offiziellen Inbetriebnahme des Katastrophenschutz-Zentrums am 4. Juni 1982 begrüßen; unter ihnen Bundes- und Landtagsabgeordnete, der Abteilungsleiter „Zivile Verteidigung“ im Bundesinnenministerium, Ministerialdirektor Wedler, Ltd. Ministerialrat Maier-Bode, Abteilungsleiter „Feuerschutz, Katastrophenschutz, Zivilschutz, Zivile Verteidigung“ im Landesinnenministerium NRW, Regierungspräsident Schlegelberger, Oberstadtdirektor Prof. Dr. Meya, THW-Direktor Ahrens sowie der Direktor des BVS, Schuch.

Als der Oberbürgermeister vor seiner Eröffnungsrede die Gäste im hinteren Teil der festlich geschmückten Garagenhalle nach vorne bat, weil die Mikrofonanlage ausgefallen war, war dieses Zusammenrücken schon fast symbolisch für eine der Aufgaben, die das Katastrophenschutz-Zentrum in Zukunft haben soll. Kuhlmann brachte dies auch gleich zu Beginn seiner Ansprache zum Ausdruck, als er sagte: „In diesem Zentrum wird nun reges Leben herrschen. Die Helfer der Hilfsorganisationen und Fachdienste haben jetzt auch persönlichen Kontakt untereinander. Das Ken-



Für die Einsatzfahrzeuge und Geräte der Katastrophenschutz-Organisationen wurden neue Garagen-trakte erstellt.



Nach der Eröffnungsfeier besichtigten die Gäste Fahrzeuge und Gerät der Hilfsorganisationen (von links): Oberstadtdirektor Prof. Dr. Meya, Ministerialdirektor Wedler, Ltd. Ministerialrat Maier-Bode, THW-Direktor Ahrens, Bundestagsabgeordneter Volmer (CDU) und Poß (SPD).



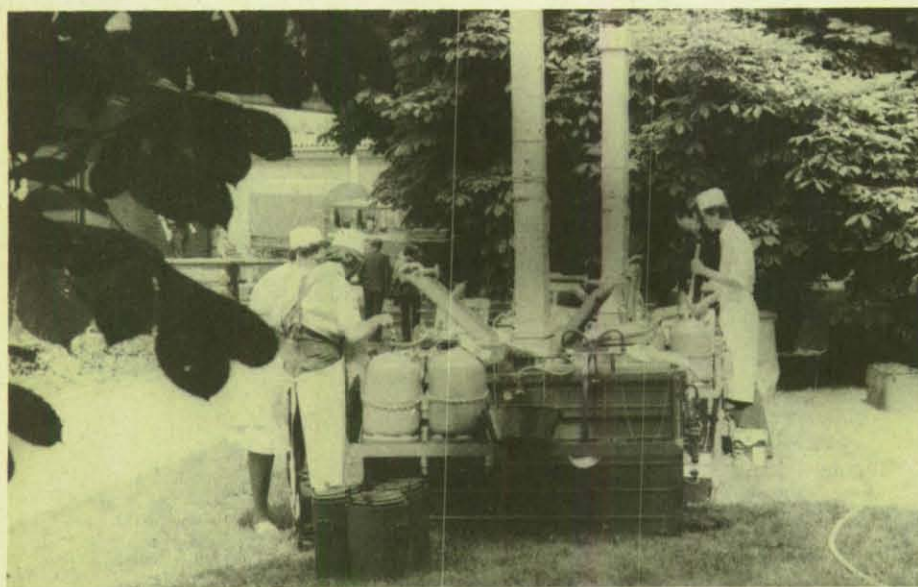
Auf dem Übungsgelände des Katastrophenschutz-Zentrums: Ministerialdirektor Wedler, Ltd. Ministerialrat Maier-Bode, Oberstadtdirektor Prof. Dr. Meya (von links).



Auf ein gutes Miteinander aller im Zentrum untergebrachten Organisationen hofft Oberbürgermeister Kuhlmann.



Zeit für ein kurzes Gespräch (von links: BVS-Direktor Schuch, BVS-Landesstellenleiter Eykman und Lt. Ministerialrat Maier-Bode).



Das DRK hatte eine Feldküche aufgebaut und versorgte die Helferinnen und Helfer mit einer schmackhaften Mittagskost.

nenlernen wird erleichtert, und damit wird auch das Verständnis für den anderen und seine Aufgabe, aber auch für die Schwierigkeiten, mit der er es zu tun hat, geweckt und gefördert."

Des Weiteren betonte Kuhlmann, das Vorhandensein vieler, zum Teil schwerer Katastrophenschutz-Fahrzeuge und das wertvolle Gerät würden das Selbstwertgefühl der freiwilligen Helfer steigern, die in unserem Staatswesen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hätten. „Staat und Gesellschaft sind, wie ich meine, den vielen Helfern im Katastrophenschutz Dank und Anerkennung schuldig. Sie sollten die Helfer auch deshalb bei ihrer Tätigkeit unterstützen und ihnen die Möglichkeit geben, das Erlernte praktisch anzuwenden. Sie sollten ihnen aber auch das Gefühl vermitteln, daß sie eine sinnvolle Aufgabe leisten“, fügte Kuhlmann hinzu und schloß mit den Worten: „Möge dieses Zentrum eine Stätte friedlicher Begegnung, planvoller, erfolgreicher Arbeit und Ausbildung, aber auch eine Stätte freundschaftlicher Verbundenheit aller im Katastrophenschutz tätigen Mitarbeiter sein.“

Humanitäre Vorsorge – eine Friedensaufgabe

Ministerialdirektor Wedler überbrachte die besten Wünsche des Bundesinnenministers und begrüßte es sehr, daß mit der Eröffnung dieses Zentrums ein „Tag der offenen Tür“ verbunden war. „Er macht deutlich, daß nur durch das Zusammenwirken von staatlichem Handeln und Mitarbeit des einzelnen die notwendige Vorsorge für die Gemeinschaft erzielt werden kann“, führte Wedler aus. Der Ministerialdirektor vertrat die Auffassung, daß es keine Garantie für die Wahrung des Friedens in der Welt gibt. Solange der Frieden nur wahrscheinlich sei und die Möglichkeit einer militärischen Auseinandersetzung nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden könne, „solange ist und bleibt Zivilschutz unverzichtbar“, betonte Wedler.

Humanitäre Vorsorge für den Bürger sei aber auch eine wichtige Friedensaufgabe. Katastrophenschutz im Frieden sei eine Aufgabe der Länder. Im Interesse des größtmöglichen Schutzes hätten jedoch Bund und Länder ihre Maßnahmen für den Zivil- und Katastrophenschutz eng miteinander verflochten und soweit wie möglich zu einem einheitlichen Hilfeleistungssystem ausgebaut. Die Vorkehrungen des Bundes für den Zivilschutz kämen daher auch den Bürgern bei Katastrophenfällen im Frieden zugute. Das, was hier mit dem Katastrophenschutz-Zentrum geschaffen worden sei, hätte nicht nur für den Verteidigungsfall Bedeutung. Vielmehr würde auch der frie-



Auch die Einsatzfahrzeuge des MHD fanden viel Beachtung. – Bild rechts: An einer Übungspuppe demonstrierte ein JUH-Helfer die Mund-zu-Mund-Beatmung.



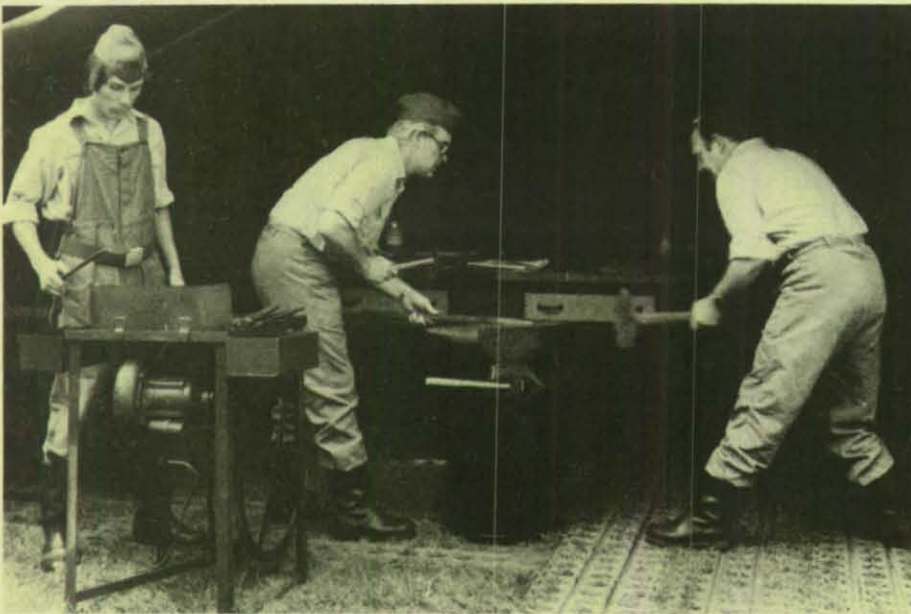
Je einen Löschzug „Wasser“ und „Bergung“ hatte die Feuerwehr aufgebaut. – Bild rechts: Das Ablöschen einer brennenden Person mit Hilfe einer Jacke zeigte ein BVS-Mitarbeiter.



Der Fernmeldedienst hatte an den Veranstaltungstagen den Funkkontakt zu allen Organisationen am Platz aufrechterhalten. – Bild rechts: Die Regieeinheiten zeigten u. a. einen ABC-Zug.



Eine nicht ganz einfache Arbeit für die THW-Junghelfer: Sie bauten einen Seilhängesteg.

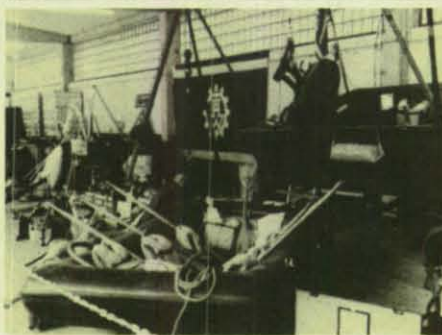


Der besondere Stolz des THW-OV Gelsenkirchen: eine Feldschmiede.



Bild links: Das Ablassen aus Höhen mit der sogenannten Vier-Mann-Methode war einer der Höhepunkte der Vorführungen des THW.

Bild unten: Mittelpunkt der Präsentation des THW war die umfangreiche Geräteausstellung.



densmäßige Katastrophenschutz in dieser Stadt durch das neue Zentrum wesentlich gestärkt, hob der Vertreter des Bundesinnenministeriums hervor.

Abschließend ging Wedler auf die Mitarbeit der vielen tausend freiwilligen Helferinnen und Helfer ein, ohne deren Einsatz eine ausreichende Hilfe für die Mitbürger praktisch nicht möglich sei. Diese Helfer bewiesen, daß Zivil- und Katastrophenschutz nicht nur notwendige humanitäre Aufgaben seien, sondern auch gesellschaftspolitisch eine große Bedeutung hätten: „Hier werden nicht nur Forderungen an den Staat gestellt, sondern es werden auch freiwillige Leistungen für die Gemeinschaft erbracht.“

Stark engagiert

Auch Ld. Ministerialrat Maier-Bode überbrachte die Grüße seines Ministers, Dr. Schnoor, der leider verhindert war. Maier-Bode appellierte an alle Verantwortlichen, im Bemühen um Vorsorge nicht stehen zu bleiben. Der Bund habe auf dem Gebiet des Zivilschutzes in den letzten Jahren gesteigerte Bemühungen unternommen, „und wir können darauf bauen, daß er noch bestehende Lücken in den nächsten Jahren ausgleicht“, führte der Abteilungsleiter aus. „Aber auch unser Land hat sich in den letzten Jahren für seinen Teil, den friedensmäßigen Katastrophenschutz, stark engagiert. Insbesondere sind die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für eine sachgerechte Wahrnehmung dieser uns allen obliegenden Aufgaben geschaffen worden. Es liegt nun an uns allen, sich dieser Aufgabe mit den notwendigen Anstrengungen und mit wacher Einsatzbereitschaft zu widmen.“ Die wesentliche Stütze seien dabei die ehrenamtlichen Helfer, die mit Idealismus, fachlichem Können und Engagement bereitstünden.

„Tag der offenen Tür“

Viele Gäste nahmen an der nachfolgenden Besichtigung der Gebäude und Außenanlagen des Katastrophenschutz-Zentrums teil. Die Helfer der einzelnen Organisationen hatten Aktionsstände aufgebaut, und die Fachdienste zeigten in praktischen Vorführungen ihre Einsatzmöglichkeiten.

Im Anschluß an die Eröffnungsveranstaltung hatte die Bevölkerung Gelegenheit, das Zentrum zu besichtigen. Die Helfer hatten sich gut vorbereitet, um dem Bürger zu präsentieren, was zu seinem Schutz zur Verfügung steht. Daß sie das jetzt in einer so schönen Umgebung wie dem neuen Katastrophenschutz-Zentrum konnten, war ihnen eine besondere Freude.

Einsatzverfahren des Rettungsdienstes beim Massenanfall von Verletzten und im Katastrophenfall

Der Ablauf eines Sanitätseinsatzes –
Möglichst vielen Verletzten eine gleichmäßige und ausreichende Versorgung gewähren

Im Rahmen des 5. Rettungskongresses des Deutschen Roten Kreuzes, der vom 27. bis 30. April 1982 in Bremen stattfand, beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe mit dem Schwerpunktthema „Rettungsdienst beim Massenanfall von Verletzten und im Katastrophenfall“ (siehe auch Zivilschutz-Magazin 5/82, Seiten 17 und 21).

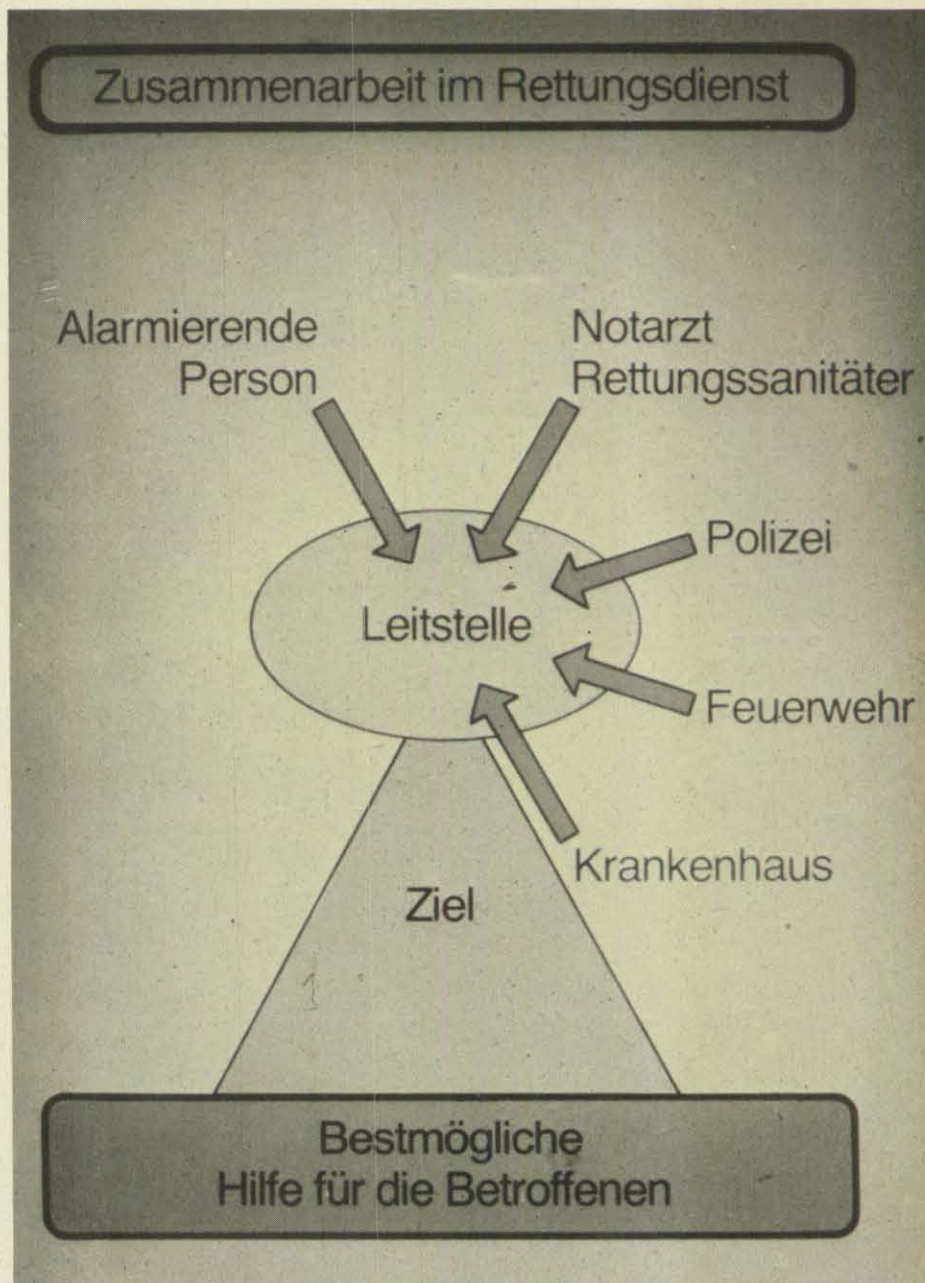
Nachstehendes Referat „Einsatzverfahren des Rettungsdienstes beim Massenanfall von Verletzten und im Katastrophenfall“ hielt der stv. Generalsekretär des DRK, Roderich Lüttgen.

Es ist deutlich geworden, daß die Funktion des Rettungsdienstes in den weitaus überwiegenden Fällen durch sorgfältige **individuelle** Maßnahmen gekennzeichnet ist. Die Zusammenarbeit zwischen dem Personal auf der Rettungsleitstelle, dem Notarzt und den Rettungssanitätern wird weitgehend dadurch bestimmt. Alles ist darauf ausgerichtet, durch eine möglichst optimale Zusammenarbeit dem Verletzten oder Kranken **individuell** mit den wirksamsten Mitteln beizustehen.

Natürlich muß auch bei der gleichzeitigen Betreuung **vieler** Kranker und Verletzter dieser Grundsatz immer als Richtschnur des Handelns beibehalten bleiben. Dies ist aber aus der Regeltätigkeit des Rettungsdienstes nicht ohne weiteres herleitbar.

Wenn man auch beim Massenanfall von Verletzten erreichen will, daß jedem Verletzten oder Kranken die bestmögliche Hilfe möglichst schnell zuteil wird, wird es erforderlich, die Breite der sachlichen und persönlichen Hilfeleistung auszudehnen. Dies wiederum macht es erforderlich, für den Massenanfall von Verletzten oder den Katastrophenfall ein Verfahren zur Hand zu haben und zu beherrschen, das allen Beteiligten gegebenenfalls bekannt sein muß, in das sie eingeübt werden und das sie auch im Bedarfsfalle tatsächlich anwenden.

Es liegt auf der Hand, daß bei der Entwicklung eines solchen Einsatzverfahrens Inhalte und Formen gewählt werden, die den Beteiligten auch außerhalb des Rettungsdienstes bereits geläufig sind und vor allem die sich in die Einsatzverfahren anderer Gruppierungen, anderer Phasen und Maßstäbe möglichst nahtlos einordnen lassen.



Was liegt also näher, als den bewährten Ablauf eines Sanitätseinsatzes im Katastrophenfall, wie er für Katastrophenschutzeinheiten zugrunde zu legen ist und wie er mit dem Sanitätsdienst der Bundeswehr weitgehend abgestimmt und übereinstimmend gemacht worden ist, auch hier zugrunde zu legen?

Ich werde deshalb nur auf einige Schwerpunkte eingehen, die sich für den Ret-

tungsdienst in einem solchen Falle möglicherweise etwas spezifischer ausgestalten lassen müssen, und im übrigen werde ich mit Stichworten auf die bekannten führungstechnischen und einsatztechnischen Dispositionen des Sanitätseinsatzes im Katastrophenfalle verweisen.

Ganz zu Beginn der Überlegungen sind vor allen Dingen die organisatorischen Unterlagen des jeweiligen Rettungsdienstberei-

ches hinsichtlich des Massenankfalls von Verletzten bzw. für den Fall einer überraschenden Katastrophe zu überprüfen. Es liegt auf der Hand, daß in einem kleinen, ländlichen Rettungsdienstbereich völlig andere Voraussetzungen sind als in einem großstädtischen Rettungsdienstbereich, wo die verschiedensten Vorkehrungen ohnedies getroffen sein müßten.

Das Einsatzverfahren des Rettungsdienstes wird nicht nur von der Zahl der Verletz-

ten oder Kranken bestimmt, sondern auch möglicherweise von der Ursache, z. B. Brandverletzte oder Vergiftungen in größerem Umfang. In manchen Rettungsdienstbereichen sind aufgrund der vorhandenen Gefährdungsquellen zu erwartende Vorkehrungen bereits planmäßig erfaßt. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß völlig unerwartete Gefährdungen entstehen, auf die der Rettungsdienst in erster Linie ebenso reagieren muß, z. B. Flugzeugabstürze oder, wie gerade in den

letzten Jahren gelegentlich beobachtet, Gefährdungen durch Giftgaswolken etc.

Man muß sich in dem jeweiligen Rettungsdienstbereich ganz genau klar werden, welche Möglichkeiten man selbst entwickeln kann und wo die Grenzen der eigenen Leistungsfähigkeit sind. Stichworte hierzu sind: Rettungsmittel, Personal, Material. Die Möglichkeiten, die in einem Rettungsdienstbereich für die Betreuung bei einer Mehrzahl von Verletzten vorhanden sind, müssen dem Personal des Rettungsdienstes geläufig sein. Vor allen Dingen muß das Personal der Rettungsleitstelle genauestens über Inhalt und Grenzen der Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes, für diesen Fall in seinem Bereich, unterrichtet sein.

Einer Prüfung bedarf auch, ob Nachbarrettungsdienstbereiche ggf. mit herangezogen werden können,

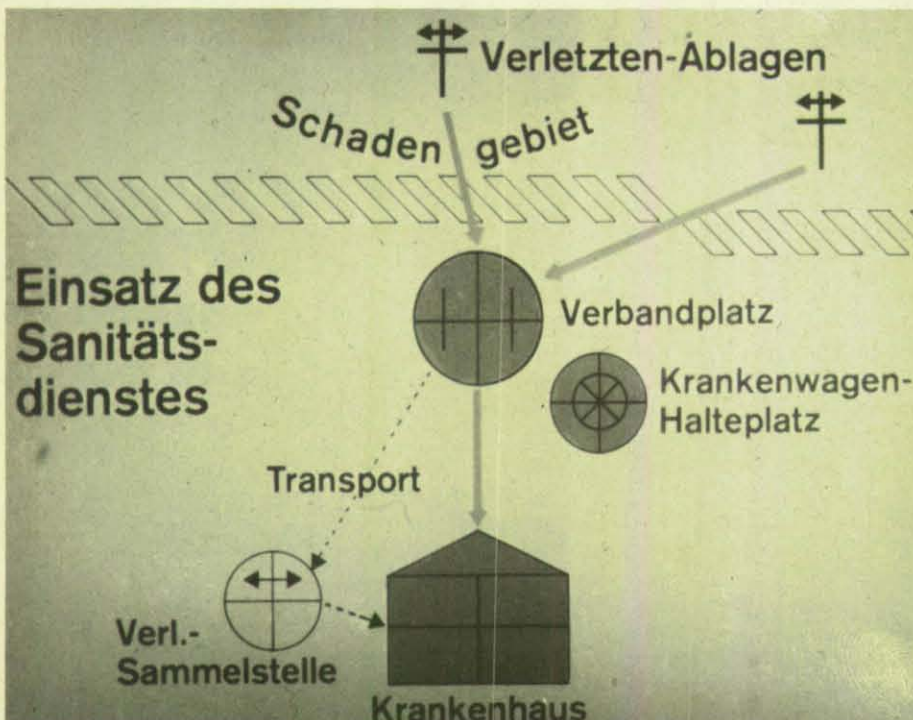
- welche Ärzte
- wieviel Kräfte des Sanitätsdienstes und
- welche weitere Hilfen, z. B. technische Hilfen, zur Verfügung stehen können.

Alle erforderlichen Daten sind in den Alarmplänen festzuhalten. Soweit Dritte beteiligt sind, muß der Alarmplan evidente, mit den Partnern immer abgestimmte Daten enthalten.

Bei Eingang des Notrufs ist es Aufgabe der Leitstelle, diesen u. a. auch daraufhin zu prüfen, ob er Kriterien enthält, die auf einen Massenankfall von Verletzten schließen lassen. Bei der Entsendung der verfügbaren Kräfte ist gleichzeitig zu beurteilen, ob dem Geschehen mit diesen Kräften beizukommen ist.

Beim Massenankfall von Verletzten ist unerlässlich, daß alle zur Verfügung stehenden Kräfte, die des Rettungsdienstes im Rettungsdienstbereich, nämlich der Notärzte und Rettungssanitäter, weitere zur Verfügung stehende Ärzte und der Sanitätsdienst evtl. Nachbarrettungsdienstbereiche unverzüglich alarmiert werden müssen. Die für die Aufnahme erforderlichen Krankenhäuser, die Katastrophenschutzbehörde, soweit sie noch nicht informiert ist, Polizei und Feuerwehr sind zu unterrichten.

Eine wichtige Voraussetzung für das Anlaufen eines geregelten Einsatzverfahrens ist das ausreichende Vorhandensein von Fernmeldemitteln. Deshalb muß gewährleistet werden, daß auf eine entsprechende Anordnung der Leitstelle hin jeglicher Funkverkehr, der nicht unbedingt und in erster Linie für die Bekämpfung des Massengeschehens erforderlich ist, unterlassen bzw. eingeschränkt wird. Auf eine für diesen Fall besonders einzuhaltende Funkdisziplin brauche ich gewiß nicht hinzuweisen. Von entscheidender Bedeutung ist die ständige Auswertung der bei der Leitstelle



Notwendige Überprüfungen

- Geographische Lage
- Besondere Gefährdungen
- Eigene Möglichkeiten des RD
- Nachbar-Rettungsdienst-Bereiche
- Ärzte
- Sanitätsdienst
- Weitere Hilfen
- Alarmpläne

Aufgaben der Leitstelle

- Auswertung des Notrufes
- Entsendung von verfügbaren Kräften
- Alarmierung
- Sicherung des Funkverkehrs
- Auswertung von Lageberichten
- Verbindungsfunktionen

eingehenden Lageberichte, u. a. zur Alarmierung weiterer zusätzlicher Kräfte sowie die Wahrnehmung der Verbindungsfunktionen, z. B. hinsichtlich des Bettennachweises.

Wir sind jetzt am Einsatzort. Die hier erforderlichen Tätigkeiten gliedern sich genauso wie die Tätigkeiten in einem Sanitätseinsatz einer Sanitätseinheit. Die zuerst am Schadensort Eintreffenden übernehmen die Aufgabe eines Vorkommandos. Dabei unterscheiden wir im nachfolgenden nicht zwischen ärztlichen und anderen Aufgaben, wenn mit der Feststellung der Lage neben dem Ort, der Art des Schadens und dem Schweregrad der Schädigung, der Anzahl der darüber hinaus Betroffenen, Zusatzgefahren wie Explosionen und Einsturzgefahr überprüft werden und am Ort befindliches Personal und Material der Leitstelle gemeldet wird.

Entscheidend ist in der ersten Phase die klare Übermittlung des Sachverhaltes, damit die Leitstelle abschätzen kann, welche Kräfte nachgeführt werden müssen und ob sie ggf. auch Kräfte aus dem Nachbarrettungsdienstbereich alarmieren muß.

Eine der ersten Funktionen des Vorkommandos, das sich meistens zufällig bildet, ist auch die Überprüfung des Zustandes der Zufahrtswege und Absperrmaßnahmen, die eigentlich immer bei solchen Umständen erforderlich werden.

Bald ist ein Einsatzplan festzulegen, der sich an den Elementen eines Sanitätseinsatzes im Katastrophenfall orientiert. Dies sind die Bildung von Verletztenablagen, wo Betroffene aus dem unmittelbaren Schadensgebiet, möglicherweise durch Ersthelfer aus der Bevölkerung, zuerst hinbefördert werden können, die Aufteilung des Einsatzraumes, wenn dieser weiträumig sein sollte, bzw. das Festlegen von Einsatzstreifen im Schadensbereich, um alle Verletzten zu erreichen. Funktionsplätze

sind zu bestimmen, dabei handelt es sich um den Verbandplatz als Sammelbegriff, wo alle Funktionen und Tätigkeiten von Ärzten und Personal des Rettungsdienstes zur Sichtung und Erstversorgung übernommen werden, und den Halteplatz für Krankenkraftwagen.

Schließlich hat das Vorkommando noch die Einweisung nachrückender Rettungsdienstkräfte und Sanitätseinheiten in diesem Einsatzraum vorzunehmen. Sobald als möglich ist über das zumeist ja zufällig eintreffende Vorkommando hinaus eine Führung zu bestimmen, sie wird bestehen aus einem Notarzt und Hilfskräften und schließlich später nachfolgenden Führungskräften der Sanitätseinheit.

Lassen Sie mich jetzt einmal anhand eines stichwortartig vorgetragenen Ablaufschemas den Ablauf eines Sanitätseinsatzes als Versorgungsweg der Verletzten skizzieren.

Da sind es die **Verletztenablagen** im ungefährlich gewordenen Schadensgebiet oder unmittelbar in der Nähe des Schadensgebietes. Ersthelfer der Bevölkerung, zufällig ankommende Helfer übernehmen die Tätigkeiten dort. Sie bestehen in Maßnahmen der Ersten Hilfe, soweit diese Maßnahmen zuerst noch ohne besondere Ausstattung geleistet werden können.

Die Verletztenablagen sollten so beschaffen sein, daß die Verletzten keiner unmittelbaren weiteren Gefährdung ausgesetzt werden. Dort beginnt die Tätigkeit des Rettungsdienstes, der **Übernahme der Verletzten, der Durchführung lebensrettender Maßnahmen, einer Erstregistrierung**, wenn es möglich ist, des **Transportes des Verletzten zum Verbandplatz**. Gleichzeitig wird, wenn irgend möglich, das gesamte Schadensgebiet in Abschnitten oder Streifen, je nach dem was sich hier am zweckmäßigsten darstellt, durchsucht.

Aufgaben des Vorkommandos:

- Lagebeurteilung
- Unterrichtung der Leitstelle
- Regelung von Zu- und Abfahrt
- Absperrung
- evtl. Bildung von Verletzten-Ablagen
- Festlegen von Einsatzstreifen
- Bestimmung von Funktionsplätzen
 - Verbandsplatz
 - Krankswagenhalteplatz
- Einweisung nachrückender Einheiten

Auf dem **Verbandsplatz**, der provisorisch mit Hilfe von Rettungswagen und ihren Ausrüstungen zuerst einmal ausreichend sein wird, später mit zusätzlichem Material weiter ausgebildet wird und der so nahe wie möglich am Schadensgebiet, möglichst in festen Gebäuden außerhalb des Gefahrenbereichs eingerichtet werden sollte, werden die Verletzten gesichtet, die dringliche Erstversorgung durchgeführt, transportfähig gemacht. Dort wird auch die Priorität für den Transport bestimmt. Der Verbandplatz muß also auch über ausreichende Fernmeldemittel verfügen, die eine stete Verbindung mit der Leitstelle sichern, damit, geordnet nach den Prioritäten des Transportes, die Krankenhäuser erkannt werden, in die die Verletzten, transportfähig gemacht, befördert werden sollen. Auf dem Verbandplatz erfolgt in jedem Falle notwendigerweise die **Registrierung** einschließlich des Transportzieles.

Es waren dies nur einige Ausschnitte aus dem Einsatzverfahren, das beim Massenansturm von Verletzten und im Katastrophenfall erforderlich wird. Es ist damit ein Einblick gegeben, daß bei diesen Umständen neben der individuellen Sorge um den Verletzten besondere einsatztechnische und führungstechnische Ordnungsbemühungen einsetzen müssen, um möglichst vielen Verletzten eine gleichmäßige und ausreichende Versorgung zu gewähren.

Diese Verfahren sind erprobt, sie lassen sich schlüssig in die Bemühungen des Katastrophenschutzes, des Zivilschutzes und der Bundeswehr einpassen.

Unter diesen Umständen ist es erforderlich, daß möglichst viele Notärzte und Rettungssanitäter über den Ablauf eines Sanitätseinsatzes beim Massenansturm von Verletzten und im Katastrophenfall, über ihren augenblicklichen Wirkungsbereich hinaus, einsatz- und führungstechnisch vorbereitet werden, damit der Rettungsdienst seinen Aufgaben auch in solchen Umständen gerecht wird.

Johann Schwepfing

Hilfsorganisationen informierten beim 22. Hessentag 1982 über ihre Arbeit

Eine gelungene Demonstration des Miteinanders

Viele Besucher am gemeinsamen Ausstellungsstand von DRK, MHD, JUH, ASB, DLRG, THW und Feuerwehr



In einer gemeinsamen Ausstellung präsentierten sich die Hilfsorganisationen im Lande Hessen.

„Wir helfen“, dies war die Überschrift des gemeinsamen Ausstellungsstandes der Hilfsorganisationen des Landes Hessen beim 22. Hessentag 1982 in Wächtersbach. Auf 115 Quadratmetern Ausstellungsfläche konnten sich die Besucher der achttägigen Messe anhand von Bild- und Textbeiträgen sowie Film- und Dia-Vorführungen über die vielseitige Arbeit der ehrenamtlichen Helfer des Deutschen Roten Kreuzes, des Malteser-Hilfsdienstes, der Johanniter-Unfall-Hilfe, des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft, des Technischen Hilfswerks und der Feuerwehr informieren. In den einzelnen Ausstellungsbeiträgen wurden die Aufgabe, Arbeit, Leistung und das Wirken im Lande Hessen dargestellt. Durch diese gemeinsame Präsentation sollte aufgezeigt werden, wie die verschiedenen Hilfsorganisationen miteinander bei großen und kleinen Unglücken und



Prominentester Standbesucher war Ministerpräsident Holger Börner, hier mit einem Feuerwehr-Junghelfer.

natürlich erst recht bei Katastrophen aller Art zum Wohle und Schutz der hessischen Bevölkerung tätig werden.

Ministerpräsident Holger Börner erwähnte in seiner Eröffnungsrede zum „Fest der Hessen“ auch die freiwilligen Hilfsdienste, die durch ihre

Mitwirkung zum guten Gelingen des diesjährigen Hessentages beitrugen und dadurch Anerkennung für ihre Arbeit fanden.

Wie bereits in den vergangenen Jahren waren auch in Wächtersbach die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer

der Organisationen mit vielen Aufgaben von Seiten der Hessentagsleitung, Staatskanzlei und Stadtverwaltung betraut worden und viele Stunden bei den Vorbereitungsarbeiten im Einsatz.

Hand in Hand und mit Freude an der gemeinsamen Sache informierten die Standbetreuer Tag für Tag die vielen Besucher über die Aufgaben der Katastrophenschutz-Organisationen. Die zahlreichen Gäste, unter ihnen Ministerpräsident Holger Börner, Innenminister Ekkehard Gries, der Hessische Minister für Bundesangelegenheiten, Dr. Vera Rüdiger, Landrat Hans Rüter, Bürgermeister Heinrich Heldmann sowie Mitglieder des Landtages waren von dieser gemeinsamen Darstellung sehr angetan und äußerten den Wunsch, daß dieser Stand ein fester Bestandteil des alljährlichen Hessentages und der damit verbundenen Landesausstellung werden möge.



Innenminister Ekkehard Gries im Kreise von THW-Helfern. DLRG-Mitarbeiterin Olga Kämmerer überreichte dem Minister eine Tragetasche, gefüllt mit Informationsmaterial.



Viele Besucher interessierten sich für das ausgelegte Informationsmaterial.



Oben: DLRG-Präsident Günter Walter (rechts) im Gespräch mit Sozialminister Armin Claus.

Links: Das DRK demonstrierte an einer Übungspuppe die Wiederbelebung einer verunglückten Person.

Werner Baller und Gerhard Scholl

Kein Vielzweckfahrzeug, sondern...

Eine rollende Fernmeldevermittlung

DRK-Fernmelder in Fellbach bauten mobile Vermittlung – Vier Arbeitsplätze im Betriebsraum

Damit die Einheiten des Roten Kreuzes bei Katastrophenfällen und Großeinsätzen ihre Aufgaben wirkungsvoll erfüllen können, ist eine schnelle Kommunikation sowohl untereinander als auch zwischen den im Einsatzfall mitwirkenden Behörden und Organisationen erforderlich.

Seit April dieses Jahres verfügt das Rote Kreuz im Rems-Murr-Kreis über ein neues Funkvermittlungsfahrzeug. Es ermöglicht der Einsatzleitung, unmittelbar die Verbindung mit den eingesetzten Kräften und Einheiten vor Ort sowie mit der Rettungsleitstelle oder Behörden und Hilfsorganisationen, z. B. Polizei, Feuerwehr und Technisches Hilfswerk, aufzunehmen.

Bereits 1974 wurde vom DRK-Fernmeldezug Fellbach ein ausgemusterter Behelfs-krankenzug umgebaut. Bei Einsätzen mit diesem Fahrzeug wurde erkannt, daß das Raumangebot und die eingebauten Fernmeldemittel vielfach den Anforderungen nicht gerecht wurden.

1980 begannen Mitglieder des DRK-Fernmeldezug Fellbach mit der Planung eines neuen Funkvermittlungsfahrzeuges. Schon zu Beginn der Planung stand fest, daß keine mobile Funkleitstelle mit Führungsaufgaben (mobile Einsatzleitung), sondern ein reines Fernmeldevermittlungsfahrzeug geschaffen werden soll. Nach Ansicht der an der Planung beteiligten Personen sind die vielerorts verwendeten mobilen Funkleitstellen oft ein Kompromiß zwischen einer reinen Einsatzleitung und einer mobilen Fernmeldezentrale. Diese beiden Funktionen – in einem Fahrzeug der gewählten Größe vereint – gehen in den meisten Fällen zu Lasten des Raumangebotes. Eine gegenseitig störende Geräuschkulisse ist ein weiterer Nachteil eines solchen „Vielzweckfahrzeugs“.

Es wurde davon ausgegangen, daß das neue Fernmeldefahrzeug aufgrund seiner speziellen fernmeldetechnischen Einrichtung eine Lebenserwartung von mindestens zehn Jahren aufweisen muß. Damit war die Beschaffung eines gebrauchten Kastenwagens ausgeschlossen.

Ende 1980 wurde ein für den Zweck geeigneter leerer Kastenwagen Daimler Benz



Oben: Die mobile Fernmeldevermittlung „Rotkreuz Rems-Murr 200“, die von den Fellbacher DRK-Helfern selbst geplant und ausgebaut wurde. Unten: Blick auf den Funktisch im Betriebsraum der „rollenden Vermittlung“.



Typ 409 mit mittlerem Radstand bestellt. Gleichzeitig begann die Fertigung des Funktisches durch die Helfer der DRK-Bereitschaft Fellbach. Nach der Auslieferung des Kastenwagens im April 1981 erfolgte der Einbau des inzwischen fertiggestellten Funktisches und der weitere Ausbau des Fahrzeuges. Das Fahrzeug verfügt nach dem Ausbau über drei Funktionsräume, die wie folgt beschrieben werden:

Fahrerraum

Vom Fahrerraum aus kann während der Fahrt ein FuG 7b und ein FuG 9 abgesetzt betrieben werden.

Betriebsraum

Im Fernmeldebetriebsraum befinden sich vier Arbeitsplätze:

- 2 gleichberechtigte Funkbetriebsplätze
- 1 Fernsprechvermittlungsplatz
- 1 Aufnahmeplatz zur Entlastung des Fernsprechvermittlungsplatzes.

Die Fernsprechgeräteausstattung im Betriebsraum besteht aus:

- 3 Sprechfunkgeräte FuG 7b
 - 2 Sprechfunkgeräte FuG 10a mit Kfz-Ladeteil
 - 1 Sprechfunkgerät FuG 9
 - 2 Funkgabelteile GA 7b/9
 - 1 frei programmierbarer 5-Tonfolge-Alarmgeber
 - 3 Meldeempfänger (2 m)
 - 1 Relaisstellenzusatz Rs 3/Rs 4
 - 1 Feldfernsprechvermittlung
 - 1 Amtszusatz
 - 1 Tischfeldfernsprecher
 - 3 Kassettenrekorder zur Funkdokumentation
 - 1 Außenlautsprecheranlage 70 Watt
 - 1 Autoradio mit Verkehrsfunkdecoder
- Betriebsunterlagen und Kartenmaterial.

Technikraum

Der Technikraum befindet sich im Fahrzeugheck und ist durch eine Trennwand vom Betriebsraum getrennt. Er ist durch eine Tür im Fahrzeugheck von außen begehbar.

In dem Technikraum befindet sich der zum Funktisch gehörende Schaltschrank mit den dazugehörigen Zusatzbatterien und Netzteil. Zur Abstützung und Stabilisierung des Fahrzeugs bei ausgefahrener Antenne (Antennenmasthöhe 13 Meter) wurde ein Hydraulik-Aggregat und zwei doppelwirkende Hydraulik-Zylinder installiert. Der Antrieb der Hydraulikpumpe erfolgt über einen 12-Volt-Gleichstrommotor. Die Beheizung des Betriebsraumes sichert eine im Technikraum installierte Gas-Zusatzheizung.

Ferner sind im Technikraum untergebracht:

- 1 Notstromaggregat 220 V, 1,5 kW
- 1 Benzinkanister 20 Liter
- 1 transportabler Batteriekasten 12 V, 44 Ah mit eingebautem Ladegerät
- 1 Spannungswandler 12 V / 220 V, 50 Hz
- 1 Arbeitsscheinwerfer 12 V, 55 Watt
- 1 Erdleitungsrohr mit Erdkabel
- 1 Trommel Netzkabel 30 Meter
- 2 Trommeln Feldkabel je 200 Meter
- 1 Antennenkabel 30 Meter
- 2 Feldfernsprecher FF 54
- 3 Zweiwege-Fernsprechapparate
- 1 Werkzeugkasten
- 1 Gerätekasten mit Meß- und Prüfgeräten
- 1 Blitzschutzleiste mit Anschlußkabel.

Die Montage der Antennen auf den Antennenkurbelmast erfolgt vom „Dachgarten“ am Fahrzeugheck aus. Der Helfer erreicht den Dachgarten über die am Fahrzeugheck

fest angebrachte Alu-Leiter. Die zur Antennenmontage notwendigen Teile findet der Helfer in einer Box auf dem Fahrzeugdach.

Die technische Ausstattung des Vermittlungsfahrzeuges erlaubt folgende Einsatzmöglichkeiten:

- Funk/Draht-Aufschaltung (FuG – FF 54)
- Funk/Funk-Aufschaltung (2 m – 4 m)
- Funkalarmierung
- Relaisstellenbetrieb
- Abfrage von bis zu 10 Amts- oder ZB-Nebenstellenleitungen
- Lautsprecherdurchsagen.

Die Besetzung des Vermittlungsfahrzeuges „Rotkreuz Rems-Murr 200“ besteht aus fünf Fernmeldern des DRK-Fernmeldezuges Fellbach. Die Alarmierung der Besetzung erfolgt über Funkmeldeempfänger.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), ist in der Bundeshauptstelle in Köln die Stelle des

Leiters des Haushaltsreferats

– Bes.-Gr. A 15 (Verwaltungsdirektor) –

neu zu besetzen.

Der Inhaber der Planstelle ist zugleich Beauftragter für den Haushalt nach § 9 BHO.

Gesucht wird eine verantwortungs- und entscheidungsfreudige Persönlichkeit mit Führungseigenschaften, Eigeninitiative und Durchsetzungsvermögen.

Die Bewerber müssen die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen. Mehrjährige, vielseitige Verwaltungserfahrung, umfangreiches Fachwissen und ein kooperativer Führungsstil werden vorausgesetzt.

Geboten werden neben den Dienstbezügen die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen sowie ggf. Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden bis zum 31. August 1982 erbeten an den

Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Zwischen Nord- und Ostsee

Kronshagen. Innenminister Dr. Uwe Barschel wies anlässlich der Eröffnung der Selbstschutzwoche in Kronshagen auf die Bedeutung des Selbstschutzes hin und betonte, wie wichtig gerade die Eigeninitiative des Bürgers sei. Selbstschutz als Vorsorge sei nötiger denn je, vor allem wegen der Mängel auf dem Gebiet des Zivilschutzes. Dr. Barschel erläuterte, daß Land und Kommunen jährlich pro Kopf der Bevölkerung gut 40 DM für den friedensmäßigen Katastrophenschutz, Brandschutz und Rettungsdienst aufwenden. Der Bund hingegen lasse sich den Zivilschutz für den Verteidigungsfall, für die schlimmste aller Katastrophen also, nur etwa 5 DM pro Bürger kosten.

Auch Kronshagens Bürgermeister Dr. Meinulf Stoltenberg und BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender unterstrichen in einem Rundfunkinterview die Notwendigkeit des Selbstschutzes. Der Bürger müsse umfassend informiert, aber auch ermutigt werden, im Selbstschutz mitzuarbeiten. Besonders



Gäste bei der Eröffnung der Selbstschutzwoche in Kronshagen (von links): Bürgermeister Dr. Meinulf Stoltenberg, Bürgervorsteherin Anke Gravert, Innenminister Dr. Uwe Barschel, Landrat Gerd Bellmann und BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender.

erfreulich sei für ihn, so Dr. Stoltenberg, die Berufung von zwei neuen Selbstschutzberatern. „Auch in unserer Zeit gibt es noch Bürger, die diese Aufgaben ehrenamtlich übernehmen“, führte er aus.

In einer öffentlichen Podiumsdiskussion stellten sich Vertreter des BVS, THW und DRK den engagierten Fragen der Bürger zum Thema „Selbstschutz in einer Großstadtrandgemeinde“. Die Selbstschutzwoche schloß mit einer großen Katastrophenschutzübung.

Neumünster. In Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste aus Verwaltung, Polizei und Bundeswehr – darunter Stadtpräsident Christian-Friedrich Peter – verabschiedete BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender den Leiter der BVS-Dienststelle Neumünster, Dieter Hoberg. Als Nachfolger führte er Jürgen Brodersen in sein neues Amt ein.



BVS-Landesstellenleiter Dr. Sahlender verabschiedet Dieter Hoberg (links), rechts der neue Leiter der BVS-Dienststelle Neumünster, Jürgen Brodersen.

Brodersen ist seit 1963 beim BVS tätig. 1974 wurde er Fachgebietsleiter für Ausbildung und übernahm ein Jahr später die Leitung der BVS-Dienststelle Hamburg-Mitte.

Niedersachsen

Quer durch Niedersachsen

Walsrode. Der Landkreis Soltau/Fallingb. und der BVS hatten am 21. April 1982 die Gemeindeparlamentarier des Kreises zu einer Informationstagung nach Walsrode eingeladen. 40 Kommunalpolitiker waren gekommen, um sich über die Aufgaben der Gemeinden im Selbstschutz zu informieren. Oberkreisdirektor Klaus Schumacher begrüßte die Mandatsträger und wies auf die Bedeutung der von den Gemeinden im Selbstschutz zu erfüllenden Aufgaben hin. Der Oberkreisdirektor betonte, es sei in einer Gemeinde nicht nur Angelegenheit des Hauptverwaltungsbeamten, den Selbstschutz aufzubauen und zu fördern. Es sollte auch Bestandteil der Tätigkeit von Kommunalpolitikern sein, den Hauptverwaltungsbeamten bei dieser Aufgabe zu unterstützen und die Bürger durch Information und Aufklärung auf bestehende und mögliche Gefahren hinzuweisen.

Landtagsabgeordneter Anton Teysen führte in seinem anschließenden Referat aus, der Schutz der Zivilbevölkerung müsse von den politisch Verantwortli-

chen stärker als bisher als politische Angelegenheit angesehen werden. Er belegte an Beispielen anderer Länder wie der Schweiz und Schweden, daß unsere Bevölkerung kriegerischen Auseinandersetzungen weitgehend wehrlos gegenüberstehen würde. Für nur 3% der Bevölkerung der Bundesrepublik seien Schutzräume in geeigneter Form vorhanden, die das Überleben beim Einsatz moderner Angriffswaffen gewährleisten würden.

BVS-Fachgebietsleiter Michael Krüger betonte, im Bereich der Gemeinden läge es in erster Linie an den Kommunalpolitikern, ob der Selbstschutz den Stellenwert bekommt, der ihm zusteht. Bei großen Unglücksfällen, Katastrophen und erst recht im Verteidigungsfall müsse eine Gemeinde möglicherweise auch über einen längeren Zeitraum ohne Unterstützung von außen den Schutz ihrer Bevölkerung sicherstellen. In diesem Fall komme es darauf an, daß in erster Linie der Hauptverwaltungsbeamte, aber auch die Kommunalpolitiker, durch richtiges und umsichtiges Handeln die Gefahren für die Bevölkerung verringern. Dies sei aber nur zu erreichen, wenn entspre-

chende Vorbereitungen schon jetzt getroffen würden.

BVS-Dienststellenleiter Wilhelm Schaper hob hervor, der Ernstfall müsse nicht immer der Verteidigungsfall sein. Auch Naturkatastrophen und die technische Entwicklung bergen genügend Gefahren für die Bevölkerung; deshalb hätten Vorsorgemaßnahmen eines jeden einzelnen Bürgers große Bedeutung.

Zum Schluß der Tagung gab der Leiter der Katastrophenschutz-Einheiten im Landkreis Soltau-Fallingb., Walter Gnas, einen Überblick über die Stärke und Struktur der Einsatzzüge. Eine abschließende Aussprache rundete das Programm der Informationstagung ab.

Laatzen. Im Foyer des Rathauses Laatzen wurde vom 14. bis 23. April 1982 die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ gezeigt. Die Bilderschau wurde durch interessante Exponate von privaten Leihgebern und von der Feuerwehr Rethen ergänzt.

Rund 400 Personen besuchten die Ausstellung. Viele Bürger ließen sich über die Möglichkeiten des Selbstschutzes informieren.

Nachrichten aus Bremen

Bremen. „Wenn die Sirenen heulen“ – so hatte Radio-Bremen-Moderator Wolfgang Jurk am 17. März 1982 sein „Gespräch im Studio“ überschrieben. Anlaß war die bundesweite Sirenenprobe an diesem Tag. Das „Gespräch im Studio“ ist eine Sendereihe des kleinsten bundesdeutschen Senders, in der regelmäßig über interessante aktuelle Themen diskutiert wird. Jurk hatte diesmal Jo-

chim Schenk vom Bundesministerium des Innern, Dr. Jürgen Engelmann, in der Bremer Innenbehörde unter anderem verantwortlich für den Zivilschutz, den Leiter des Warnamts II in Bassum, Joachim Schöne, und Diethelm Singer, Leiter der BVS-Landesstelle Bremen, als Gesprächspartner ins Hörfunk-Studio eingeladen.

Im Laufe der 45minütigen Sendung erläuterten die Gäste die Aufgaben und den Aufbau des Zivilschutzes in der

Bundesrepublik. Es wurde ausführlich über die Funktion der Warnämter, den Stand des Schutzraumbaus und die Arbeit des BVS diskutiert. Dabei betonte BVS-Landesstellenleiter Singer die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes.

Alle Gesprächsteilnehmer warnten davor, Katastrophen zu verdrängen und auf Vorsorge zu verzichten. Wer unvorbereitet sei, den treffe es um so schlimmer.

Nordrhein-Westfalen

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Arnsberg. In Anwesenheit des Leiters der Zivilschutzabteilung des Hochsauerlandkreises und der Mitarbeiter der BVS-Dienststelle überreichte Dienststellenleiter Heinz Wortmann BVS-Fachlehrer Friedrich Almstedt eine Ehrenurkunde für zwanzigjährige Mitarbeit im Verband. Almstedt leitete ab 1962 ehrenamtlich die damalige BLSV-Ortsstelle Weddinghofen und war später Sachbearbeiter „Ausbildung“ bei der BLSV-Kreisstelle Unna, wurde dann Fachlehrer und ist seit 1968 in dieser Funktion bei der BVS-Dienststelle Arnsberg tätig.



BVS-Dienststellenleiter Heinz Wortmann (links) gratuliert Friedrich Almstedt zu seinem Jubiläum.

Interessiert zeigte Beckmann sich an Form und Inhalt des Selbstschutz-Grundlehrgangs. Die Mitarbeit der ehrenamtlichen Helfer, die an vielen Wochenenden Lehrgänge durchführen, fand er bemerkenswert. Im Herbst will Beckmann eine Arbeitsgemeinschaft des BVS besuchen.

Dortmund. Einen neuen Weg zur Werbung von Selbstschutzberatern ging die BVS-Dienststelle Dortmund: In Absprache mit dem Leiter der Berufsfeuerwehr wurden 17 Löschzugführer der Freiwilligen Feuerwehren über die Aufgaben eines Selbstschutzberaters informiert. Die Zugführer sollen nun Führungskräfte benennen, die nicht mehr aktiv im Feuerwehrdienst sind; sie sollen dann nach entsprechender Ausbildung die Aufgaben eines Selbstschutzberaters übernehmen.

Wesel. Der BVS beteiligte sich an der Rhein-Lippe-Schau auf dem Ausstellungsstand der Kreisverwaltung mit einer Sonderschau unter dem Motto „Selbst- und Katastrophenschutz im Kreis Wesel“. Rund 3000 Bürger zeigten sich an der Thematik interessiert und nahmen die ausgelegten Broschüren mit.

Bochum. „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ war das Thema einer Ausstellung in den Räumen der Stadtsparkasse Langendreer. Die Bilder zeigten Unfälle jeglicher Art bis hin zur Katastrophe. Schirmherr der Ausstellung war Dr. Wolfgang Heinemann, Bezirksvorsteher Bochum-Ost.

Schloß Neuhaus. In Schloß Neuhaus und Bad Lippspringe wurde die BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ gezeigt.

Bei der Eröffnung wies Bürgermeister Herbert Schwiete auf die Notwendigkeit eines wirksamen Zivilschutzes hin. Ergänzt wurde die Bilderschau durch eine Handdruckpumpe aus dem 19. Jahrhundert, eine Leihgabe der Paderborner Feuerwehr.

Wesel. Die BVS-Mitarbeiter Heinz Feldkamp (Kleve) und Horst Wutzow (Hünxe) wurden in einer Feierstunde mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet. BVS-Helfervertreter Horst Schroeder betonte, die beiden Mitarbeiter hätten für den Bürger viel geleistet. Auch BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann hob das ehrenamtliche Engagement der Geehrten hervor.

Coesfeld. BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann konnte anlässlich der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ im Foyer der Sparkasse Coesfeld zahlreiche Vertreter von Parteien, Behörden und Hilfsorganisationen begrüßen. Eykmann betonte, daß man auch in der heutigen Zeit nicht von Katastrophen verschont bliebe und der Bürger selbst dazu beitragen müsse, Gefahren für das eigene Leben und Eigentum abzuwehren und zu mildern, denn staatliche Hilfe könne nicht überall gleichzeitig geleistet werden.

Düsseldorf. „Sicherheit auch in der Freizeit“ war das Leitwort einer Ausstellung im Rahmen der Messe „boot 82“, die als Gemeinschaftsveranstaltung des Zivilschutzamtes und der BVS-Dienststelle Düsseldorf durchgeführt wurde. Ein erfreulich gesteigertes Selbstschutzbewußtsein bekundeten die rund 16000 Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet.

Die Wahl zum Helfervertreter der Dienststelle zeigt, welch großes Vertrauen er bei den Mitarbeitern hat. Zusätzlich übernahm Almstedt noch die Aufgaben eines Selbstschutzberaters in seinem Wohnbereich.

Essen. Bundestagsabgeordneter Klaus Beckmann (F.D.P.) nahm den Leistungsbericht des BVS zum Anlaß, sich über den Selbstschutz und die Aktivität der BVS-Dienststelle Essen zu informieren.

Hessenspiegel

Bad Soden-Salmünster. Die BVS-Dienststelle Friedberg zeigte im Kurmittelhaus von Bad Soden-Salmünster die Ausstellungen „Der Mensch im Mittelpunkt“ und „Zivilschutz“. Viele der rund 3000 Besucher waren Frauen, die sich besonders für die Lebensmittelbevorratung interessierten.

Darmstadt. Anlässlich einer von der Stadtverwaltung Darmstadt durchgeführten Jugendwoche, mit der Behörden, Firmen und Parteien den Jugendlichen einen Einblick in die Arbeitswelt gaben, führte der BVS für die jungen Bürger Selbstschutz-Grundlehrgänge durch. Viele Jugendliche nahmen das Angebot an und erwarben die Grundkenntnisse eines wirkungsvollen Selbstschutzes.

Darmstadt-Dieburg. Rund 5500 Bürger besuchten eine BVS-Ausstellung anlässlich der 2. Darmstädter-Dieburger Gewerbeausstellung (DADIGA). Auch der Schirmherr der Ausstellung, Staatsminister Klaus-Jürgen Hoffie, besuchte den BVS-Stand und testete sein Wissen über den Selbstschutz an einem elektronischen Frage-Antwort-Gerät.



Auch Hessens Wirtschaftsminister, Klaus-Jürgen Hoffie (Bildmitte), testet sein Selbstschutzwissen am BVS-Stand.

Schlüchtern. 17 Funktionsträgerinnen der Landfrauenvereine des Bezirks

Schlüchtern unter Leitung der Bezirksgeschäftsführerin Lilo Müller besuchten ein Informationsseminar des BVS. BVS-Dienststellenleiter Wagner betonte die Notwendigkeit des Selbstschutzes auch im Bereich der landwirtschaftlichen Betriebe. Die Teilnehmerinnen waren der Ansicht, daß es wichtig ist, Selbstschutzkenntnisse zu erwerben, um in Zukunft für Notfälle besser gerüstet zu sein.

Wiesbaden. Die BVS-Landesstelle Hessen kann auf eine positive Bilanz des vergangenen Jahres zurückblicken. In der Öffentlichkeitsarbeit wurden 1511 Veranstaltungen mit 74645 Teilnehmern durchgeführt, davon 29361 weibliche. Rund 211800 Bürger besuchten 74 Ausstellungen des Verbandes. 3561 Einzelberatungen, 598 Schutzbauberatungen sowie 1465 Einzelfragen zum Thema Schutzraumbau runden die Bilanz ab.

Rheinland-Pfalz

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Mayen. Die BVS-Dienststelle Koblenz zeigte in der Kassenhalle der Kreissparkasse Mayen die Ausstellung „Schutz und Wehr“. Repräsentanten der Parteien, der Verwaltung, Frauenverbände und weiterer gesellschaftlicher Gruppen waren zur Eröffnung erschienen.

Zum Thema „Stärkung des Zivilschutzes durch Selbsthilfe der Bevölkerung“ führte Bürgermeister Seichter aus, der Katastrophenschutz sei zwar optimal, jedoch



BVS-Dienststellenleiter Hübner (Bildmitte) erläutert den Gästen die Ausstellung.

im Notfall nicht in der Lage, einer ganzen Stadt gleichzeitig zu helfen; daher sei es auch Aufgabe der Bürger, Vorsorge für eine Notsituation zu treffen.

Mainz. Wie schon in den vergangenen Jahren beteiligte sich die BVS-Dienststelle Mainz an der „Rheinland-Pfalz-Schau“ mit einem Informationsstand. Großes Interesse zeigten die Besucher an Vorsorgemaßnahmen einschließlich der Bevorratung von Lebensmitteln und am privaten Schutzraumbau.

Saarland

Saarland-Rundschau

Neunkirchen. Heinz Ranft, Fachbearbeiter bei der BVS-Dienststelle Neunkirchen, trat in den Ruhestand. Anlässlich seiner Verabschiedung hob BVS-Landesstellenleiter Koch die Einsatzbereitschaft des Scheidenden hervor. Koch bedauerte das Ausscheiden und übergab Ranft eine Dankurkunde. Auch BVS-Dienststellenleiter Joachim Schmelzer dankte Ranft für die geleistete Arbeit und überreichte im Namen der Kollegen ein Erinnerungsgeschenk.

BVS-Landesstellenleiter Koch (rechts) verabschiedet Heinz Ranft in den Ruhestand.



Südwest aktuell

Laupheim. Die BVS-Dienststelle Ravensburg führte bei der Luftfahrzeug-technischen Abteilung des Heeresflugplatzes Laupheim eine Informationsveranstaltung zum Thema „Zivile Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland“ durch, an der neben dem Kommandeur 32 Offiziere und Unteroffiziere teilnahmen. Aus der umfangreichen Thematik wurden die Themen „Zivil- und Selbstschutz“ in den Vordergrund gestellt. In weiteren Veranstaltungen dieser Art soll den Bundeswehrosoldaten ein umfassender Einblick in die zivile Verteidigung gegeben werden.

Mannheim. In einem Seminar informierte die BVS-Dienststelle Mannheim Mitglieder des Techniker-Verbandes Rhein-Neckar e.V. über die zivile Verteidigung in der Bundesrepublik Deutschland sowie den Katastrophen- und Selbstschutz. Eine längere Diskussion über die Möglichkeiten der Selbst- und Nachbarschaftshilfe sowie über vorbeugende und vorsorgende Maßnahmen schloß sich an. Die Teilnehmer wollen jetzt das Ausbildungsangebot des BVS nutzen.

Freiburg. 1981 wurden in Baden-Württemberg Vorsitzende von Frauenorganisationen von der BVS-Landesstelle zu Seminaren eingeladen. Dabei wurde nicht nur über den Zivilschutz, sondern

auch über die Aufgaben und Möglichkeiten der Frau im Selbstschutz referiert.

Angeregt durch ein solches Seminar hat die Vorsitzende des CDU-Frauenkreises Freiburg, Charlotte Bauer, mit der BVS-Dienststelle Freiburg im April eine gut besuchte Informationsveranstaltung organisiert. Ein Selbstschutz-Grundlehrgang wird folgen.

Karlsruhe. Das Amt für Zivilschutz der Stadt Karlsruhe hatte Vertreter der ortsansässigen Großbetriebe zu einem Vortrag „Betrieblicher Katastrophenschutz“ eingeladen. Referenten waren Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Karlsruhe und der Landesstelle für Betriebsschutz, Stuttgart.

Nach der Begrüßung durch den Fachdezernenten für Zivil- und Katastrophenschutz, Bürgermeister Dr. Rehberger, stellte BVS-Fachbearbeiter Karl Büchel die Aufgaben des betrieblichen Katastrophenschutzes dar.

Er wies auf die große Bedeutung sowohl in Friedenszeiten als auch im Verteidigungsfall hin. Abschließend erläuterte Büchel das Ausbildungsangebot des BVS.

Ein Vertreter der Landesstelle für Betriebsschutz informierte über die Erstellung einer Werks-/Betriebsanalyse, die die Grundlage einer jeden Planung bildet. Dabei wurde deutlich, daß eine solche Analyse in erster Linie eine Organisations- und keine Investitionsfrage ist.

Ferner erläuterte er die Führungsaufgaben, die der Leiter des betrieblichen Katastrophenschutzes zu bewältigen hat und wies auf die verschiedenen Lehrgänge hin, die die Landesstelle anbietet.

Ulm. Große Aufmerksamkeit während der Ulmer Ausstellung „Leben – Wohnen – Freizeit“ fanden die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes und auch der BVS.



Großes Interesse fand das Ablöschen einer brennenden Puppe mit Hilfe einer Decke.

Ein eigenes Ausstellungszelt und die unmittelbar angrenzende Freifläche ermöglichten es den Katastrophenschutz-Organisationen und dem BVS, sich in vielfältiger Weise den Bürgern vorzustellen.

Besonderes Interesse fanden die praktischen Demonstrationen. Die Hilfsorganisationen zeigten Ausschnitte aus ihrem vielseitigen Aufgabenbereich.

Bayern

Bayern heute

Würzburg. In Vertretung des BVS-Landesstellenleiters überreichte Sachgebietsleiter Brockmann der Mitarbeiterin



Sachgebietsleiter Brockmann überreicht Maria Schädler die Urkunde.

der BVS-Dienststelle Würzburg, Maria Schädler, eine Urkunde zum 25jährigen Jubiläum im öffentlichen Dienst. Am

1. April 1957 begann Maria Schädler als Schreibkraft bei der damaligen BLSV-Ortsstelle Würzburg, wo sie bis heute, nun als Bürosachbearbeiterin, tätig ist. Durch ihr Fachwissen und ihre kollegiale Einstellung wurde sie zu einer wertvollen und beliebten Mitarbeiterin.

In einer kleinen Feierstunde bedankten sich Brockmann sowie Dienststellenleiter Breu und Helfervertreter Mahler für die stets gute Zusammenarbeit. Der Vorsitzende des Bezirkspersonalrates, Weigl, würdigte die langjährige Mitarbeit in der Personalvertretung.

Ansbach. „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“, unter diesem Motto bot die BVS-Dienststelle Ansbach in einem Kaufhaus wertvolle Tipps. Mit der Ausstellung „Überleben können Sie erlernen“ wurde

auf die Bedeutung des Selbstschutzes hingewiesen, im Vordergrund stand allerdings die Information „Vorrat – sicher ist sicher“. Gezeigt wurde ein Lebensmittelvorrat für 14 Tage.



Der Informationsstand „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ wurde vorher in den Landratsämtern Donauwörth und Weißenburg sowie in der Berufsschule Roth je eine Woche lang aufgebaut.

30 Jahre THW-Landesverband Schleswig-Holstein

Am 22. August 1950 erhielt der Gründer und erste Leiter der früheren Technischen Nothilfe, Otto Lummitzsch, vom damaligen Bundesminister des Innern, Dr. Dr. Gustav Heinemann, den Auftrag, im Rahmen eines zivilen Ordnungsdienstes die Aufstellung einer technischen Hilfsorganisation im Bundesgebiet vorzubereiten. Doch dauerte es noch fast ein Jahr, bis auch in Schleswig-Holstein mit den entsprechenden Vorarbeiten begonnen werden konnte.

Die ersten Spuren der Organisation, die später (20. Oktober 1951) den Namen „Technisches Hilfswerk“ (THW) erhielt, führen nach Lübeck, wo am 3. November 1951 der erste THW-Ortsverband Schleswig-Holsteins entstand. Da es zu dieser Zeit noch keinen THW-Landesverband gab, wurde der Ortsverband Lübeck zunächst von der damals bestehenden THW-Bezirksleitung in Hamburg betreut.

Am 22. April 1952 wurde schließlich Oberbaurat a. D. Pfeiffer erster hauptamtlicher Leiter des neuen THW-Landesverbandes in Schleswig-Holstein mit Dienstsitz in Kiel. Dieses Datum kann praktisch als Gründungstag des THW in Schleswig-Holstein angesehen werden. Als Dienstgebäude wurde im Juni des gleichen Jahres das Eckhaus Niemannsweg/Karolinenweg eingerichtet, wo sich auch heute noch die Dienststelle des THW-Landesbeauftragten befindet.

Ein knappes Vierteljahr nach der Bildung des Landesverbandes existierten bereits die vier Ortsverbände Lübeck, Pinneberg, Kiel und Flensburg. Heute besteht der THW-Landesverband Schleswig-Holstein aus 35 Ortsverbänden mit fast 3000 Helfern.

Mit flotter Marschmusik eröffnete das Polizei-Musikkorps Schleswig-Holstein unter Leitung von Ersten Polizeihauptkommissar Axt die Festveranstaltung zum 30jährigen Jubiläum des THW-Landesverbandes. In der mit Fahnen und Birkengrün geschmückten Fahrzeughalle des Katastrophenschutz-Zentrums der Landeshauptstadt begrüßte THW-Landesbeauftragter Helmut Meier die vielen Gäste und THW-Abordnungen, die aus allen Teilen des Landes nach Kiel gekommen waren. Besonders herzlich wurden die Frauen und Männer willkommen geheißen, die in den ersten Stunden des THW in Schleswig-Holstein das Fundament legten, auf dem später



Viele Gäste hatten sich zum 30jährigen Jubiläum eingefunden.

mit Erfolg weiter aufgebaut werden konnte.

Prominentester Gast war der Innenminister des Landes, Dr. Uwe Barschel. Des weiteren waren der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes und Landesbrandmeister Struve, der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, Luckhardt, Brigadegeneral Heumann sowie Vertreter der befreundeten Hilfsorganisationen, des Bundesgrenzschutzes, der Polizei sowie Vertreter der Ämter für Zivilschutz aus vielen Kreisen und Städten des Landes und THW-Direktor Ahrens erschienen.

In seiner Begrüßungsansprache führte Landesbeauftragter Meier den Gästen noch einmal vor Augen, mit welcher enormen Schwierigkeiten der Start des THW in den 50er Jahren verbunden war. Damals – gerade erst sieben Jahre nach dem katastrophalen Ende des Zweiten Weltkrieges – sei es ein sehr mühsames Unterfangen gewesen, ehrenamtliche Mitarbeiter zu gewinnen, denn der „Ohne-mich-Standpunkt“ sei in der Bevölkerung noch weit verbreitet gewesen. Für die ersten Männer, die schließlich bereit waren, freiwillig und ehrenamtlich mitzuarbeiten, stand damals noch so gut wie nichts an Ausstattung zur Verfügung. Um überhaupt Ausbildung betreiben zu können, war es üblich, Werkzeuge und Gerät von zu Hause mitzubringen. Diesen Männern der „ersten Stunde“ gelte heute Anerkennung und Bewunderung, da sie mit Fleiß und Opfer-

bereitschaft die Anstrengungen des Aufbaus ihrer Organisation auf sich nahmen und erfolgreich zu Ende führten.

Meier schilderte in einem kurzen Überblick den Weg, den das THW in Schleswig-Holstein von der ersten Bewährungsprobe anlässlich der Flutkatastrophe in Holland 1953 bis heute zurückgelegt hat, wobei er u. a. auf den Aufstellungsstand besonders hinwies, der zur Zeit 40 Bergungszüge, elf Instandsetzungszüge, vier Fernmeldezüge sowie Einheiten der Führung, der Versorgung, des Wasserdienstes und der Ölwehr umfaßt. Mit einem Dank an alle, die das THW während der 30 Jahre stets fördernd und unterstützend begleitet haben und der Erneuerung seiner Versicherung an den Innenminister des Landes, daß er sich auch in Zukunft auf die gut ausgebildeten und leistungsfähigen Einheiten des THW im Lande verlassen könne, schloß Meier seine Ausführungen.

Danach ergriff THW-Direktor Dipl.-Ing. Hermann Ahrens das Wort, der eingangs auf die noch sehr unruhige Zeit nach dem letzten Weltkrieg zu sprechen kam, in der sowohl die äußere als auch vor allem die innere Sicherheit unseres jungen demokratischen Staates noch in keiner Weise gefestigt waren.

Die politisch Verantwortlichen sorgten sich damals um die Existenz unseres noch im Wiederaufbau begriffenen Landes, man befürchtete z. B. Störungen in der Energieversorgung und sonstige Sabotageakte, die zur Verunsicherung und

Beunruhigung der Bevölkerung hätten führen und den Bestand unseres jungen staatlichen Gemeinwesens ernstlich hätten gefährden können.

Dieser Gefährdung sollte durch den schnellen Aufbau eines zivilen Ordnungsdienstes aus freiwilligen Helfern begegnet werden. Wenn auch die finanziellen und materiellen Möglichkeiten sehr begrenzt waren, was den Aufbau einer solchen Organisation nicht gerade leicht machte, so führte doch die Überzeugung für die Notwendigkeit der Aufgabe und die Begeisterung für die Sache relativ schnell zur Gründung von THW-Ortsverbänden und zur Errichtung von THW-Schulen.

In Schleswig-Holstein z. B. öffnete in Kiel-Wik die für das gesamte THW so wichtige und bedeutende technische Schule schon am 26. April 1954 ihre Tore. Auch damals schon seien die Landesbeauftragten, wie in Schleswig-Holstein Dipl.-Ing. Ernst Pfeiffer, die tragenden Säulen der schnellen Entwicklung und die Motoren in ihren Bereichen gewesen.

Nach kurzer Schilderung der Schwierigkeiten, mit denen sich das THW und seine Helfer während der Zeit des Luftschutzhilfsdienstes (LSHD) konfrontiert sahen, kam Ahrens auf die bisher letzte Entwicklungsphase im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes zu sprechen, die mit dem „Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“ 1968 begann.

Heute könne man mit Befriedigung feststellen, daß das THW seinen Platz im Katastrophenschutz gefunden habe. Es wirke in vielen Fachdiensten mit, habe aber seine Schwerpunkte eindeutig im Bergungs- und Instandsetzungsdienst. Schließlich dankte Ahrens allen Althelfern für ihre Aufbauleistungen und wünschte dem Landesverband sowie den Ortsverbänden und Helfern eine weiterhin positive Entwicklung.

„30 Jahre THW – 30 Jahre Technisches Hilfswerk in Schleswig-Holstein, das ist



Innenminister Dr. Barschel wurde von THW-Direktor Ahrens und THW-Landesbeauftragtem Meier auf dem Gelände des Katastrophenschutzzentrums begrüßt.

für alle ein Grund zum Feiern“, meinte Innenminister Dr. Barschel zu Beginn seiner Rede. Das THW habe sich in den Jahren seines Bestehens nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im Ausland bewährt. Dr. Barschel erinnerte an größere THW-Einsätze in Schleswig-Holstein, wobei er auch die Flutkatastrophe 1962, das Explosionsunglück im Kieler Nordhafen 1970 und das Flugzeugunglück 1971 bei Hasloh anführte. „Diese beeindruckenden Leistungen“ – so stellte er anerkennend fest – „geben Ihnen das Recht, stolz zu sein.“ Das THW sei ein unverzichtbarer Eckstein des Katastrophenschutzes des Landes. Die Landesregierung sei bemüht, alles zu tun, um den Helfern zu helfen. 13 Millionen Mark seien seit 1974 vom Land und von den kreisfreien Städten in den Katastrophenschutz investiert worden.

Dr. Barschel kam auch auf die Ausstattung und Aufgaben des THW zu sprechen und meinte in diesem Zusammenhang, daß dem „Sonderdienst Ölwehr“ für Schleswig-Holstein eine besonders große Bedeutung zukomme. Das Netz der Ölwehren müsse in den nächsten Jahren weiter vervollständigt und noch wesentlich enger geknüpft werden.

Vom Bund erbat der Minister ein klares Konzept im Hinblick auf die Notwendigkeiten für den Bereich „Zivile Verteidigung“. Im übrigen begrüßte er, daß der

Bund die Gesetze über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, über den Zivilschutz und den Schutzraumbau zusammenfassen und novellieren will, warnte aber davor, es bei dieser „Rechtsbereinigung“ bewenden zu lassen. Jeder verantwortliche Politiker mache sich schuldig, wenn er die humanitären Aufgaben im Bereich der „Zivilen Verteidigung“ vernachlässige.

Allerdings sei nicht nur der Staat allein gefordert, auch jeder Bürger müsse sein Scherflein beitragen. Erst wo der Selbstschutz nicht ausreiche, soll der Staat eingreifen.

Minister Dr. Barschel stellte abschließend fest: „Wenn es uns nicht gelingt, den im THW praktizierten Geist an unsere Jugend weiterzugeben, dann hat der Gedanke des freiwilligen Selbstschutzes keine Zukunft.“

Oberbürgermeister Karl-Heinz Luckhardt, der die Grüße des Magistrats und der Ratsversammlung der Landeshauptstadt übermittelte, gratulierte dem THW herzlich zum 30. Geburtstag und verband seinen Glückwunsch mit einem Dank an alle freiwilligen und hauptamtlichen THW-Angehörigen. Er habe sehr wohl begriffen, meinte Luckhardt, wie notwendig die Unterstützung des THW bei großen Katastrophen sei und erinnerte u. a. an die Einsätze des THW-OV Kiel.

In Schleswig-Holstein gebe es zum Glück ein „ausgeprägtes Katastrophensbewußtsein“. Trotzdem müsse für den Katastrophenfall geübt werden. Für Kiel sei als nächstes eine Sturmflutübung vorgesehen; denn, so der Oberbürgermeister, „wer durch die Landeshauptstadt geht und sich die historischen Wasserstände ins Gedächtnis ruft, kann sich leicht ausmalen, was da alles passieren kann“.

Mit weiteren Grußworten und einem Schlußwort des THW-Landesbeauftragten fand die Jubiläumsveranstaltung ihren offiziellen Abschluß. W. V.

Hamburg



THW Hamburg informierte Bauämter

Das THW Hamburg wird seit Jahren durch die Hochbauabteilung der sieben Bauämter, die Abteilung „Allgemeine Technische Aufgaben“ der Behörde für Verkehr und Landwirtschaft, Strom- und Hafengebäude sowie durch die Oberfinanzdirektion Hamburg, Landesvermögens- und Bauabteilung, in allen baulichen Belangen betreut.

Die den THW-Landesverbänden neuerdings in eigene Zuständigkeit übertragenen Haushaltsmittel zur Bewirtschaftung und baulichen Unterhaltung der Liegenschaften sowie mehrere Wechsel in der Leitung der zuständigen Behörden bzw. Abteilungen in Hamburg waren Anlaß, über die „neue“ Art der Zusammenarbeit zu sprechen und die Partner persönlich kennenzulernen.

Beim THW-Bezirksverband Hamburg-Harburg wurden die Vertreter der ver-

schiedenen Dienststellen durch Landesbeauftragten Günter Trautvetter begrüßt und in einem Kurzvortrag über Organisation, Einsatz, Ziele und Ausbildung des THW informiert. Die Hauptsachgebietsleiter und Geschäftsführer ergänzten anschließend die Ausführungen aus ihren Bereichen.

Mit zwei THW-Filmen, „THW live“ und „Deichverteidigung – Alarm für das THW“, wurde den Baudirektoren ein kleiner optischer und akustischer Über-

blick über das THW allgemein und dessen besondere Bedeutung und Aufgaben in Hamburg gegeben. Eine lebhaft Diskussions schloß sich an.

Diese Informationen werden dazu beitragen, daß noch mehr als bisher besondere Belange des THW in Hamburg berücksichtigt werden und daß sich eine noch engere Zusammenarbeit mit den Behörden beim Bau von Unterkünften oder bei deren Unterhaltung ergibt.

G. T.

Dr. Fröhlich besuchte den THW-Landesverband Hamburg

Staatssekretär Dr. Siegfried Fröhlich, Bundesministerium des Innern, besuchte den THW-Landesverband Hamburg. Landesbeauftragter Günter Trautvetter informierte den Gast aus Bonn über Aufgaben, Probleme und Eigenheiten des THW in einem Stadtstaat. Im einzelnen wurde die Vereinbarung über die Mitwirkung im Katastrophenschutz, die Mitwirkung bei der Deichverteidigung, die Unterkunftssituation in Hamburg sowie Ausbildungsfragen und die Jugendarbeit angesprochen. Anschließend besichtigte der Staatssekretär die Dienststelle des Landesverbandes und sprach mit den hauptamtlichen Mitarbeitern.



Herzlich begrüßt THW-Landesbeauftragter Trautvetter Staatssekretär Dr. Fröhlich.

Im benachbarten THW-Bezirksverband Hamburg-Nord hatten nach einem Rundgang durch die Unterkunft und die Kfz-Hallen die ehrenamtlichen Führungskräfte mehrerer Bezirksverbände und die Mitglieder des Landesausschusses Gelegenheit, mit dem Staatssekretär ein Gespräch zu führen. Unter anderem wurden Fragen der Helfervereinigung, die zukünftige Stellung der Junghelfer sowie Probleme der Umschulung von Führerschein-Klasse III auf Klasse II angesprochen.

A. K.

Winfried Plate – 25 Jahre THW-Arbeit

Vor 25 Jahren trat Winfried Plate in das THW ein. Aufgrund seiner beruflichen Vorbildung machte er sehr schnell „KARRIERE“. Er wurde Gruppenführer, Technischer Einsatzleiter, Mitglied im Stab des



Aus der Hand von THW-Landesbeauftragtem Trautvetter nimmt Winfried Plate die Ehrenurkunde entgegen.

HVB und 1974 stv. Bezirksbeauftragter im THW-Bezirksverband Hamburg-Nord. Als die Helfervertretung ins Leben gerufen wurde, wählten die Helfer ihn 1977 zum Landessprecher. Er übt dieses Amt nunmehr bereits in der zweiten Wahlperiode aus.

Plate ist ein Mann, der dem Bild des idealen THW-Helfers entspricht: kameradschaftlich, hilfsbereit, immer ansprechbar, hervorragendes Fachwissen und aktiv.

In einer Feierstunde, zu der viele Vertreter von Behörden, Verwaltung sowie Katastrophenschutz-Organisationen und Freunde aus allen Bereichen gekommen waren, ehrte Landesbeauftragter Günter Trautvetter Plate mit der THW-Ehrenplakette und hob in seiner Laudatio hervor, 25 Jahre im THW, das bedeute 25 Jahre angefüllt mit Verantwortung. Das bedeute aber auch: 25 Jahre vorbildliche Leistung mit vielen schönen und lohnenden Erfolgen.

Lobende Worte fanden auch Lt. Branddirektor Puchner sowie Vertreter aus den Bezirksverbänden, der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg, der Hilfsorganisationen sowie befreundeter THW-Ortsverbände aus Schleswig-Holstein.

G. T.

Wochenendausbildung im THW-BV Hamburg-Bergedorf

Auf dem Wasserübungsplatz des Bundesgrenzschutzes in Laßbrönne/Niedersachsen führten der Instandsetzungszug und die Jugendgruppe des THW-Bezirksverbandes Hamburg-Bergedorf eine Wochenendausbildung durch. Schwerpunkte für den Instandsetzungszug waren unter anderem: Kfz-Marsch mit Orientierungsübung, Ausleuchten von Einsatzstellen, Einsatz der Pumpengruppe unter erschwerten Bedingungen, Bau von Rohrleitungen zur Wasserversorgung durch die GW-Gruppe, Freileitungsbau über längere Strecken durch die E-Gruppe, Bau behelfsmäßiger Flußübergänge, Verlegung einer Ölsperre auf der Elbe durch die AÖ-Gruppe. Alle Arbeiten wurden – zum Teil nach einer Alarmierung – im Rahmen einer Nachtausbildung durchgeführt.



Oben: Die Elektro- und Pumpengruppe an der Einsatzstelle. Unten: Junghelfer mit dem Schlauchboot auf der Elbe.



Die Jugendgruppe des Bezirksverbandes übte „Fahren auf dem Wasser“ mit Schlauchbooten, führte Orientierungsübungen durch und wurde bei den verschiedenen Teileinheiten eingewiesen.

A. K.

Ehrung für THW-Helfer der „ersten Stunde“

Anlässlich seines Eintritts in den Ruhestand wurde Fachbereichsleiter Carl-Heinz Möller in einer kleinen Feierstunde im THW-Bezirksverband Hamburg-Mitte mit der THW-Plakette ausgezeichnet.



THW-Landesbeauftragter Trautvetter überreicht Carl-Heinz Möller die THW-Plakette.

In seiner Ansprache erinnerte Landesbeauftragter Trautvetter daran, daß Möller, der 1953 als freiwilliger Helfer in den THW-Bezirksverband Hamburg-Nord eintrat, auch nachdem er 1963 Lehrgruppenleiter für den Bergungsdienst an der damaligen Katastrophenschutzschule des Landes Hamburg wurde, immer ein THW-Mann geblieben ist.

Fast 20 Jahre vermittelte Möller in seiner Funktion als Lehrgruppenleiter angehenden Führern und Unterführern das

notwendige Rüstzeug für den Bergungsdienst. Besonders war seine Fachkenntnis auf dem Gebiet des Sprengwesens geschätzt. Nach seiner Pensionierung wird er die Weiterbildung der Sprengberechtigten und Sprenghelfer tatkräftig unterstützen.

Neben den THW-Kameraden waren zu der Feierstunde auch viele Kollegen der Feuerwehr erschienen. Ltd. Branddirektor Maximilian Puchner dankte dem Scheidenden für die geleistete Arbeit, wies auf das besonders gute Verhältnis zu den Katastrophenschutz-Organisationen hin und drückte die Hoffnung aus, daß auch in Zukunft der Kontakt zu den Kameraden nicht abreißen möge.

Anschließend wurde der neue Fachbereichsleiter, Pröll, vorgestellt. A. K.

THW-Direktor besuchte Landesverband Hamburg

Auf der Fahrt zum Landesverband Schleswig-Holstein besuchte THW-Direktor Ahrens kurz den Landesverband Hamburg. Im THW-Bezirksverband Hamburg-Harburg sprach Ahrens mit Führungskräften über Fragen der Ausbildung, Ausstattung, Dislozierung und die Zukunftsaussichten des THW in den kommenden Jahren.

Anschließend hatten die hauptamtlichen



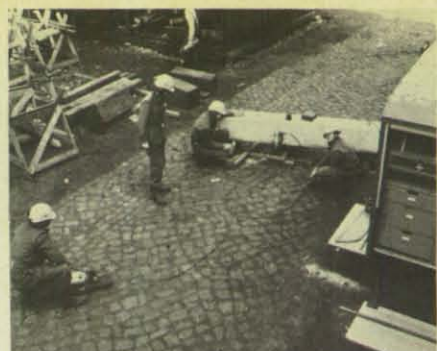
THW-Direktor Ahrens (links) zu Besuch beim Landesverband Hamburg. Rechts: THW-Landesbeauftragter Trautvetter.

Mitarbeiter des THW-Landesverbandes Gelegenheit, allgemein interessierende Themen zu erörtern. A. K.

Gemeinsame Grundausbildung

Die THW-Bezirksverbände Hamburg-Altona, Eimsbüttel, -Nord und -Wandsbek führten eine gemeinsame Grundausbildung für THW-Helferanwärter durch. Die Lehrgangsteilnehmer bildeten sechs Gruppen, die von jeweils zwei bis drei Ausbildern betreut wurden.

Die konzentrierte Ausbildung war ein voller Erfolg: Viele Helferanwärter bestanden die theoretische und praktische Prüfung ohne Fehler. Die THW-Bezirksbeauftragten überreichten den Lehrgangsteilnehmern abschließend die Verpflichtungserklärung und den Helferausweis. H. Sch.



Ein 1,2 Tonnen schwerer Betonklotz wird mit der Hydropresse angehoben.



Zur Grundausbildung gehört auch das Arbeiten mit dem Trennschleifer.

Bremen



Erstmals THW-Kreisbeauftragter für Stadtgemeinde Bremen

„Unsere Gesellschaft ist auf diejenigen angewiesen, die sich darauf vorbereiten, anderen im Notfall zu helfen. Die THW-Helfer haben dieses Ziel. Ihr ehrenamtliches Engagement unter Verzicht auf viele Stunden persönlicher Freizeit kann deshalb nicht hoch genug eingeschätzt werden. Um so mehr freue ich mich, heute einem Ehrenamtlichen das wichtige Amt des THW-Kreisbeauftragten für die Stadtgemeinde Bremen übertragen zu können.“ Das betonte THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel in seiner Rede zur Amtseinführung von Hans Bruns. Göbel überreichte in der Unterkunft des THW-OV Bremen-Osterholz Bruns die Beauftragungs-Urkunde.

Auch Senatsrat Dr. Engelmann, in der Bremer Innenbehörde u. a. für den Zivilschutz verantwortlich, wies auf die besondere Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements der THW-Helfer hin. Er



Aus der Hand von THW-Landesbeauftragtem Dirk Göbel nimmt THW-Kreisbeauftragter Hans Bruns (links) die Beauftragungs-Urkunde entgegen.

wünschte dem neuen Kreisbeauftragten ein erfolgreiches Wirken.

Mit der Beauftragung von Bruns vollzog sich auch an der Spitze des THW-Ortsverbandes Bremen-Osterholz ein Wechsel: Ortsbeauftragter ist jetzt Gerhard Franke. Beide gehören dem THW seit vielen Jahren an. Bruns, Betriebsorganisator bei den Bremer Stadtwerken, trat 1962 in das THW ein. Er wurde 1978 Ortsbeauftragter für Bremen-Osterholz, 1981 zeichnete THW-Direktor Ahrens ihn für seine vorbildliche Aufbauarbeit mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber aus. Gerhard Franke ist seit 1970 THW-Helfer, ab 1979 war er stv. Ortsbeauftragter. Er arbeitet als Elektromeister beim Bremer Waggonbau. U. W.

„Forsythien-Wette“ in Bremen-Huchting

Seit seiner Neugründung im Jahre 1980 bemüht sich der THW-OV Bremen-Huchting um gute Kontakte zur Bevölkerung. Dies geschah u. a. durch Ausstel-

lungen und verschiedentliches Auftreten bei Großveranstaltungen.

Erste Ergebnisse dieser Öffentlichkeitsarbeit konnten jetzt verbucht werden: Der Ortsverband wurde zur diesjährigen „Gelbwette“ der Aktion Kultur und Freizeit (AKuF) eingeladen.

Die „Gelbwette“ ist eine jährlich stattfindende Wette zwischen einer im Stadtteil ansässigen Organisation oder Behörde und der AKuF, einem Zusammenschluß



Der Notarius publicus, Peter Zeller, verliest das Wettprotokoll. Neben ihm THW-Ortsbeauftragter Klaus Köhler, der Vorsitzende der AKuF, Peter Mechnik, sowie die beiden Zeugen Peter Konitzki und Karl-Heinz Wille.

Huchtinger Bürger zum Zwecke der sinnvollen Freizeitgestaltung. Bei dieser Wettzeremonie gilt es, vorauszusagen, ob ein vor dem Bonhoeffer-Gemeindehaus stehender Forsythien-Strauch bis zum Frühlingsanfang blüht oder nicht. Die gegensätzlichen Wettaussagen werden durch das Los entschieden. Der Verlierer der Wette verpflichtet sich, dem Park Links der Weser einen Baum zu stiften.

Die Lose wurden auf dem von der AKuF

ausgerichteten und mit ca. 160 Personen besuchten Winter-ade-Fest durch Peter Mechnik für die AKuF und Ortsbeauftragten Klaus Köhler für das THW unter Aufsicht des Notarius publicus, Peter Zeller, gezogen. Auf das THW entfiel das Los: „Er blüht nicht“.

Am Frühlingsanfang traf man sich zur Begutachtung des Strauches vor dem Bonhoeffer-Gemeindehaus. Hier stellte sich den Beteiligten die Frage, ob ein Strauch mit sieben Blüten bereits als blühend angesehen werden muß. Beide Wettparteien hielten ihre durch Los bestimmten Aussagen für zutreffend. Der inzwischen neugewählte AKuF-Vorsitzende, Pastor Wulf-Traugott Kruse, untermauerte sogar die Wettaussage der AKuF noch damit, daß die Zahl sieben eigentlich schon von alters her in der Bibel als Symbol der Vollkommenheit gelte und demzufolge ein Strauch mit sieben Blüten als vollkommen blühend angesehen werden muß.

Dieser Auffassung konnte sich der Notarius publicus allerdings nicht anschließen. Er ersann jedoch einen salomonischen Vergleichsvorschlag, der schließlich von beiden Wettparteien angenommen wurde: Aufgrund der sieben festgestellten Blüten sollte sich das THW mit einem Siebtel an den Kosten des Baumes beteiligen.

Gemeinschaftlich pflanzte man dann am 17. April 1982 einen neuen Baum in den Park Links der Weser und hofft nun auf ein gutes Anwachsen und Gedeihen des Baumes.

Einsatzbereitschaft erhöht

Sechs neue Fahrzeuge für seine Fernmeldezüge erhielt jetzt das Bremer THW, Landesbeauftragter Dirk Göbel übergab sie Ende April auf dem Gelände des THW-OV Bremen-Neustadt an die Einheiten. Drei der sechs Fahrzeuge sind künftig im Ortsverband Bremen-Neustadt, die anderen im Ortsverband Bremen-Hastedt stationiert. Die Viertonner verfügen über eine integrierte Fahrer- und Mannschaftskabine mit vier bzw. sechs Sitzplätzen sowie einen geräumigen Kastenaufbau, in dem das bei Einsätzen benötigte Gerät und Material mitgeführt wird.

Göbel wies in seiner Rede darauf hin, mit den neuen Fahrzeugen sei die Einsatzbereitschaft weiter verbessert worden. „Wir müssen“, so Göbel, „auf mögliche Katastrophen optimal vorbereitet sein. Das betrifft sowohl die Ausbildung der ehrenamtlichen Helfer als auch die Ausstattung und das zur Verfügung stehende Gerät.“

U. W.



THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel (Bildmitte) übergibt die Fahrzeuge auf dem Gelände des THW-OV Bremen-Neustadt.

Niedersachsen



Festakt zum 30jährigen Bestehen des THW-Landesverbandes

Das alte Sprichwort, daß das Gute oft nahe liegt, bewahrheitete sich auch für die mit den Veranstaltungsvorbereitungen befaßten Mitarbeiter des THW-Landesverbandes Niedersachsen, als es um geeignete Räumlichkeiten für den 24. April 1982 ging. Nach einigen vergeblichen Anläufen, bei gleichzeitigem Messetermin ein geeignetes Domizil zu finden, bot sich das praktisch „um die Ecke“ befindliche Freizeitheim in Hannover-Vahrenwald als optimale Alternative an.

Die Veranstaltung sah immerhin vor: als Kernstück die Tagung der niedersächsischen THW-Kreis- und Ortsbeauftragten, parallel dazu die 1. Landesversammlung der Delegierten der THW-Helfervereinigung Niedersachsen mit

Wahl des Vorstandes und den Festakt zum 30jährigen Bestehen des THW-Landesverbandes.

Mit rund 300 Personen war der Festsaal des Freizeitheims besetzt, als THW-Landesbeauftragter Eckhard Leiser die Gäste aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und befreundeten Organisationen sowie die Angehörigen des THW begrüßte. Zu Beginn seiner Rede stattete er den Freunden und Förderern des THW in Organisationen und Behörden – besonders im Niedersächsischen Innenministerium – Dank für die langjährige Unterstützung ab. Es folgte ein kurzer Abriss über die Gründungsphase des Landesverbandes unter seinem ersten Landesbeauftragten, Dipl.-Ing. Otto Fenselau, wobei als Beispiel für das Improvisationsvermögen der THW-Helfer „der ersten Stunde“ der Ortsverband Hannover angeführt wurde, dessen erstes Fahrzeug, ein Hanomag, mit Geld aus

Blutspenden beschafft wurde. Den Rückblick auf die Großeinsätze des THW in Niedersachsen verband Leiser mit der Bitte an die Verantwortlichen, das THW weiterhin und möglichst mit steigender Tendenz auch dort einzusetzen, wo der Bund als Träger des erweiterten Katastrophenschutzes primär nicht gefordert ist: „Helfen Sie uns bitte, damit wir auch helfen dürfen!“, appellierte der Landesbeauftragte an die Gäste.

Leiser ging abschließend auf die verbesserte Ausstattung mit Fahrzeugen und Gerät ein, vermerkte aber kritisch die Engpässe in der persönlichen Ausstattung sowie die zu knappen Selbstbewirtschaftungsmittel. „Vor dem Diktat des knappen Geldes wird sicherlich auch das niedersächsische THW eine Konsolidierung mittragen und Gedanken auf Expansion in eine fernere Zukunft verbannen müssen“, führte Leiser aus.

Grüße und Glückwünsche der Landesregierung überbrachte Ministerialdirigent Herbert Antonischki als Vertreter von Innenminister Dr. Egbert Möcklinghoff. Er betonte die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem THW über mehrere Jahrzehnte. „Wir haben miterlebt, wie sich das THW aus bescheidenen Anfängen zu einer der tragenden Hilfsorganisationen entwickelt hat“, sagte Antonischki. Während die Aufgaben des THW im Katastrophenschutz konkret beschrieben werden könnten, seien die Leistungen, die das THW zur Förderung des Gemeinsinns und demokratischen Bewußtseins erbringe, nicht ohne weiteres faßbar, aber mindestens ebenso wichtig. „Daß hierbei gerade auch die Jugend nicht abseits steht“, schloß Antonischki, „erfüllt uns mit Befriedigung und Hoffnung.“

Nicht nur als Mitglied des Deutschen Bundestages, sondern vor allen Dingen als frischgewählter 1. Vorsitzender der THW-Helfervereinigung Niedersachsen e.V. – die Wahl war erst einige Minuten zuvor mit einstimmigem Votum beendet worden – begrüßte Rudolf Seiters, Mep-pen, Gäste und THW-Angehörige. Er konnte auch die neuesten Daten über die Interessenvertretung des THW in Niedersachsen mitteilen: 58 Ortsvereine mit 2700 Mitgliedern waren bis zum 24. April 1982 gegründet worden.

Seiters führte aus, daß er in den 13 Jahren seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag sehr häufig mit Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes befaßt war: „Ich glaube, die Sorgen und Probleme der vielen Helfer zu kennen, die in den verschiedenen Verbänden des Zivil- und Katastrophenschutzes arbeiten.“ Kritisch setzte er sich mit dem Stellenwert im Vergleich zur militärischen Verteidigung auseinander und äußerte die Befürchtung, daß Zivil- und Katastrophenschutz weiter in den Sog der Finanzkrise des Staates hineingeraten könnten. „Viele Ausbilder führen Klage darüber, daß sie Ausbildungsgeld für Treibstoff verwenden müssen, dann aber nicht üben können, weil die Ausbildung nicht mehr finanziert werden könne.“ Um so anerkennenswerter sei in dieser Situation die Leistung der Helfer. Er bat sie, in ihrem Engagement, Einsatz und Idealismus nicht nachzulassen und schloß seine Ausführung mit der Zusage, daß der Landesvorstand der THW-Helfervereinigung alles tun werde, um die Arbeit des THW zu unterstützen.

Die Entwicklungslinien des THW zeichnete THW-Direktor Hermann Ahrens nach und machte in seiner Festansprache den heutigen Standort deutlich. Er begann mit einem Rückblick auf die Situation im geteilten Deutschland und angesichts der veränderten Weltlage, die



Informationsgespräch vor dem THW-Ausstellungsstand (von links): Ministerialdirektor Antonischki, Bundestagsabgeordneter Seiters, THW-Direktor Ahrens, THW-Kreis- und Ortsbeauftragter Alting und THW-Landesbeauftragter Leiser.

1950 u. a. dazu führte, Otto Lummitzsch mit den Vorbereitungen zum Aufbau einer Hilfsorganisation zu beauftragen, die noch im gleichen Jahr auf den Namen „Technisches Hilfswerk“ getauft wurde.

Ahrens äußerte seine Hochachtung vor den Männern, die den Beginn gewagt und das schwierige Werk begonnen hatten. Nicht unerwähnt ließ er die Phase des Luftschutzhilfsdienstes (LSHD), bei dem sich das THW mit seinen Ortsverbänden nicht unerheblich engagiert hatte, bei dem sich aber auch bald ein gewisses Neben- und Gegeneinander ergab. 1968, mit dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes, wurde das THW Teil des gemeinsamen Katastrophenschutzes des Bundes und der Länder.

„Heute“, so Ahrens, „können wir befriedigt, aber auch mit Blick auf unsere Partner dankbar feststellen, daß das THW seinen Platz im Katastrophenschutz der Landkreise und kreisfreien Städte gefunden hat. Dies war ein langer Weg aufeinander zu, aber auch ein Prozeß, in dem die Helfer des THW durch Leistung und Zuverlässigkeit Vertrauen Schritt für Schritt erwerben mußten.“

Der THW-Direktor ging dann auf die vielen THW-Auslandseinsätze ein und gab Zahlen über den heutigen Stand des THW bekannt, dessen verbesserte Ausstattung nicht zu übersehen sei. Die neuen Stärke- und Ausrüstungsnachweise bezeichnete er als Kompromiß zwischen dem, was für eine optimale Hilfeleistung und den Übungsdienst notwendig wäre, und dem, was in überschaubarer Zukunft vom Bund finanzierbar sei. Ein klarstellendes Wort sagte Ahrens zu den vom Wehrdienst freigestellten Helfern, denen er in der Mehrzahl Verantwortungsbereitschaft und Pflichterfüllung konstatierte.

Zum Schluß wünschte Ahrens dem Landesverband Niedersachsen, seinen Ortsverbänden und Helfern sowie den hauptamtlichen Mitarbeitern eine weiterhin positive Entwicklung.

Abgerundet wurde das Programm des Festaktes durch Grußworte des niedersächsischen THW-Landessprechers Gerhard Brunke, Kreis- und Ortsbeauftragter für Goslar, und des THW-Landesbeauftragten für Baden-Württemberg, Rolf Schneider, der von 1963 bis 1973 als Landesbeauftragter für Niedersachsen die Aufbauarbeit seiner Vorgänger fortgeführt hatte.

Mit der Einladung an die Gäste, eine kleine Geräteschau zu besichtigen, schloß die Veranstaltung. R. B.

38. THW-Auslandseinsatz in Kamerun beendet

Der Einsatz in Kamerun ist zu Ende, und es kann Bilanz gezogen werden: Alle beteiligten Behörden und Institutionen sind mit dem Ergebnis zufrieden. Das trifft besonders auf die eingesetzten THW-Helfer Konrad Heilig (Friedrichshafen) und Willi Kunze (Salzgitter) zu. Sie freuen sich, daß ihre Arbeit zum Erfolg führte und daß das THW humanitäre Hilfe in diesem Land leisten konnte.

Kamerun ist in besonders starkem Maße auf den Transport auf der Straße angewiesen. Es besteht nur eine Eisenbahnlinie im Süden und Westen des Landes. Der ganze Norden hatte nur Sandpisten, es existierte keine befestigte Straße. Hinzu kommt, daß der äußerste Norden der Sahel-Zone zugerechnet werden muß. Die fortschreitende Trockenheit wurde zu einem Problem für die Bevölkerung, das aus eigener Kraft nicht mehr zu bewältigen war.

Es war also zwischen dem volkreichen Süden des Landes und dem trockenen Norden eine Verkehrsverbindung zu schaffen, um den betroffenen Menschen Hilfe geben zu können. Eine Teerstraße von Nigaoundéré über Garoua, Maroua bis Kousserie (südlich des Tschadsees) mit einer Länge von 768 km wurde gebaut. Diese Straße muß aber auch unterhalten werden, denn sie ist natürlich sehr hoch belastet. Hierzu wurden in Garoua und Maoua mit deutscher Hilfe zwei Service-Stationen eingerichtet. Diese Stationen halten jeweils ca. 370 km Straße in Ordnung. Die Stationen werden von Kamerunern geleitet, jeder sind von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) zwei Experten zugeordnet, die die Arbeitskräfte anlernen.

In Maroua, dem Ort des THW-Einsatzes, waren die Mitarbeiter der GTZ, Männchen und Jüncke, Partner des THW. Da Jüncke die Werkstatt in Maroua leitete und gleichzeitig für den 120 km entfernten Steinbruch in Waza zuständig war, konnte er als Sprengberechtigter nicht ständig die Arbeit in Waza beaufsichtigen.

gen, wodurch der Steinbruch nicht optimal betrieben werden konnte.

So hatten die THW-Helfer Heilig und Kunze die Aufgabe erhalten, Sprengberechtigte auszubilden und die Sprengarbeiten im Steinbruch zu beaufsichtigen. Die Anwärter für den Sprenglehrgang hatten, bis auf eine Ausnahme, noch keinen Umgang mit Sprengstoff. Es waren also nicht nur die Theorie und die verschiedenen Sprengverfahren, sondern vor allem erst einmal der richtige Umgang mit Sprengstoff und Zündmitteln und die Sicherheitsvorschriften und -vorkehrungen zu vermitteln.

Alle Lehrgangsteilnehmer haben mit Engagement mitgearbeitet. Bei Temperaturen bis zu 50° im Schatten war dies nicht immer leicht. Der Erfolg hat jedoch den Einsatz gerechtfertigt: Vier der Teilnehmer erhielten die kamerunische Sprenggenehmigung. Da sie im Steinbruch tätig sind, überwachen sie auch die Bohrarbeiten, wodurch die Bohrarbeiten rationell durchgeführt werden können – ein wichtiger Faktor.

Das Problem im nördlichen Kamerun ist der Wassermangel, der dort allgegenwärtig ist und das Leben der Menschen bestimmt. „L'eau c'est la vie“ sagt der Kameruner, auf deutsch „Wasser ist Leben“. Wenn die THW-Helfer immer genügend Wasser hatten, dann nur, weil die Station Maroua über 120 km Entfernung das Wasser mit Lkw herantransportieren ließ. Das Campement, in dem die beiden Helfer wohnten, wurde im kleineren Umfang auch immer wieder mit Wasser versorgt. Es mußte jedoch am 30. April geschlossen werden, weil kein Wasser mehr zur Verfügung stand. Die kamerunische Regierung läßt zur Zeit in allen Orten Tiefbrunnen bohren (bis zu 50 m), um die Bewohner und Tiere vor dem Verdursten zu bewahren. Es ist jedoch in den letzten Jahren so wenig Regen gefallen, daß der Grundwasserspiegel immer weiter absinkt.

Besonders hervorzuheben ist die gute Zusammenarbeit mit den kamerunischen Behörden. Ob Verwaltung oder Ordnungsbehörden, jeder half, so gut er

konnte. Daß der Gouverneur der Provinz die THW-Helfer besuchte und sich über den Fortgang der Arbeiten informieren ließ, zeigt, welchen Stellenwert die humanitäre Hilfe des THW in Kamerun hatte. Der Präfekt (Regierungsbezirk), der Chef de district (Kreisverwaltung) und der Chef de ville (Gemeindeverwaltung) waren bald für die THW-Helfer gute Bekannte, ebenso die Herren des „Ministère des Mines“ und der „Direction des Routes“. Gendarmerie, Polizei und Zoll nahmen an der THW-Arbeit so großen Anteil, daß die beiden Deutschen sich bald unter Freunden fühlten und gern alle Unbequemlichkeiten in Kauf nahmen.

In der Abschlußbesprechung im Bundesamt für Zivilschutz äußerten sich Heilig und Kunze zu ihrem Einsatz in Kamerun: „Wir würden unter gleichen Umständen sofort wieder in den Einsatz gehen.“

Damit ist über den Einsatz und Land und Leute alles gesagt. W. K.

Kreis- und Ortsbeauftragte kamen zusammen

Anläßlich der THW-Kreis- und Ortsbeauftragtentagung am 24. April in Hannover stellte THW-Direktor Hermann Ahrens die geplante Novellierung des Zivilschutzgesetzes an den Beginn seiner Ausführungen. Die Stärke- und Ausrüstungsnachweise (STAN) für den Katastrophenschutzteil des THW seien zwischenzeitlich sowohl vom Innen- als auch vom Finanzminister gebilligt worden und damit Helferstärke, Kraftfahrzeug-Soll und Unterkunftsplanungen fest umrissen. Die STAN für den organisationseigenen Teil des THW – mit dem Ziel einer späteren Überführung der Einheiten in den erweiterten Katastrophenschutz – sei vom Bundesminister des Innern im Dezember 1981 genehmigt worden, führte Ahrens aus.

Regierungsdirektor Ferdinand Ständer, Referatsleiter THW 1 im BZS, vertiefte die Ausführungen von Ahrens, indem er Gliederungsbilder optisch vorstellte und

Aufbau und Ausbildung dieser Ergänzungseinheiten, z. B. der neuen Notstrom/Pumpengruppe, erläuterte. Zur Verteilung der Katastrophenschutz- und Ergänzungseinheiten im THW-Landesverband Niedersachsen kündigte Ständer eine baldige Vereinbarung zwischen dem Bundesamt für Zivilschutz und dem Niedersächsischen Innenministerium an. Damit würden Helferzahlen und Einnahmen für jeden Ortsverband endgültig festgeschrieben. Ein eventuell notwendiger Abbau der Helferzahlen soll dann im Rahmen der normalen Fluktuation erfolgen. Mit Ausführungen über die Situation bei den Haushaltsmitteln, deren Ansätze im Vergleich zu 1981 im wesentlichen unverändert bleiben werden, schloß Ständer seine Ausführungen ab. Als neuer Referatsleiter für „Ausbildung“, THW 3 im BZS, stellte sich Eugen Dunzelt, ehemaliger Hauptsachgebietsleiter „Einsatz“ im Landesverband Niedersachsen, vor. Er berichtete, daß eine Überarbeitung der Katastrophenschutz-Dienstvorschriften (KatS-DV) für den Bergungs- und Instandsetzungsdienst abgeschlossen sei bzw. zur Zeit fertiggestellt und ausgeliefert werde. Ausbildungsunterlagen zur Fort- und Weiterbildung der Führer und Unterführer am Standort würden gerade erarbeitet. Dunzelt gab abschließend den Hinweis auf den nächsten Bundeswettkampf des THW, der, ausgerichtet vom Landesverband Hessen, am 18. Juni 1983 in Darmstadt stattfinden soll, und zwar unter Einbeziehung des Instandsetzungsdienstes und der Jugendgruppen.

Noch einmal ergriff Regierungsdirektor Ständer das Wort, um über den erweiterten Versicherungsschutz, den aktive und fördernde Mitglieder der THW-Helfervereinigung genießen, zu berichten.

Den Schlußakkord setzte Ortsbeauftragter Willi Kunze, Salzgitter, mit einem Dia-Vortrag über den kurz zuvor beendeten Einsatz zur Ausbildung von Sprenghelfern in Kamerun, für den er von THW-Direktor Ahrens das Zeichen für humanitäre Hilfe im Ausland verliehen bekam. R. B.

Berlin



Dienstältester THW-Bezirksbeauftragter verabschiedet

Der THW-Bezirksbeauftragte für Berlin-Reinickendorf, Erich Hennicke, hat Ende März sein Amt in jüngere Hände übergeben. Über 20 Jahre lang führte er den Bezirksverband, nachdem er seit 1952

dort Helfer, Ausbildungsleiter und stv. Bezirksbeauftragter war.

Die Verabschiedung im feierlichen Rahmen fand in der festlich geschmückten Fahrzeughalle des Bezirksverbandes statt. Senatsdirektor Dr. Conen, in Vertretung des Senators für Inneres, überreichte Hennicke für seine Verdienste

um den Katastrophenschutz in Berlin die höchste Auszeichnung, die Sonderstufe des Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichens von Berlin. Das Bezirksamt Reinickendorf, vertreten durch Bezirksbürgermeister und Stadträte, ehrte Hennicke mit herzlichen Worten. Landesbranddirektor Seidel dankte



Bezirksbürgermeister Günter Birghan gratuliert dem alten und dem neuen THW-Bezirksbeauftragten Erich Hennicke und Manfred Kuratis.

im Namen der Feuerwehr. In Vertretung des THW-Direktors überreichte Referatsleiter von Arnim vom Bundesamt für Zivilschutz dem Scheidenden die THW-Plakette.

Nach der Verabschiedung wurde dem Nachfolger im Amt, Manfred Kuratis, durch THW-Landesbeauftragten Brühl das Beauftragungsschreiben überreicht mit allen guten Wünschen für eine erfolgreiche Arbeit und eine glückliche Hand bei der Führung des Bezirksverbandes. Die besten Voraussetzungen hierfür liegen vor, zumal Kuratis schon fast 20 Jahre im THW und seit 1970 Zugführer eines Bergungszuges ist. B.

THW-Ehrenzeichen für Günter Kalläne

Die Freiwilligen Feuerwehren in Berlin feierten am 29. März 1982 das 25jährige Bestehen ihres Landesverbandes. Gründungsmitglied Günter Kalläne ist seit nunmehr zehn Jahren auch dessen Vorsitzender.

Mit seiner Amtsübernahme begann in Berlin eine sehr enge Zusammenarbeit



THW-Landesbeauftragter Brühl überreicht Günter Kalläne das THW-Ehrenzeichen in Silber.

zwischen der Feuerwehr und dem THW. Daß diese Kooperation gefördert wird, ist ein besonderes Verdienst Kallänes. Die Auszeichnung mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber durch THW-Direktor Hermann Ahrens ist das äußere Zeichen und die Anerkennung für das gemeinsame Bemühen, durch vernünftige Zusammenarbeit das Schutz- und Hilfepotential auch im friedensmäßigen Katastrophenschutz zu erhöhen und sinnvoll einzusetzen. B.

Rettungsschere demonstriert

Der THW-Bezirksverband Steglitz führte die von der Steglitzer Bezirksverordnetenversammlung gestiftete Rettungsschere der Öffentlichkeit vor. Den zahlreichen Gästen aus der Bezirksverordnetenversammlung und dem Bezirksamt



Die Gäste der Bezirksverordnetenversammlung und des Bezirksamtes informierten sich über die Ausrüstung des THW.

wurde demonstriert, wie mit Hilfe der Hydraulik in Minutenschnelle durch Schneiden oder Spreizen verkeilte Autotüren geöffnet, Lenkradsäulen zur Bergung von eingeklemmten Unfallopfern umgelegt und Autodächer abgeschnitten werden können.

Vor den Gästen, unter ihnen Bezirksbürgermeister Rothacker und drei Bezirksstadträte, wiesen THW-Bezirksbeauftragter Vogel und Landesbeauftragter Brühl auf die zahlreichen Einsätze des THW hin. B. M.-Sch.



Die Möglichkeiten, das THW zu „verewigen“, sind sicherlich zahlreich. Eine besonders nette und, zumindest hier nicht bekannte, einmalige Art dachten sich die Helfer des THW-Bezirksverbandes Reinickendorf aus. Sie ließen sich das THW backen und wollten offensichtlich damit zum Ausdruck bringen, daß sie es zum „Fressen gern“ haben. Da kann man nur sagen „Guten Appetit“.

Nordrhein-Westfalen



Demonstration enger Zusammenarbeit

In der zweiten Märzhälfte kam es in Arnsberg zu einer eindrucksvollen Demonstration enger Zusammenarbeit der verschiedenen Katastrophenschutz-Organisationen: Seit Ende Februar wurde im Stadtteil Bruchhausen eine 70jährige Rentnerin vermißt. Nachdem Suchaktionen der Polizei ergebnislos verlaufen waren, hatte die Feuerwehr nochmals zu einer Aktion aufgerufen.

Trotz des widrigen, naßkalten Wetters trafen sich mehr als 200 Helfer zur Einsatzbesprechung. Das abzusuchende Gelände wurde in elf Einsatzgebiete auf-

geteilt; jeder Suchtrupp von einem erfahrenen Feuerwehrmann begleitet.

Aufgabe des THW war es, die Ruhr und den dazu parallel verlaufenden Mühlengraben auf einer Länge von drei Kilometern abzusuchen. Eingesetzt wurden Schlauch- und S-Boot, mit je sechs Helfern besetzt; weitere Helfer suchten den Uferbereich weiträumig ab. Gegen 15.00 Uhr mußte die Suche leider ergebnislos abgebrochen werden. Wenige Tage später wurde das befürchtete Schicksal der Vermißten zur Gewißheit: Ein Angler fand am Ufer der Ruhr die Leiche der Frau.

Zwei Wochen später wurde bei einer groß angelegten Übung wiederum die

Zusammenarbeit zwischen Freiwilliger Feuerwehr, THW, MHD und dem DRK geprobt. An dieser Großübung nahmen alle zwölf Löschzüge der Stadt Arnsberg, zwei Löschzüge aus Sundern und einer aus Eslohe, ein THW-Bergungszug aus Alt-Arnsberg sowie ein MHD-Sanitätszug und ein DRK-Krankentransportzug teil.

Folgende Lage wurde angenommen: Im Großmannssiepen ist ein Waldbrand ausgebrochen, der sich mit hoher Geschwindigkeit ausdehnt und das Munitionsdepot der belgischen Streitkräfte bedroht. Das Feuer hat eine Gruppe von Wanderern eingeschlossen, von denen mehrere mit Brandverletzungen und



Bei der Suche nach der vermißten Frau wird auf der Ruhr ein Schlauchboot eingesetzt.

Rauchvergiftungen geborgen und ärztlich versorgt werden müssen.

Insgesamt waren an der Übung mehr als 620 Helfer beteiligt. Die Einsätze wurden von einer Einsatzzentrale aus koordiniert und gelenkt. Mit minutiöser Pünktlichkeit fuhren die Löschzüge der Feuerwehr, der Bergungszug des THW, der Sanitätszug des MHD und der Krankentransportzug des DRK zu den neuralgischen Punkten des „Großbrandes“. Während ein Teil der Feuerwehrmänner mit den eigentlichen Löscharbeiten beschäftigt war, hierzu mußten kilometerlange Schlauchleitungen verlegt werden, schlug eine Gruppe des THW eine Schneise durch den Wald. Währenddessen wurden auch die vom Feuer eingeschlossenen Wanderer – gemittelt von Mitgliedern des Jugendrotkreuzes – geborgen und auf dem schnellsten Wege in ärztliche Obhut gebracht.



Nach der Explosion in einem Wohnhaus birgt das THW einen „Verletzten“.

Neben der „Waldbrandbekämpfung“ hatte eine weitere Bergungsgruppe des THW mit einer anderen Gefahrensituation fertigzuwerden: Nach einer „Explosion“ in einem Wohnhaus wurde eine unbekannte Zahl von Menschen vermißt. Als Übungsgelände stand der alte Schlachthof in Alt-Arnsberg zur Verfügung. Brände und das eingestürzte Treppenhaus erschwerten die Bergung. Wegen der starken Rauchentwicklung mußten alle Einsatzkräfte Atemschutzmasken bzw. schweres Atemgerät tragen, und dies bei fast sommerlichen Temperaturen. Aber auch hier zeigte sich der gute Ausbildungsstand der Helfer. Schon nach kurzer Zeit konnte der Einsatzzentrale die Bergung eines „Verletzten“ gemeldet werden.

Die Übung endete um 17.00 Uhr. In der anschließenden Manöverkritik wurde festgestellt: „Im Ernstfall sind alle Helfer den Aufgaben gewachsen.“ H. Sch.

Wochenendübung für sieben Ausbildungsgruppen

Eine nicht alltägliche Übung veranstaltete der THW-OV Paderborn: 90 Helfer fuhren für ein Wochenende nach Minden-Lerbeck. Die 14 Bergungsfahrzeuge



Die THW-Helfer bauen Zelte für eine Verletztensammelstelle auf.



Mit dem Rollgliss-Gerät und Schleifkorb wird ein „Verletzter“ abgelassen.

sowie vier Anhänger umfassende Kolonne setzte sich am Freitag um 23.00 Uhr in Bewegung und fuhr zunächst bis zum Verfügungsraum nach Oerlinghausen. Hier wurde die Kolonne in zwei Marschgruppen aufgeteilt. Die Verbindung zwischen den beiden Gruppen stellte der Funktrupp her.

In den frühen Morgenstunden erreichte die letzte Gruppe ihr Ziel. Dort begann die Ausbildung an neun verschiedenen Stationen in Lerbeck und Röcke. Die Helfer sollten im Hinblick auf die Prüfung in speziellen Teilgebieten geschult werden. So mußten „verletzte“ Personen mit einem Rollgliss-Gerät oder einem Lastarm aus Stockwerken abgelassen werden. Außerdem wurden die Helfer im Gebrauch des 20-Tonnen-Hydraulikhebers unterwiesen. An den weiteren Stationen wurde an typischem Ge-

rät des Bergungsdienstes ausgebildet und die unterschiedlichsten Einsatzmöglichkeiten des Greifzugs, der Schmutzwasserpumpe, der Gesteinsbohrhämmer und des Dreibocks gezeigt.

Höhepunkt der Veranstaltung war eine fünfstündige Einsatzübung am Sonntagmorgen in der Bauerschaft Röcke. Durch die Teilnahme von qualifizierten Helfern aus den THW-OV Gütersloh, Höxter und Paderborn war es möglich, eine Übungsleitung, Leistungsgehilfen und Schiedsrichter einzusetzen. Da eine Gasexplosion angenommen wurde, mußten die Helfer unter ABC-Schutzmasken in das Schadensgebiet vordringen. Hier hatten sie unter schwierigsten Bedingungen die bisher erworbenen Kenntnisse in die Praxis umzusetzen. Die „Verletzten“ mußten über eine Strecke von zwei Kilometern zur Ver-

letzensammelstelle transportiert werden, wo sie von Sanitätern des ASB und DRK versorgt und zu einem angenommenen Hilfskrankenhaus transportiert wurden. Um 12.00 Uhr wurde die Übung beendet.

THW-Ortsbeauftragter Reichardt, Geschäftsführer Foik, Ausbildungsleiter Fischer sowie der Katastrophenschutzbeauftragte des Kreises Paderborn, Amedick, zeigten sich beeindruckt vom guten Ausbildungsstand der Helfer, die teilweise erst kurze Zeit beim THW sind.
F.-J. H.

Grundausbildung beendet

„Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt.“ Dieser schon oft zitierte Spruch fand auch Anwendung auf die 22 Helfer des THW-OV Bonn, die sich im Frühjahr der Abschlußprüfung der Grundausbildung stellten.

Der Prüfungsablauf begann zunächst mit dem Aufbau der einzelnen Stationen. Vor der praktischen Prüfung waren erst theoretische Fragen zu beantworten. Die allgemeine Spannung war groß, als die Prüfung nachmittags beendet war und sich die Prüfer zur Auswertung zurückzogen. Erleichterung trat ein, als be-



Zu den Prüfungsaufgaben gehört auch die Holzbearbeitung.

kannt wurde: Alle Prüflinge haben bestanden.

Die Helfer stellen nun neben den Führungskräften und Kraftfahrern den 1. Bergungszug und werden kontinuierlich weiter ausgebildet.

Viel Zeit zum Ausruhen blieb den neuen Helfern ohnehin nicht: Sie mußten bald darauf auf dem Gelände der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler im Rahmen einer standortverlagerten Ausbildung ihr Können unter Beweis stellen. In einer Nachtübung waren über 30 „Verletzte“ zu bergen und zu versorgen, die zuvor vom MHD Bonn wirklichkeitsnah geschminkt worden waren. Die Übungsleitung und die Beobachter waren mit dem Übungsablauf vollauf zufrieden.

Der nächste Tag stand den einzelnen Gruppen zur Vertiefung der Kenntnisse der Bergungsmethoden zur Verfügung.

E. G.

Hessen



Weiterbildung – auch im Katastrophenschutz . . .

Unter diesem Motto fand am Samstag, dem 17. April 1982, eine Fortbildungsveranstaltung der „Arbeitsgemeinschaft Gießener Katastrophenschutz-Organisationen“ an der Fachhochschule Gießen statt, bei der den Mitarbeitern der Gießener Hilfsorganisationen Themen wie „Brandursachen und deren Ermittlung“ (Referent: Klaus Schleenbecker, Kripo Gießen), „Strahlenschutz, Umgang mit gefährlichen Gütern“ (Georg Linz, Katastrophenschutzschule des Bundes), „Verbrennungen – Verbrühungen und ihre Erstbehandlung“ (Heinz Hütwohl, DRK Gießen) und „Helferrechte und -pflichten im Katastrophenschutz“ (Frieder Mutz, Staatl. Abteilung Landratsamt Gießen) geboten wurden.

Die Fortbildung wurde finanziell vom Landrat des Landkreises Gießen und vom Oberbürgermeister der Stadt Gießen unterstützt; der Rektor der Fachhochschule Gießen-Friedberg, Prof. Dr. Burger, stellte die Hörsäle der Schule kostenlos zur Verfügung.

Die „Arbeitsgemeinschaft Gießener Katastrophenschutz-Organisationen“ ist ein loser Zusammenschluß der Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren von Gießen-Allendorf, Gi-Klein-Linden, Gi-Lützellinden, Gi-Mitte, Gi-Rödgen, Gi-Wieseck, des DRK Gießen, der DLRG Heuchelheim und Gießen sowie des MHD und THW Gießen.

Schon im Juli 1979 beschlossen die verantwortlichen Führungskräfte der Hilfsorganisationen diese Gründung, um in Zukunft die Probleme des Katastrophenschutzes gemeinsam zu meistern; ebenfalls sollten gemeinsame Übungen und kameradschaftlich-gesellige Veranstaltungen durchgeführt werden. So wurden z. B. bisher zwei große Übungen an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler sowie zwei Tanz- und Unterhaltungsabende in Gießen-Allendorf durchgeführt. Die Fortbildungsveranstaltung war bereits die dritte dieser Art, und im September ist erneut ein gemeinsamer Tanzabend geplant.

Die Arbeitsgemeinschaft versteht sich auch als Ansprechpartner für Behörden und Organisationen in Sachen Katastrophenschutz. Sie vertritt die Interessen ihrer 560 ehrenamtlichen Mitglieder und koordiniert die gemeinsamen Aus- und Fortbildungsveranstaltungen.

Durch diesen losen Zusammenschluß behalten alle Hilfsorganisationen ihre volle Eigenständigkeit, jedoch sind die Führungskräfte miteinander bekannt und mit den unterschiedlichen Strukturen der einzelnen Verbände vertraut. Dadurch besteht großes Verständnis für die Probleme der verschiedenen Organisationen, und es entstand eine vorbildliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit im Katastrophenschutz zum Wohle der Mitbürger.

Osterfahrt nach München

Die Jugendgruppe des THW-OV Bensheim fuhr unter Leitung von Ralph Stühling über Ostern nach München. Am ersten Abend wurden das Olympia-Stadion und der Olympiaturm besichtigt. Am Karfreitag standen dann der Besuch des Marienplatzes mit dem Rathaus und der Frauenkirche, nach dem Mittagessen das Olympiazentrum sowie das BMW-Museum auf dem Programm.

Höhepunkt der Fahrt war am Oster Samstag der Besuch der Berufsfeuerwehr München. In der Einsatzzentrale wurden den jugendlichen Gästen die Aufgaben einer Berufsfeuerwehr in einer Millionenstadt erläutert. Anschließend wurde das Katastrophenschutz-Zentrum München I besichtigt. Am Nachmittag folgte ein Besuch des Deutschen Museums.

Wegen starker Schneefälle in den Alpen mußte eine Fahrt nach Kaprun zum Tauernkraftwerk leider abgesagt werden. Als Ersatz bot sich Kloster Andechs an. Am Ostermontag beendete ein kurzer Stadtbummel den Besuch der bayerischen Metropole.

R. S.

Kreisstadt-Münze für THW-OV Hofheim

Eine nachträgliche Ehrung erhielten jetzt die 2. Sieger im Bereich „Instandsetzung“ beim THW-Bundeswettkampf 1981 in Hamburg: Bürgermeister Flac-

cus überreichte den beteiligten Helfern des Instandsetzungszugs des THW-OV Hofheim in einer kleinen Feierstunde die Kreisstadt-Münze als Anerkennung.



Erfreut nahmen die Helfer des Instandsetzungszugs des THW-OV Hofheim die nachträgliche Auszeichnung entgegen.

THW-Unterkunft erweitert

Zahlreiche Ehrengäste waren auf dem Gelände des THW-OV Pfungstadt dabei, als ein Erweiterungsbau der THW-Unterkunft seiner Bestimmung übergeben wurde. Mit der Inbetriebnahme eines Feldhauses verfügt der Ortsverband nunmehr über optimale Unterkunftsräume. Das Holzhaus – eine Spende – wurde bei einer Firma abgebaut und in

rund 15monatiger Bauzeit an seinem jetzigen Standort wiedererrichtet.

Ortsbeauftragter Karl-Heinz Roßmann bedankte sich bei allen Behörden, Dienststellen und Firmen für die Förderung des Projekts. Sein besonderer Dank jedoch galt den zehn THW-Helfern, die täglich in ihrer Freizeit viele unentgeltliche Arbeitsstunden für den Aufbau des Hauses geleistet hatten.

Auch THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Hans-Albert Lossen würdigte die Leistung des Pfungstädter Teams. Weitere



Gäste bei der Einweihung (von links): Landrat Dr. Franz H. Kappes, THW-Bundessprecher Peter Merck, THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen, THW-Ortsbeauftragter Karl-Heinz Roßmann und THW-Geschäftsführer Heinrich Ganß.

Grußworte sprachen Landrat Dr. Franz-Hermann Kappes für den Landkreis Darmstadt-Dieburg, Stadtverordnetenvorsteher Prof. Dr. Lavies für die Stadtverordnetenversammlung, Bürgermeister Ahlheim für den Magistrat der Stadt Pfungstadt, THW-Bundessprecher Peter Merck sowie Vertreter von Verbänden und Organisationen.

H. G.

Nachruf

Wir trauern um unseren Kameraden

Karl-Friedrich Gärtner

der im Alter von 77 Jahren verstarb.

Wir haben Gärtner in 20 Jahren stets als hilfsbereiten und pflichtbewußten Kameraden geschätzt, der sich mit großem Engagement und seiner langjährigen Erfahrung im Katastrophenschutz für die Belange des THW eingesetzt hat.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Der Ortsbeauftragte für Pfungstadt
Verein der Freunde des THW-OV
Pfungstadt

Rheinland-Pfalz



Trinkwasserbehälter gestiftet

Ein neuartiger Trinkwasserbehälter wurde vom Helferverein des THW-OV Zell gestiftet. Der Behälter faßt rund 1000 Liter Flüssigkeit, besteht aus beschichtetem Polyestergewebe und ist an drei Seiten geschlossen. Die vierte Seite wird durch einen neuartigen Verschuß sicher und unkompliziert abgedichtet.

Der wohl bedeutendste Vorteil dieses Behälters gegenüber anderen Ausführungen liegt darin, daß er wie ein Strumpf auf die linke Seite gedreht werden kann und somit optimal zu reinigen und zu trocknen ist. Dies gestattet alternative Verwendbarkeit – wie Trinkwassertransport, Löschwasser im Falle eines Waldbrandes, schnelles Aufnehmen von Flüssigkeiten nach Unfällen, Bevorratung von Flüssigkeiten und Schüttgütern.

Der Behälter ist serienmäßig mit drei C-Festkupplungen und C-Blindkupplungen ausgerüstet. Die zwei auf der Oberseite liegenden Kupplungen dienen der Befüllung und Entlüftung. Die Kupplung an der Stirnseite dient der Entnahme der Flüssigkeiten, die problemlos über einen Wasserhahn oder eine C-Schlauchabspernung erfolgen kann.

Der leere Behälter ist falt- und stapelbar und benötigt somit wenig Platz bei der



Einen neuartigen Trinkwasserbehälter erhielt der THW-OV Zell.

Einlagerung. Mit einer besonderen Halterung kann er auch im gefüllten Zustand an der Wand aufgehängt werden.

Der Vorsitzende des THW-Helfervereins, Edi Reiz, übergab das Geschenk THW-Ortsbeauftragtem Walter Reis.

E. R.

Erste-Hilfe-Übung nach Gasexplosion

„Eine Gasexplosion bei Schweißarbeiten in der Garage der THW-Unterkunft Merzig“, dies war die Annahme bei der Abschlußübung des Erste-Hilfe-Lehrgangs für die Helferschaft. Fünf „Verletzte“ galt es zu bergen und zu versorgen, die von realistisch geschminkten Helfern des Malteser-Hilfsdienstes dargestellt wurden. Erschwert waren die Rettungsmaßnahmen durch den angenommenen Stromausfall. So mußten die 31 Kursteilnehmer, darunter viele Jugendliche, zuerst einen Notstromgenerator heranzubringen, um den Unfallort mit Scheinwerfern auszuleuchten. Bei der Rettung stellten die Helfer das in

16 Stunden erworbene Wissen bestens unter Beweis. Nach wenigen Minuten waren die „Verletzten“ aus der Gefahrenzone geborgen und schnell versorgt. MHD-Stadtbeauftragter Rolf Heilmann, der den Lehrgang leitete, war mit dem Verlauf zufrieden. Angenehm überrascht sei er von der guten Versorgung der „Verletzten“ nach dem Bergen aus dem Gefahrenbereich. Die THW-Helfer hätten sich fortlaufend um die „Opfer“ gekümmert und sie nicht einfach liegengelassen. Die psychische Betreuung von Verletzten sei genauso wichtig wie die physische Versorgung, führte Heilmann aus. D. W.



In einer Übung können die THW-Helfer ihr Wissen in Erste-Hilfe-Maßnahmen testen.

Zelte und Pumpen überreicht

„Gern unterstützt die Kreissparkasse St. Wendel die Leistungsbereitschaft ehrenamtlich tätiger Organisationen wie das Technische Hilfswerk“, betonte Sparkassendirektor Gerhard Becker bei der Übergabe zweier Pumpen und dreier Zelthäute an den THW-Geschäftsführerbereich St. Wendel.

Bereits 1979 hatte die Bundeswehr dem THW kostenlos Gestänge für sechs mal sechs Meter große Mannschaftszelte überlassen. Mit Spenden der Kreissparkasse, der Volksbank und der Saarbank sowie eines Bundeszuschusses konnten die aus hellem Schwergewebe bestehenden Zeltplanen bestellt werden, deren Lieferung für die THW-Ortsverbände Nonnweiler, Theley und St. Wendel nunmehr erfolgt ist.

Von weiteren Spenden der Kreissparkasse wurde für den THW-OV Nohfelden eine Schmutzwasserpumpe beschafft, die ihre Bewährungsprobe bereits bei einem Hochwassereinsatz bestanden hat. Die BS 80 hat eine Förder-

leistung von 600 Litern pro Minute und ist ab dem Null-Punkt saugfähig. Dadurch ist sie zum Auspumpen von Kellerräumen bestens geeignet. Die zweite Pumpe, eine Druckwasserpumpe, steht als ständige Ausstattung im Duschanhänger des Geschäftsführerbereichs allen Ortsverbänden zur Verfügung. Sie fördert 100 Liter pro Minute, wobei der erzeugte Druck von 1,5 bis 4 bar regulierbar ist.

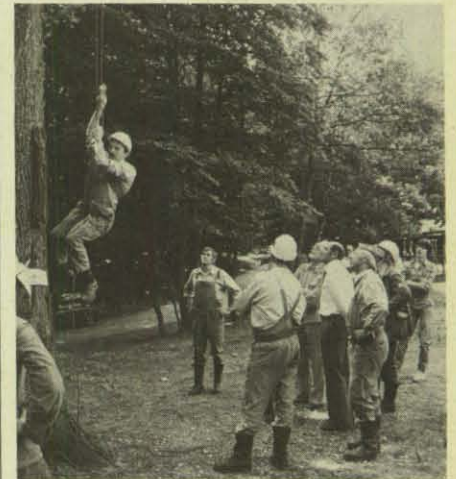


Der Direktor der Kreissparkasse St. Wendel, Gerhard Becker (4. v. r.), übergab dem THW je eine Schmutz- und Druckwasserpumpe.

Direktor Becker hob hervor, daß die Kreissparkasse Organisationen schwerpunktmäßig unterstütze, wobei der Jugendarbeit besondere Aufmerksamkeit gelte. THW-Geschäftsführer Walter Müller, der die Aufgabenstellung der THW-Ortsverbände erläuterte, dankte den Vertretern der Kreissparkasse für die materielle Unterstützung. E. M.

Eindrucksvolle Jahresübung

Mit dem Zeltplatz „Kapellenwies“ hatte die Gemeinde Gronig, vertreten durch ihren Ortsvorsteher Lothar Schuhmacher, dem THW-OV St. Wendel für die Jahresübung ein ideales Gelände zur Verfügung gestellt. Mit dem Kombi, dem



Aufmerksam beobachten Gäste und Helfer die Handhabung des Rollgliss-Gerätes.

Gerätekraftwagen, zwei neuen Mannschaftskraftwagen und dem Lkw waren in den frühen Morgenstunden mehr als 50 Helfer ausgerückt. Neben dem Pumpen- und Waschwäger fehlte auch die fahrbare Einsatzzentrale des Geschäftsführerbereichs nicht, die die ständige Erreichbarkeit über Funk sicherstellte.

Umfassend gestaltet war der Übungsablauf, der nicht zuletzt den Ausbildungsstand der einzelnen Gruppen überprüfen sollte. Geschickte Hände banden, stellten und sicherten einen Dreibock. Ein eingezogenes Greifzugseil, an einem Baum befestigt, wurde mit dem Greifzug gespannt. Nach Anhängen des Schleifkorbes an die Rollvorrichtung sicherten vier Helfer mit Bindeleinen die schwankende Last bei der Belastungsprobe. Schnell fraß sich das Erdbohrgerät in den Boden. Die Pfosten zur Holzbearbeitung wurden gesetzt. Mit der Motorsäge demonstrierten Helfer Schräg- und Fallschnitte sowie Fallkerben. Mit einer auf Trennschneiden umgerüsteten Motorsäge wurde geübt. Zum Heben und

Senken schwerer Lasten dienten zwei 20-Tonnen-Hydroheber mit einem mittleren Steuerventil. Scheinbar spielend hob sich der GWK vom Boden. Die Nutzung eines Zweibockes zur Lastenbewegung zeigte die Gerätegruppe.

Neu für die Helfer war die Bedienung des Rollgliss-Gerätes, das zum Heben und Absenken Verletzter dient. Mit dem gut verstaubaren Gerät einfacher, leichter Bauweise, das im Einmannbetrieb benutzbar ist, können Höhenunterschiede im Tragegurtsack sitzend überwunden werden, wobei die Abseilgeschwindigkeit stufenlos regelbar ist.

Zum Bau eines Schnellsteges rückten die Helfer zum Fischweiher „In der Silz“ des Angelsportvereines Bliesen ab. Auf 40 Rundhölzern als Unterbau wurden mit Bindedraht die Bohlen gebunden. Halteleinen sicherten den Steg und gaben ihm die Richtung. Nach nur 60 Minuten Bauzeit lag der mit möglichst wenig Aufwand gebaute, 40 Meter lange Steg fertig und bereit zur Belastungsprobe.

Der Abend diente der Kameradschaftspflege am Lagerfeuer, bevor am nächsten Tag nach einem Geländelauf und Fußballspiel der Abbau begann. Aufmerksame Beobachter der Übung unter der Gesamtleitung von Zugführer Arnold Schön und dessen Stellvertreter Willibald Nix waren neben Ltd. Ministerialrat Herbert Schmitz, einem sehr interessierten, alten Freund des Ortsverbandes St. Wendel, THW-Landesbeauftragter Günter Faß, Geschäftsführer Walter Müller und Ortsbeauftragter Leo Kuhn. Faß lobte den eindrucksvoll demonstrierten guten Ausbildungsstand des Ortsverbandes. Geschäftsführer Walter Müller hob besonders die gute Harmonie der Führungskräfte und das Zusammenspiel zwischen der Technik und Verwaltung hervor. E. M.

THW-OV Merzig zu Gast in Frankreich

Schon seit langem pflegt der THW-OV Merzig einen guten Kontakt zur Freiwilligen Feuerwehr Bambiderstorf in Frankreich. Jetzt fuhr eine 25köpfige Gruppe des THW zum Bunkerwerk „Le Bambesch“ bei Bambiderstorf. Der Besuch ging auf eine Einladung der französischen Feuerwehr zurück. „Bambesch“ gehört zur „Ligne Maginot“, wurde von 1932 bis 1939 gebaut und 1940 von den Deutschen gestürmt.

Adolf Haenle, Präsident der Freiwilligen Feuerwehr Bambiderstorf, und Vizepräsident Roger Ancillon leiteten die Gäste in zwei Gruppen durch das 25 Meter tie-



Vizepräsident Roger Ancillon (2. v. r.) führt die deutschen Gäste durch die Bunkeranlage.

fe und noch sehr gut erhaltene Bunkerwerk, das der Gemeinde Bambiderstorf gehört und von der Feuerwehr unterhalten wird. Größe und Zustand des Bunkers sowie die noch völlig intakte Belüftungsanlage beeindruckten die deutschen Gäste.

Den Abschluß des Besuchs bildete ein gemeinsames Essen. Beim Abschied bedankten sich die Helfer für die Einladung und bekräftigten, daß man sich schon jetzt auf ein baldiges Wiedersehen beim THW in Merzig freue. D. W.

Gasexplosion in Neunkirchen-Wellesweiler

Nicht nur für die Katastrophenschutzeinheiten der Freiwilligen Feuerwehr und des DRK, sondern auch für das THW wurde am Freitag, dem 19. März 1982, gegen 16.40 Uhr Katastrophenalarm gegeben.

Was war geschehen? Vermutlich durch eine Gasexplosion war das Haus Nr. 174 in der oberen Bürgermeister-Regitz-Straße in Neunkirchen-Wellesweiler total zerstört worden. Während der Hausbesitzer auf einer Tagung weilte, waren seine Ehefrau, der Sohn und die Schwiegermutter im Hause. Kurz vor 16 Uhr hatte der Sohn den Nachbarn gerufen, weil es nach Gas roch. Unmittelbar danach zerriß eine Explosion die Stille des Nachmittags.

Mutter und Sohn wurden von den Feuerwehrmännern in der Nähe des Hauseingangs gefunden. Recht dramatisch gestaltete sich die Rettung der 63jährigen Schwiegermutter, die unter Balken und Mauerwerk eingeklemmt war. Die THW-Bergungsgruppe aus Spiesen-Elversberg, die sich inzwischen an der Unglücksstelle eingefunden hatte und durch den Bergungszug aus Neunkirchen verstärkt wurde, mußte die Holzbalken (Sparren und Deckenbalken) zersägen und Trümmer wegräumen, um an die Schwerverletzte heranzukommen. Notärzte versorgten die Verschüttete während der Rettungsarbeiten. Nach der Bergung erfolgte die Versorgung und

der Abtransport in das Krankenhaus durch das DRK.

Im Anschluß daran begann die Suche nach dem Nachbarn. Schichtweise wurde begonnen, die Trümmer des Wohnhauses abzutragen. Da man annahm, daß sich der Verschüttete zum Zeitpunkt der Explosion in den Kellerräumen aufhielt und sich die Arbeit bis spät in die Nachtstunden fortsetzen würde, begann der THW-OV Illingen, die Schadensstelle mit Lichtflutern auszuleuchten.

Feuerwehr und THW suchten fieberhaft nach dem Verschütteten an mehreren Seiten des Trümmerhaufens und fanden ihn schließlich gegen 23 Uhr. Jedoch kam jede Hilfe zu spät.

Neben den Helfern der Feuerwehr und des DRK waren die THW-OV Neunkirchen und Spiesen-Elversberg mit ihren kompletten Bergungszügen mit je 38 Helfern und der Ortsverband Illingen mit 15 Helfern als Instandsetzungseinheit im Einsatz. Ferner wurden drei Suchhunde mit Hundeführern der Berufsfeuerwehr Saarbrücken eingesetzt. Das DRK hatte die Versorgung der Helfer übernommen. Lobenswert war die Zusammenarbeit der einzelnen Fachdienste. H. M.

THW-Landesverband schulte Sprengberechtigte

In Nohfelden trafen sich die Sprengberechtigten des THW-Landesverbandes Saarland zu einer Nachschulung während eines Wochenendseminars. Umfangreich gestaltete sich der Themenplan. Trocken und doch interessant war die Gesetzeskunde, die ihren Ursprung im Gesetz von 1884 über den „verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoff und Zündmittel“ hat. Gewerbeoberrat Karl-Heinz Constroffer vom Gewerbeaufsichtsamt Saarbrücken referierte über das Sprengstoffgesetz einschließlich der Verwaltungsvorschriften.

Das hochinteressante Thema „Sprengerschütterungen“ hatte Gastreferent Dieter Fellingner, Gewerbeaufsichtsamt Saarbrücken, gewählt. Praktische Vorführungen mit einem Meßgerät zeigten die Aufzeichnung der Wellenlängen und die praktische Auswertungsmöglichkeiten nach Erfahrungswerten. Die eigentliche Erschütterung, die in vier Bauklassen aufgeteilt und von Sprengstoffmenge, Bodenbeschaffenheit und Entfernung von der Sprengstelle abhängig ist, wird dreidimensional gemessen, wobei der ermittelte Höchstwert maßgebend ist. Die neuesten Erkenntnisse werden Ende des Jahres auf die DIN 4150 umgearbeitet und veröffentlicht. Bereits vor der Sprengung zu fertigende Fotos oder

Gipsbrücken können zusätzlich der Beweissicherung dienen.

Mit Sicherheitsbestimmungen beim Sprengen in der Nähe von Bahnkörpern befaßte sich THW-Zugführer Werner Kaufmann vom Ortsverband Elversberg.

Als praktische Nachschulungsmaßnahme ist das Sprengen eines 30 Meter hohen Wasserturmes der Bundesbahn in Dillingen vorgesehen, dessen Sprengverlauf bereits grob durchgesprochen wurde.

Die Richtlinien für Durchführung und Überwachung von Übungs- und Auftragsprengungen des THW erläuterte Hauptsachgebietsleiter „Einsatz“ Gerd Jochum, der bei der Sprengeräteausrüstung des THW ein neues Gerät vorstellte: Das Isolationsmeßgerät, das auch unter Tage zugelassen und auf den Gruben Roden und Warndt eingehend geprüft wurde, dient der Anzeige von Neben- und Kurzschlüssen in der Zündanlage und schafft somit größere Sicherheit, da Fehler vor der Zündung beseitigt werden können. Eine weitere Verbesserung der Sprengtechnik und damit verbundene größere Sicherheit gegen Streuströme bringen fettgefüllte Scotchverbinder, die auch ein schnelles Kuppeln der Zünddrähte erlauben.

Neben Fragen der Sprengtechnik, gegliedert nach Planung, Sprengstoffen und elektrischer Zündung, befaßt sich THW-Geschäftsführer Walter Müller mit Eisprengungen. Sie werden in der Regel erforderlich, wenn bei zugefrorenen Seen oder Flüssen Temperaturstürze zum Aufbrechen des Eises führen und Eisstaus Gefahren für Brücken, Anleger und den Uferbereich bringen.

Zur Abrundung des Themenkomplexes belegten Filme von einer Sandsteinprengung in Haustadt, einer profilgerechten Einbruchsprengung an einem ehemaligen Westwallbunker, Sprengungen von Wasserhochbehältern in Bosen und Eckelhausen, einer Sprengung von Fundamenten und Ruinenteilern sowie von einem Kamin in Elversberg und in St. Wendel die Arbeit der letzten Jahre, wobei die sprengtechnischen Vorgänge genauestens erläutert wurden. E. M.

Pumpenhänger haben sich bewährt

Stundenlanger starker Regen ließ die Flüsse und Bäche anschwellen und über die Ufer treten. Immer höher stiegen die Fluten und wurden zur Bedrohung für Besitz und Allgemeinversorgung.

So geschehen in Saarbrücken, wo der Hauptverwaltungsbeamte (HVB) schließlich Katastrophalarm auslösen mußte. Neben der Feuerwehr kamen THW-



Der Pumpenhänger des THW-OV St. Wendel.

Ortsverbände aus dem gesamten Saarland zum Einsatz.

Aus den Ortsverbänden Freisen, Nohfelden, Nonnweiler, Theley und St. Wendel trafen insgesamt 92 Helfer mit zehn Pumpen verschiedenster Art mit einer Gesamtförderleistung von 9000 l/min ein. Aufgeteilt auf mehrere Schichten und koordiniert von der THW-Geschäftsstelle des Betreuungsbereiches St. Wendel, erbrachten sie während dreier Tage 1300 Einsatzstunden.

Ihre Bewährungsprobe zu bestehen hatten die beiden, in Eigenleistung unterschiedlich konstruierten Pumpenhänger der THW-OV Nonnweiler und St. Wendel. Mehr als 200 freiwillige Arbeitsstunden waren jeweils erforderlich, um die von der Bundeswehr übernommenen, zwanzig Jahre alten 1,5-Tonner-Zweirad-Anhänger technisch zu überholen, zu entrostern, neu zu lackieren und mit einem durchdachten Aufbau zu versehen.

Beim THW-OV Nonnweiler wurde eine vor Nässe schützende PVC-Folie mit der Ladefläche verklebt. Unter dem aufgelegten Lattenrost finden zwölf Saugschläuche Platz. Aus Profileisen verschraubten die Helfer beidseitige Stellagen, die mit Bohlen abgedeckt wurden. In untergeschobenen Alumulden werden Gummistiefel und zwölf C- und B-Schläuche verstaut.

Freistehend ist eine Schmutzwasserpumpe mit 400 l/min, eine TS 2/5 sowie ein 1,5-kVA-Nötstromaggregat verlastet. Pumpenzubehör, Strahlrohre, Verteilerstücke, Saugkörbe sowie Halte- und Bindeleinen, Kabelmaterial und Abzweigungen, zwei 150-Watt-Scheinwerfer mit Stativ und Zubehör wurden in aufgestellten Kisten untergebracht. Auch 60 Liter Benzingemisch sind vorrätig. Eine Werkbank mit Schraubstock, an der Hängewand anzubringen, Werkzeugkisten, Greifzüge und eine Zahnstangenwinde

ergänzen sinnvoll die Ausstattung und somit die Einsatzmöglichkeiten.

Auch der St. Wendeler Pumpenhänger ist gut zugänglich bestückt. Kleinteile und Kabelmaterial finden ihren Platz an der Hängerfrontwand. Eine seitliche Stellage nimmt geordnet die Saugschläuche auf, das übrige Schlauchmaterial findet in einer aufgeschraubten Mulde Platz. Zwei Elektrotauchpumpen mit 1200 l/min sowie je eine Tauchpumpe von 700 l/min und 500 l/min sind neben einer TS 2/5 vorhanden. Ein 7,5-kVA-Notstromerzeuger und zwei Halogenscheinwerfer mit Teleskopstativen vervollständigen den Hänger.

Man sieht die Pumpenhänger nicht als „Konkurrenz“ zur Feuerwehr an, sondern als Grundlage für eine gute Zusammenarbeit, um wirkungsvoll und schnell größere Schäden zu bekämpfen.

E. M.

THW-Direktor zu Besuch

THW-Direktor Hermann Ahrens sowie Regierungsdirektor Ferdinand Ständer, Referatsleiter im BZS, waren an einem Wochenende in das Saarland gekommen, um an der Tagung für Kreis- und Ortsbeauftragte des THW in Orscholz teilzunehmen.

Diese Gelegenheit wurde genutzt, um den nahegelegenen THW-OV Mettlach zu besuchen. Landesbeauftragter Günter Faß, der der Besuchergruppe vorher die ehemalige Unterkunft – ein Feldhaus mit einer Nutzfläche von 70 qm – gezeigt hatte, erläuterte in der neuen Unterkunft kurz die Situation im Ortsverband, bevor der Hausherr, Ortsbeauftragter Ewen, den Gästen die einzelnen Räume des architektonisch sehr gelungenen Gebäudes vorführte. Den Abschluß des Besuchs bildete die Teilnahme der Gäste an der Ausbildung der Jugendgruppe.

G. F.

DRK und THW bei gemeinsamer Nachtübung

Für die DRK-Züge Ringsheim und Münchweiler galt es, in Zusammenarbeit mit der Gerätegruppe des THW-OV Lahr schwierige Einsatzbedingungen zu bewältigen. Die Übung ging von folgender Lage aus: „In einem Steinbruch wurde bei Sprengarbeiten eine Ladung zu hoch angesetzt, dadurch wurden fünf Arbeiter verletzt, die es zu finden, zu bergen und zu versorgen galt.“



DRK- und THW-Helfer bergen gemeinsam die „Verletzten“.

Bereits Stunden vor Übungsbeginn wurden die Verletztendarsteller wirklichkeitsnah geschminkt. Nach Eintreffen der Rettungsmannschaften wurden zuerst gemischte Suchtrupps aus DRK- und THW-Helfern zusammengestellt. Diese mußten nach Auffinden der „Verletzten“ die Erstversorgung vornehmen und – je nach Schwere der Verletzung – die Bergungsmöglichkeiten beurteilen.

Die Meldungen wurden über die mit BOS-Frequenzen ausgestatteten 2-m-Band-Funkgeräte des THW an die Einsatzleiter Doris Beckmann (DRK) und Bernhard Kremer (THW) weitergegeben. Von hier aus wurde die Reihenfolge festgelegt und das notwendige Bergungsgerät an die Einsatzstelle beordert, die mit mobilen 1000-Watt-Scheinwerfern ausgeleuchtet wurde.

Gleichzeitig mit den Bergungsvorbereitungen des THW wurden von den DRK-Helfern die „Verletzten“ fach- und sachgerecht verbunden und für den schwierigen Transport vorbereitet.

Die „Verletzten“ mit Wirbelsäulenfraktur, Thorax- und Knieverletzung machten einen Seilbahnbau notwendig. Mit der Motorsäge mußten zuerst entwurzelte und abgeknickte Bäume entastet werden, um eine geeignete Trasse zu erhalten. Dann wurden die besonders schwer „Verletzten“ – der Wirbelsäulenverletzte in einer Vakuummatratze – fest in der Berge-

wanne verzerrt und über alle Hindernisse schwebend von den Rettungsmannschaften mit Hilfe der Seilbahn hochgezogen. Der Knieverletzte wurde sitzend mit dem Rollgliss-Gerät geborgen.

Zuletzt mußte noch ein tonnenschwerer Steinquader bewegt werden, um einen eingeklemmten „Verletzten“ zu befreien. Das konnte nur unter äußerst vorsichtiger Anwendung der Seilwinde des Gerätekraftwagens geschehen.

Sichtlich erschöpft trafen sich die Einsatzkräfte zu später Stunde zu einer kurzen Abschlußbesprechung mit anschließendem gemütlichen Beisammensein.

R. M.

THW-Helfer „knackten“ Tresorraum

Die Helfer des THW-OV Oberhausen-Rheinhausen übernahmen vor einigen Wochen eine schwierige Aufgabe: Bei der Volksbank wurden im Zuge eines Erweiterungsbaus auf dem bereits vorhandenen Tresorraum zwei weitere Stockwerke errichtet. Aus statischen Gründen war es jedoch erforderlich, durch den Tresorraum einen Stahlbetonpfeiler mit 80 cm Durchmesser anzubringen, der die beiden oberen Geschosse trägt. Da die Tresorraumdecke sowie der Boden aus 50 cm starkem Beton bestanden, und dieser reichlich mit Stahlarmierungen versehen war, entschloß sich der Ortsverband zum Einsatz der Sauerstofflanze.

Zunächst wurde ein Arbeitsgerüst erstellt, damit die Helfer mit zwei zusammengeschraubten, insgesamt sechs Meter langen Siederohren arbeiten konnten. Allein das „Knacken“ der Tresorraumdecke, in die ein Loch von einem Quadratmeter zu brennen war, beanspruchte rund zwölf Stunden.

Der ausgeschnittene Betonklotz wurde mit einem Kran herausgehoben. Ein wenig „Enttäuschung“ zeigte sich in den Gesichtern der Helfer, als sie feststellen mußten, daß die Bank den Tresorraum vollständig ausgeräumt hatte.

Da mit dem Loch im Tresorraumboden erst am nächsten Tag begonnen werden konnte, die Bank aber über Nacht ihr Geld im Tresor lagern mußte, wurde mit einem Kran auf die Tresorraumdecke eine schwere Betonplatte gelegt und die Baustelle nachts durch zwei Flutlichtstrahler des THW hell erleuchtet.

Etwas komplizierter gestaltete sich der Durchbruch durch den Boden des Tre-



Mit sechs Meter langen Sauerstofflanzen durchtrennen die THW-Helfer die Tresordecke.

sorraums. Zuvor war von einem Keller-raum aus ein Schacht unter dem Fundament angelegt worden. In den Freiraum unter dem Boden konnte die Schlacke der Sauerstofflanze abfließen. Während der gesamten Arbeiten waren die Schließflächen im Tresorraum mit Asbestdecken vor Hitze geschützt. Die Helfer trugen Hitzeschutzanzüge und Atemschutzgeräte. Nachdem aber der Umriss des herauszutrennenden Blocks einmal mit der Lanze vorgebrannt war, wurde das Gerät außerhalb des Raumes bedient. Sobald die beiden Löcher geschnitten waren, wurde das Fundament verstärkt und die Stahlbetonstütze eingesetzt.

Insgesamt wurden 24 Sauerstoffflaschen, zwei Gasflaschen sowie 120 Siederohre mit je drei Meter Länge verbraucht.

G. H.

Gute Leistung zahlt sich aus

Als vor ein paar Jahren anlässlich einer Hochwasserkatastrophe der einzige Zugang – eine 6-Tonnen-Betonbrücke – zum Wasserwerk Hammer, Nähe Fridingen (Oberes Donautal), weggeschwemmt wurde, hatte man den THW-OV Tuttlingen beauftragt, eine Behelfsbrücke zu erstellen. In wenigen Stunden wurde diese Brücke gebaut, und der Zugang zum Wasserwerk war wieder gesichert.

In diesem Jahr beschloß der Zweckverband der Wasserversorgung Hohenberggruppe, das Werk um die Hälfte sei-

ner jetzigen Kapazität zu vergrößern. Ein schier unüberwindliches Problem mußte gelöst werden: Die neun Trinkwasser-Aufbereitungsbehälter – Eigengewicht je 30 Tonnen – sollten mit einem Spezialkran eingebracht werden. Der einzige Übergang zum Wasserwerk – eine Betonbrücke – sollte deshalb auf 85 bis 90 Tonnen Tragkraft verstärkt werden. Leider war das wegen des Untergrundes nicht möglich. Es fand sich auch keine Privatfirma, die in kürzester Zeit eine Behelfsbrücke von entsprechender Tragkraft erstellen konnte.

Der Zweckverband bat deshalb erneut das THW, einen Übergang zu bauen; es wurde beschlossen, eine Bailey-Behelfsbrücke mit einer Tragfähigkeit von 85 Tonnen zu erstellen. Da der Ortsverband selbst keine Brückenteile zur Verfügung hat, erklärte sich die Brückenbaugruppe Müllheim unter Führung von Zugführer Wetzels bereit, diese Behelfsbrücke mitaufzubauen.

In Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden Müllheim und Trossingen wurde der Übergang an einem Samstag fertiggestellt. Als bereits zwei Tage später der Spezialkran mit seinen 85 Tonnen über die Brücke fuhr, fand bei vielen Zuschauern die Arbeit des THW allgemein Anerkennung. Z.

20 Tonnen Blumenerde von der Autobahn beseitigt

Mehrere Stunden war an einem Samstagvormittag die Autobahn Frankfurt–Basel bei Hagsfeld blockiert: Gegen 6.20 Uhr war der nach Angaben der Polizei offenbar übermüdete Fahrer eines Lkw mit seinem Fahrzeug ins Schleudern geraten. Dabei kippte der Hänger des Lastzugs um. Etwa 20 Tonnen Blumenerde blockierten alle drei Fahrbahnen. Auf dem glatten Untergrund konnten fünf nachfolgende Fahrzeuge nicht mehr bremsen – es kam zu einem Serienunfall. Die Autobahnpolizei forderte zur Bergung der Ladung und des Lkw die Unterstützung des THW-Ortsverbandes an, der nur wenig später am Unfallort eintraf.

Die THW-Helfer bargen den Motorwa-



Rund 700 Sack Blumenerde müssen die THW-Helfer umladen.

gen und richteten den Hänger wieder auf. Als besonders schwierig stellte sich die Bergung der Ladung heraus. Die 20 Helfer mußten etwa 700 Säcke mit Blumenerde, von denen jeder rund 30 kg wog, von Hand umladen.

Der Einsatz des THW dauerte bis in den späten Nachmittag an. Der Grund: Es war kein geeigneter Lastzug verfügbar, der die Ladung hätte weitertransportieren können. So übernahm das THW die Blumenerde und brachte sie zum Bestimmungsort Appenweier. P. K.

Bundesverdienstkreuz für THW-Landesbeauftragten Schneider

Dipl.-Ing. Rolf Schneider, THW-Landesbeauftragter für Baden-Württemberg, wurde auf Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten durch den Bundespräsidenten das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Mit dieser Auszeichnung wurde insbesondere sein äußerst intensives und vielseitiges Engagement beim Aufbau und der Konsolidierung des THW in Baden-Württemberg, aber auch sein Wirken als Leiter der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft für Kriegsgefangenenfragen von 1947 bis 1952 gewürdigt.

Schneider war bereits von 1953 bis 1956 bei der THW-Landesleitung Baden-Württemberg für die Bereiche „Ausstattung“ und „Ausbildung“ verantwortlich. Dann wurde er bis 1962 als stv. THW-Landesbeauftragter für Rheinland-Pfalz eingesetzt. Danach leitete Schneider bis zum Frühjahr 1973 den THW-Landesverband Niedersachsen. Anschließend wurde ihm das Amt des THW-Landesbeauftragten für Baden-Württemberg übertragen.

Robert Ruder, Staatssekretär im baden-württembergischen Innenministerium, überreichte Schneider die Auszeichnung anlässlich dessen 60. Geburtstags im Dienstgebäude der THW-Landesleitung in Stuttgart-Bad Cannstatt. In seiner Ansprache würdigte Ruder vor allen Dingen die humanitäre Verantwortung, durch die sich die Arbeit Schneiders auszeichnet. Schon als Leiter der Geschäftsstelle der Landesarbeitsgemeinschaft für Kriegsgefangenenfragen des Landes Baden-Württemberg habe er dieses Engagement bewiesen.

Bei seiner Arbeit im THW, insbesondere als Landesbeauftragter für Baden-Württemberg, habe sich Schneider neben seinen unmittelbaren Aufgaben besonders den Fragen des Katastrophenschutzes angenommen. Es sei nicht zuletzt sein Verdienst, wenn das THW heute einen hervorragenden Platz einnehme.



THW-Landesbeauftragter Rolf Schneider (Bildmitte) im Kreis der Gäste.

Ruder hob bei seiner Würdigung auch das Wirken Schneiders außerhalb des Bundesgebietes hervor. Im Jahre 1970 sei er Gesamtleiter des THW-Einsatzes bei der Hochwasserkatastrophe in Tunesien gewesen, dem ersten großen Einsatz des THW in einem außereuropäischen Land. Die erfolgreiche Tätigkeit und der umfassende Einsatz Schneiders hätten nunmehr die verdiente Anerkennung durch die Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande gefunden, erklärte der Staatssekretär abschließend.

Sch.

MdB Dr. Jenninger beim THW-Ortsverband Schwäbisch Hall

Der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Philip Jenninger, besuchte den THW-Ortsverband Schwäbisch Hall und sprach mit den Führungskräften u. a. über die wegen der schlechten Finanzsituation derzeit nicht mögliche Anmietung von Garagen für Einsatzfahrzeuge. Weiterhin wurde über den Stellenwert des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie über die Schwierigkeiten des friedensmäßigen Einsatzes des THW diskutiert.

Dr. Jenninger konnte sich davon überzeugen, daß das Konsolidierungsprogramm für den Katastrophenschutz sich inzwischen voll ausgewirkt hat. Das THW verfügt in der Region Franken jetzt über eine hochmoderne Ausstattung.

Die Führungskräfte bedankten sich bei Dr. Jenninger für die langjährige Unterstützung, die auch mit zu dem guten Ausstattungsgrad des THW beigetragen hat. L.



Dr. Jenninger (2. v. l.) in der Fahrzeughalle des Ortsverbandes.

Bereitschaftsdienst auf Verkehrswegen

Der THW-OV Fürth erbringt an zwölf Wochenenden im Jahr „Technische Hilfeleistung auf Verkehrswegen“ (THV) in Absprache mit der Polizei. Im Wechsel mit den Ortsverbänden Erlangen und Baiersdorf stehen sieben Helfer mit zwei Spezialfahrzeugen an der Autobahn Nürnberg-Würzburg und am Frankenschnellweg bereit, um bei Pannen und Unfällen Hilfe zu leisten.

So fuhr am Karfreitagmorgen ein Pkw wegen Glatteis auf eine Leitplanke auf. Der Fahrer und seine Beifahrerin kamen mit relativ harmlosen Platzwunden davon. Das völlig demolierte Fahrzeug wurde von den THW-Helfern geborgen. Später kam ein weiterer Pkw infolge überhöhter Geschwindigkeit ebenfalls von der Fahrbahn ab und blieb stark beschädigt im Straßengraben liegen. Die THW-Helfer beseitigten das ausgelaufene Öl.

K. D. Sch.

Schwierige Aufgaben gelöst

Drei besondere Aufgaben hatte der THW-OV Markt Schwaben übernommen. Der erste Einsatz fand in München statt. Die Frischluft-Eislauffläche vor dem Eisstadion auf dem Olympia-Gelände sollte ein Zelt Dach bekommen. Dazu mußten die Lichtmasten des alten Eislaufplatzes beseitigt werden. Die Masten an jeder Ecke des Platzes waren aus Beton, innen hohl, 21 m hoch und hatten oben noch die Lampengehäuse.

Nach gründlicher Vorbereitung war es dann soweit: Am 3. April 1982 – der FC Bayern spielte an diesem Tag gegen den 1. FC Köln – waren um 9.00 Uhr die THW-Helfer zusammen mit den ersten Fußball-Fans auf dem Olympia-Gelände. Mit einem schweren Autokran wurden die hohen Lichtmasten gesichert, dann traten die Helfer mit den Sauerstoffanlagen in Aktion.

Zum Teil kniend trennten zwei Helfer abwechselnd die Masten durch. Es ging von Mast zu Mast schneller. Eine Schwierigkeit jedoch verzögerte die Arbeit: Eine fahrbare Arbeitsbühne, die zum Festbinden der Masten am Autokran gebraucht wurde, versank auf dem weichen Kiesweg auf der Fahrt vom 3. zum 4. Mast. Trotzdem: Als das Bayern-Spiel angepfeiffen wurde, waren die Helfer fertig.

Ein zweiter Einsatz führte die Helfer



Mit Spezialfahrzeugen stehen die THW-Helfer bereit, um bei Pannen und Unfällen Hilfe zu leisten.

nach Ebersberg. Auf der Schafheide wurde die Mülldeponie erweitert. Bei den Ausbaggerungsarbeiten stieß man auf einen Findling von mehreren Tonnen Gewicht, der mit herkömmlichen Mitteln nicht zu beseitigen war. Die Grundfläche sollte aber gegen einsickernde Giftstoffe abgedichtet werden, und so mußte dieser Stein weg.

Nach längerer Vorbereitung wurden 14 Bohrlöcher bis zu einer Tiefe von 1,50 m in das Gestein eingebracht und mit Sprengstoff besetzt. Dann erfolgte der große Knall: Der Stein lag nach der Explosion zwar genauso da wie vorher, aber aus der Nähe konnte man erkennen, daß er nicht mehr aus einem Stück bestand, sondern aus handlichen Blöcken, die mit dem Bagger mühelos entfernt werden konnten.

Zum letzten Einsatz fuhren die Helfer nach Ottenhofen, einer Nachbargemeinde Markt Schwabens. Hier mußte ein Baum abgetragen werden, der im Wege stand. Die Weide war ca. 21 m hoch, weit verzweigt und von Häusern, Gärten und Hecken eingerahmt. Das hieß für die THW-Helfer: nicht umschneiden, sondern von Ast zu Ast und Scheibe für Scheibe vom Stamm absägen, mit Seilen sichern und langsam zu Boden gleiten lassen. Eine schwierige Aufgabe, wenn man bedenkt, daß dieses Monstrum von Baum für die normale Schwertlänge einer Motorsäge noch in einer Höhe von zwölf Metern zu dick war und somit die Helfer vor nicht geringe Probleme stellte.

H. K.

Neuer THW-Ortsbeauftragter in Freising

„Ein Mann voller Dynamik“, so beschrieb THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Reiner Vorholz den neuen Ortsbe-

auftragten des THW-OV Freising, Ing. Heinz Schwaiger. Anlässlich einer kleinen Feier auf dem Übungsgelände des Ortsverbandes wurde der neue Ortsbeauftragte vorgestellt.

Heinz Schwaiger, seit 23 Jahren beim Ortsverband Freising, löst Ortsbeauftragten Dieter Sack ab. Dieser hatte den Ortsverband seit dem Rücktritt von Alfred Steininger kommissarisch geleitet.



Führungswchsel beim THW-OV Freising (von links): THW-Ortsbeauftragter Schwaiger, Landrat Schrittenloher, THW-Landesbeauftragter Vorholz und Dieter Sack.

Die Gäste – Freising's Landrat Ludwig Schrittenloher, Oberbürgermeister Dr. Adolf Schäfer, Vertreter von Polizei, Feuerwehr und Rotem Kreuz – bat Vorholz um Unterstützung des neuen Ortsbeauftragten. Landrat Ludwig Schrittenloher lobte das enge Verhältnis zum Freisinger THW und zeigte sich erfreut, daß vergangene Schwierigkeiten überwunden seien.

Anschließend übergab er dem Ortsverband ein neues 61-kVA-Notstromaggregat.

W. H.

Notstromaggregat übergeben

Landrat Dr. Anton Dietrich übergab im Hof des Landratsamtes Dillingen in Anwesenheit des Katastrophenschutzstabes dem THW-OV Dillingen ein 61-kVA-



Ein „Kraftwerk auf Rädern“ erhielt der THW-OV Dillingen.

Notstromaggregat. Die Kosten in Höhe von 100 000 DM teilten sich der Freistaat Bayern und der Landkreis Dillingen. Der Stromerzeuger erweitert die Einsatzmöglichkeiten des Ortsverbandes erheblich.

Eine gelungene Präsentation

Der THW-OV Hof stellte sich jetzt der Grenz- und Landespolizei vor; die umfangreichen Vorbereitungen lagen in den Händen des Ortsbeauftragten Hannsgeorg Krauß.

An einem Samstag Anfang Mai war es soweit: 50 leitende Beamte aus verschiedenen Polizeibereichen trafen sich in der Unterkunft des THW-Ortsverbandes. Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren aus dem Stadt- und Landkreis Hof waren ebenfalls erschienen.

In seiner Begrüßung ging OB Krauß auf die sich verstärkende Zusammenarbeit

mit den Polizeien, gerade im Bereich der Technischen Hilfeleistungen auf Verkehrswegen, ein und schilderte typische Einsätze des THW, die ohne Zweifel die Einsatzfähigkeit des Ortsverbandes unter Beweis gestellt hätten. Hierbei dankte er ganz besonders für das dem THW entgegengebrachte Verständnis, wobei er mit einigen Worten auf die Rechtslage bei friedensmäßigen Einsätzen des THW hinwies. Der Film „THW live“ brachte den Beamten die vielfältigen Einsatzarten und Aufgaben des THW näher und informierte sie über den Bereich des Katastrophenschutzes.

Der Sachgebietsleiter „Öffentlichkeitsarbeit“ des THW-Landesverbandes Bayern referierte über die Rechtsform des THW, stellte Gliederung und Aufgaben dar und ging auf die Ausstattung der Ortsverbände ein, wobei er besonders den Aufgabenbereich „Stromversorgung“ beim Ortsverband Hof herausstellte: Beim THW-OV Hof sind mehrere große mobile Netzersatzanlagen stationiert. Die leistungsfähigste erbringt 260 kVA.

Nach einer lebhaften Diskussion wurde mit großem Interesse die Fahrzeug- und Geräteausstattung des Ortsverbandes besichtigt. Nach dem gemeinsamen Mittagessen fand eine Aussprache statt, in der auch die Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen angesprochen wurde. Einhellige Meinung der Anwesenden: Auf die Hilfsmöglichkeiten des

THW – und hier speziell des Ortsverbandes Hof – kann im Interesse der Hilfesuchenden nicht verzichtet werden.

In kleineren Gruppen wurden abschließend angeregte Diskussionen geführt über Kostenerstattung, Alarmierbarkeit und über die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen wie auch mit der Polizei.

J. D.

Abbau einer Krananlage

Nachdem das Gelände zwischen Stadtmauer und Mittlerem Graben, das einer Firma bisher als Eisenlager diente, an die Stadt Weilheim verkauft worden war, mußte ein Portalkran entfernt werden: Das Grundstück soll als Grünanlage angelegt werden.

Der Abbau der Krananlage war für den THW-OV Weilheim eine gute Gelegenheit, das Brennschneiden zu üben. Mit den vorbereiteten Abbrucharbeiten wurde in den Nachmittagsstunden begonnen. Um ca. 22.00 Uhr kippten die THW-Helfer das in zwei Teile getrennte Portal durch Entfernen der Unterstützungsbolzen um. Anschließend wurde das Krangerüst vollständig zerkleinert. Das Eisen wurde übrigens dem THW als Übungsmaterial zur Verfügung gestellt.

K. V.



50 leitende Polizeibeamte waren zu Gast beim THW-OV Hof.



THW-Ortsbeauftragter Krauß (Bildmitte) erläuterte den Gästen die Fahrzeuge und Geräte des Ortsverbandes.



Gute Möglichkeiten zum Üben des „Brennschneidens“ hatten die THW-Helfer beim Abbau dieser Krananlage.

Nachruf

Wir trauern um

Norbert Ziegler

Gruppenführer der 1. Bergungsgruppe des THW-OV Passau.

Wir haben Ziegler als beliebten und pflichtbewußten Helfer kennengelernt und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kameraden und der Ortsbeauftragte des THW-OV Passau

Warnämter – Schaltstellen im Warnsystem

Schon im Zweiten Weltkrieg wurden fast ebenso viele Zivilisten getötet wie Soldaten, und im Vietnam-Krieg hat sich das Verhältnis noch zu Lasten der Zivilbevölkerung verschoben. Geht man von der Annahme aus, daß über einer Stadt mit 130000 Einwohnern ein 20-kt-Atomsprenkörper explodiert, so ist – wenn die Bevölkerung nicht rechtzeitig gewarnt wird – mit 35 Prozent Toten und 30 Prozent Verletzten zu rechnen. Bei einer rechtzeitigen Warnung könnten sich diese Quoten auf 23 bzw. 17 Prozent verringern. Stehen zudem ausreichend Schutzbauten zur Verfügung, rechnet man, daß „nur“ acht Prozent der Bürger getötet und zwei Prozent verletzt würden.

Das alles sind zwar nur hypothetische Werte, doch spielt im Bereich des Zivilschutzes der Warndienst eine wichtige Rolle. In regelmäßigen Zeitabständen werden die Bundesbürger durch Probealarme der rund 67000 Sirenen aufgeschreckt, die im Verteidigungsfall für Warnung und Entwarnung nach Ende der unmittelbaren Gefahr unentbehrlich sind.

Zehn Warnämter

Schaltstellen im Warnsystem sind die zehn Warnämter, deren Einzugsbereiche sich weitgehend mit denen der Bundesländer decken. So ist das Warnamt II in Bassum (Landkreis Diepholz) zuständig für ein Gebiet, das von der niederländischen Grenze bis ostwärts von Bremen und Osnabrück bis fast zur Elbe reicht. Die 29 hauptamtlich tätigen Mitarbeiter dieses Warnamtes, das dem Bundesamt

für Zivilschutz unmittelbar unterstellt ist, werden bei Übungen und im Verteidigungsfall durch etwa 100 freiwillige Helfer und Mitarbeiter in besonderer Funktion unterstützt.

Zu den Aufgaben der Warnämter gehören auch laufende Durchsagen der Gefahrenlage an Behörden und größere Betriebe, die lebens- oder verteidigungswichtige Bedeutung haben. Hinzu kommt ferner die Unterrichtung der Bundesregierung über die vom Warndienst erfaßte Lage und die von ihm veranlaßten Maßnahmen sowie Meldungs- und Informationsaustausch mit den Warndiensten der benachbarten NATO-Staaten.

Die Warnämter sind in unterirdischen Anlagen untergebracht, wobei sich der Bunker in Bassum über dreieinhalb Etagen erstreckt. Die Anlage ist derart ausgerüstet, daß die dort eingesetzten Mitarbeiter etwa 30 Tage unabhängig von der Außenwelt ihre Aufgaben wahrnehmen können.

Einmal im Monat werden Übungen durchgeführt. Daneben finden alljährlich nationale und im Rahmen der NATO auch internationale Warndienstübungen statt.

Meßstellennetz

Fast abgeschlossen ist der Aufbau eines Meßstellennetzes, das die radioaktive Verstrahlung bestimmter Bereiche teilmäßig und damit schneller erfassen kann, so daß Vorhersagen über den Verlauf atomarer Niederschläge laufend kontrolliert werden können. Vorgesehen sind insgesamt 1500 Meßstellen, um ei-

ne ausreichende Überdeckung der einzelnen Gebiete zu gewährleisten. Eingesetzt werden bei diesem System etwa 1000 unbemannte Meßstellen, die über eine Einrichtung zur Fernmessung der Gamma-Dosisrate und zur Übertragung dieser Werte verfügen.

Ergänzt wird das System durch bemannte Beobachtungs- und Meßstellen des Katastrophenschutzes. Die Mitarbeiter messen gegebenenfalls die Dosisleistung mit Hilfe einer Außensonde, unterrichten über die an ihrem Standort herrschende Verstrahlung und geben die Ergebnisse an die Warndienst-Leitmeßstellen weiter, die im Bereich des Warnamtes II in Aurich, Oldenburg, Bremen, Osnabrück und Zeven vorhanden sind.

Diese regionalen Leitmeßstellen überwachen die ABC-Lage in ihrem Bereich, werten durch Fernabfrage die von den teilautomatischen Meßeinrichtungen und bemannten Stellen gemeldeten Erkenntnisse aus und informieren regelmäßig das zuständige Warnamt.

Sirenensignale

Die Warnung der Bürger bzw. die Entwarnung erfolgt durch Sirenensignale, die in der Regel überörtlich vom zuständigen Warnamt ausgelöst werden. Auf diese Weise können große Gebiete gleichzeitig und schnell über drohende Gefahren in Kenntnis gesetzt werden. Es kann aber auch eine regionale bzw. kleinräumige Auslösung des Alarms durch den Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinden oder Kreise erfolgen, wenn beispielsweise die überörtlichen Steuereinrichtungen versagen oder Angriffe örtlich erkannt werden und noch keine Warnung durch die zentrale Stelle erfolgte.

Einbezogen in das Warnsystem ist auch der Rundfunk. Unmittelbare Fernmeldeverbindungen zwischen den einzelnen Warnämtern und den Rundfunkanstalten sind vorbereitet, so daß im Bedarfsfall die entsprechenden Durchsagen rasch erfolgen können. Ein großer Kreis wichtiger Behörden und Betriebe wird im Ernstfall über die Entwicklung der Gefahrenlage umfassend informiert. Die Durchsagen der Warnämter an diese Warnstellen – dazu zählen auch wichtige Versorgungs-, Verkehrs- und Wirtschaftsbetriebe sowie Krankenanstalten – erfolgt über Fernmelde-Drahtverbindungen. Angeschlossen sind dem System etwa 13000 Warnstellen.



Die oberirdischen Bauten des Warnamtes II in Bassum.



Der Führungsraum des Warnamtes. Auf der Luftlagekarte werden die Meldungen dargestellt.



Arbeitsgruppe erstellte Aufgabenkatalog

Die DRK-Hilfskrankenhaus-Einheit

Aufgaben, personelle Stärke und erforderliche Ausbildung festgelegt

Entwicklung

Alle Hilfskrankenhausübungen vergangener Jahre zeigten die Notwendigkeit, über Helferguppen am Standort der Hilfskrankenhäuser zu verfügen, die mit der Betriebstechnik und dem Sanitätsmaterial (Einrichtungsgegenstände und Geräte) vertraut sind. Bei einer Übung in Weilheim wurde das Angebot gemacht, technische Gruppen zu bilden, die am Gerät ausgebildet werden und die Wartung, Pflege sowie die Aufstellung übernehmen. In weiteren Übungen wurden ähnliche Vorschläge gemacht sowie Helferguppen einbezogen.

Nachdem 1981 das Land Rheinland-Pfalz eine Zuweisung aller fertiggestell-

ten Hilfskrankenhäuser im einfachen Sofortprogramm und im Vollausbau an die drei Hilfsorganisationen vorgenommen hatte und Helfereinheiten vorsah, erschien es zweckmäßig, einen Vorschlag zu erarbeiten, der die Bildung von Hilfskrankenhaus-Einheiten erleichtert.

Konzeption

Anfang dieses Jahres wurde mit einer sachverständigen Arbeitsgruppe eine detaillierte **Aufgabenanalyse** für die Bereiche

- Verwaltung
- Technik
- Funktions- und Pflegebereich

erstellt, um danach die für die Bewälti-

gung dieser Aufgaben notwendige **personelle Stärke**, die beruflichen Voraussetzungen bzw. Kenntnisse und Fähigkeiten des Personals sowie die für die einzelnen Funktionen erforderlichen **Ausbildungen des DRK** erarbeitet.

Der Bereich „Küche“ wurde bei der Bearbeitung ausgelassen, da hierfür im DRK ausreichend Unterlagen zur Verfügung stehen.

Die Stärkenachweisung des Bundes für ein Hilfskrankenhaus (STAN-HKH) für 200 Betten umfaßt das in der ersten Spalte aufgeführte Personal mit Ausnahme der Ziffer 15. Dem DRK ist bekannt, daß die STAN z.B. hinsichtlich der Zahl der Fachkräfte überprüft werden soll.

Wie aus Abb. 1 zu ersehen ist, besteht eine HKH-Einheit aus insgesamt 44 Helfern und Helfern. Von diesen sind 13 Personen zusätzlich zur bisherigen STAN für Hilfskrankenhaus notwendig.

Die HKH-Einheit, die für ein Hilfskrankenhaus mit 200 Betten konzipiert ist, ist an andere Größenordnungen von Hilfskrankenhäusern entsprechend anzupassen.

Es wurde davon ausgegangen, daß das Personal unter Ziffer 1 bis 5 und 12 aus dem Stammkrankenhaus bzw. von außerhalb kommt und daß auch Küchenhilfskräfte und Reinigungshilfen (Ziffern 10 und 11) von außerhalb, z.B. durch die Arbeitsverwaltung gestellt werden.

Aus Abb. 2 gehen die gewünschten beruflichen Voraussetzungen, Kenntnisse und Fähigkeiten hervor sowie die DRK-Ausbildung.

Diejenigen Einsatzkräfte, die für die Führung der Einheit vorgesehen sind, bedürfen der entsprechenden Unterrichtung, die z.B. auch die Unterstellungsverhältnisse in einem evtl. Einsatzfall einschließt.

Die Aufgabenanalyse für die Bereiche Verwaltung, Technik, Funktions- und Pflegebereiche liegt vor. Sie wird als Grundlage für die Ausbildung am Gerät dienen sowohl für die Schwesternhelfer-

Personal nach STAN	HKH (200 Betten)	HKH-Einheit DRK	Zusätzlich zu STAN
1. Arzt	3 m 2 w 5		
2. Hilfsarzt	w 1		
3. MTA	w 2		
4. Krankenschwester	w 8		
5. Krankenpfleger	m 2		
6. Schwesternhelferin	w 24	24	
7. Kraftfahrer/Träger	m 2	10	8
8. Koch	m 1	1	
9. Hilfskoch	m 1	1	
10. Küchenhilfskraft	w 6		
11. Reinigungshilfe	w 8		
12. Verwaltungskraft	m 1	1	1
13. Schreibkraft	w 1	1	
14. Handwerker	m 2	3	1
15. Funk/Fernmelde/Warnstelle	m/w -	3	3
Insgesamt:	64 13 77	44	13

Abb. 1: Personelle Stärke der Hilfskrankenhaus-Einheit.



Blick in den technischen Bereich eines Hilfskrankenhauses.

Personal nach STAN HKH (200 Betten)	HKH-Einheit DRK	Gewünschte Berufsausbildung Kenntnisse Fähigkeiten	DRK-Ausbildung
6. Schwesternhelferin	24		Pflegehilfsdienst-Aus- und Fortbildung
7. Kraftfahrer/Träger	10	Führerschein	Sanitätsdienst-Ausbildung + ABC, ggf. Pflegehilfsdienst-Ausbildung
8. Koch	1		Verpflegungsdienst
9. Hilfskoch	1		Sanitätsdienst-Ausbildung
12. Verwaltungskraft	1	Büro- und Wirtschaftskennntnisse	Pflegehilfsdienst-Ausbildung
13. Schreibkraft	1	Schreibmaschinenkenntnisse	KAB- ggf. Pflegehilfsdienst-Ausbildung
14. Handwerker	3	1 Elektriker 1 Installateur 1 Schlosser jeweils Gesellenprüfung	Einweisung in Versorgungsanlagen und techn. Gerät
15. Funk/Fernmelde/Warnstelle	3		Fernmeldeausbildung Sanitätsdienst-Ausbildung

Abb. 2: Gewünschte Berufsausbildung, Kenntnisse und Fähigkeiten sowie DRK-Ausbildung.

rinnen als auch für die übrigen Mitglieder der Hilfskrankenhaus-Einheit. Das DRK-Präsidium empfiehlt die An-

wendung dieses Modells sowie des Aufgabenkatalogs überall dort, wo HKH-Einheiten gebildet werden sollen.

Der Betreuungsdienst

Schriftenreihe für die Ausbildung der Rotkreuz-Gemeinschaften

In der Schriftenreihe für die Ausbildung der Rotkreuz-Gemeinschaften ist das Thema „Aufgaben, Organisation und Ausstattung der Einheiten und Einrichtungen des Betreuungsdienstes“ erschienen und kann auf dem Dienstweg unter der Vertriebsnummer 32280 bestellt werden. Es entspricht dem Musterbildungsplan für die Grundausbildung der Helfer des Betreuungsdienstes (MAPI 601, Ziffer 3.1). Mit diesem Thema steht neben den bereits vorhandenen Ausbildungssätzen „Hygienemaßnahmen“ und „Registrierung und Kartensystem“ eine weitere Unterlage für die Ausbildung der Helferinnen und Helfer des Betreuungsdienstes zur Verfügung. In gleicher Weise

kann dieses Thema der Schriftenreihe bei der Ausbildung aller Mitglieder der Rotkreuz-Gemeinschaften eingesetzt werden.

Der Unterricht gliedert sich in die Abschnitte

- Erfordernis des Betreuungsdienstes
- Stärke- und Ausstattungsnachweisung (STAN)
- Gliederung und Personalstärke
 - des Betreuungszuges
 - des Betreuungszuges
 - der Betreuungsstelle
- Aufgaben der Einheiten und Einrichtungen des Betreuungsdienstes
- Ausstattung des Betreuungszuges
- Ablauf eines Betreuungseinsatzes.

Im ersten Unterrichtsabschnitt werden Auswirkungen von Katastrophen, die Situation der betroffenen Bevölkerung und die sich daraus ergebenden erforderlichen Maßnahmen angesprochen.

Die Grundlage für die einheitliche Aufstellung von Einheiten, Besetzung von Einrichtungen und Ausstattung mit dem für die Durchführung der Aufgaben erforderlichen Material bildet die Stärke- und Ausstattungsnachweisung, mit der die Unterrichtsteilnehmer vertraut gemacht werden. Die Stärke- und Ausstattungsnachweisungen (STAN) für den Betreuungszug, Nr. 061, und für den Betreuungszug, Nr. 062, mit **Stand Oktober 1980** fanden bei Erstellung der Ausbildungsunterlagen Berücksichtigung. Gliederungsbilder stellen die Aufteilung des Betreuungszuges, des Betreuungszuges und der Betreuungsstelle mit personeller Stärke dar. Zusätzliche Funktionen der Helfer werden genannt, z. B. sind 2 Helfer der Gruppe Soziale Betreuung auch als Sanitätshelfer auszubilden.

Auf die Aufgabenstellung der Einheiten und Einrichtungen wird gesondert eingegangen.

Besondere Betonung findet die Verpflichtung des Deutschen Roten Kreuzes, unabhängig von der Förderung der Einheiten und Einrichtungen im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes, auf dem Gebiet des Betreuungsdienstes in eigener Initiative tätig zu werden.

Bei der Unterrichtung über Ausstattungsgegenstände des Betreuungszuges wird dem Ausbilder empfohlen, diesen Teil des Unterrichtes nach Möglichkeit in einem entsprechend ausgerüsteten Materiallager durchzuführen, sofern am Ausbildungsort die materielle Ausstattung nicht zur Verfügung steht.

Der Ablauf eines Betreuungseinsatzes wird im letzten Abschnitt erläutert. Die erforderlichen Maßnahmen des Betreuungsdienstes unter Berücksichtigung der Situation werden anhand der verschiedenen Einsatzstufen

- Anfangsphase
- Durchgangsphase
- Endphase aufgezeigt.

Dabei wird deutlich, daß je nach Ausmaß der Katastrophe neben Helferinnen und Helfern des Betreuungsdienstes weitere entsprechend ausgebildete Einsatzkräfte zur Hilfe für die Betroffenen benötigt werden.

Aus diesem Grunde richtet sich die Ausbildung an alle Helferinnen und Helfer des DRK.

Für die Unterrichtung ist ein Zeitbedarf von mindestens 3×34 Minuten vorgesehen.

Christine Lettang

Wilhelm Müller

Gemeinsame Aktion der Rettungsorganisationen soll Erste-Hilfe-Ausbildung der Bundesbürger verstärken

Mehr Menschenleben retten

Autoaufkleber macht Ersthelfer kenntlich – Gezielte Ansprache nach Unfällen möglich

Rund 5000 Notfalleinsätze sind in der Bundesrepublik täglich nach Unfällen im Straßenverkehr, in Betrieben und Schulen, bei Behörden, beim Sport, im Haushalt oder sonstigen privaten Bereichen erforderlich. Nicht selten hängt das Leben der Verunglückten vom reibungslosen Funktionieren der Rettungskette ab, in der ein Glied so wichtig wie das andere ist:

Der Laie als „Ersthelfer“ am Unfallort, ein gut organisiertes Notfallmelde- und Rettungssystem und eine optimale ärztliche Erstversorgung.

Auf die große Bedeutung des Ersthelfers machte der Deutsche Verkehrssicherheitsrat (DVR) nun beim Start einer gemeinsamen Aktion „Erste Hilfe“ aufmerksam. Zusammen mit den anderen Rettungsorganisationen wurde in zweijähriger Arbeit diese Aktion vorbereitet. Mit dem vom Bundesministerium für Verkehr und dem Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften finanzierten Programm soll die Aufmerksamkeit der Bürger auf die Notwendigkeit der Ersten Hilfe bei Notfällen gelenkt und damit eine verstärkte Teilnahme an den angebotenen Erste-Hilfe-Kursen erreicht werden.

Die Bevölkerung in der Bundesrepublik mißt zwar der Ausbildung in Erster Hilfe große Bedeutung bei, das hat eine Umfrage der Bundesanstalt für Straßenwesen ergeben, aus der gleichen Umfrage ist aber auch zu ersehen, daß eine erhebliche Kluft zwischen dieser positiven Gesamteinschätzung der Ersten Hilfe und dem persönlichen Entschluß liegt, sich selbst ausbilden zu lassen oder das Erlernte von Zeit zu Zeit durch Wiederholungskurse aufzufrischen. Die Untersuchung zeigt nämlich, daß nur 5% der Bürger der Bundesrepublik tatsächlich in der Lage sind, auch qualifizierte Erste Hilfe zu leisten, obwohl seit 1969 z. B. die Teilnahme an einer Unterrichtung über Sofortmaßnahmen am Unfallort Pflicht für alle Führerscheinebewerber ist.

Dies sind zur Zeit rund 1 Mio. Bundesbürger jährlich, und die gleiche Zahl



Ein Autoaufkleber soll den Ersthelfer kennzeichnen.

nimmt daneben noch auf freiwilliger Basis an den Erste-Hilfe-Kursen der Hilfsorganisationen teil. Über 50% der Bundesbürger haben jedoch nie an einem Kurs teilgenommen. „Jeder Bundesbürger muß sich vor Augen halten, daß er der nächste sein kann, der auf einen gut ausgebildeten Laien angewiesen ist“, meinte dazu auch Minister a. D. Kurt Partzsch, Präsident des Arbeiter-Samariter-Bundes.

Der ASB hat eine lange Tradition in der Durchführung von Erste-Hilfe-Kursen. Ursprünglich wurde ja diese Organisation im Jahre 1888 von Bürgern, damals hauptsächlich Arbeitern, geschaffen, um sich selbst und andere in der Ersten Hilfe richtig auszubilden. Tatsächlich war die Not im Zeitalter der Industrialisierung in den Betrieben, Bergwerken und Baustellen sehr groß, auch aufgrund mangelnder Unfallschutzvorschriften. Wie jeder feststellen kann, hat sich die Gefahr für den Bürger, zu verunglücken, in unserer heutigen technisierten Welt nicht verringert, sondern durch den Massentransport und durch die Gefahren, die auch immer noch im häuslichen Bereich vorhanden sind, sogar noch verstärkt. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß jeder Bürger einen Erste-Hilfe-Kurs absolviert hat und auch das Angebot der Hilfsorganisationen für Wiederholungslehrgänge annimmt.

Der ASB steht mit seinen 950 Ausbildern jederzeit bereit, um allen verstärkten Forderungen nach mehr Erste-Hilfe-Kursen gerecht zu werden. Der Deutsche Verkehrssicherheitsrat wird sich nämlich in den nächsten Monaten über Presse, Funk und Fernsehen gezielt an die Öffentlichkeit wenden, um möglichst viele Mitbürger für eine Ausbildung in Erster Hilfe zu gewinnen. Geplant ist eine Folge von fünf Fernsehfilmen über Unfälle im Arbeitsbereich und im Haushalt, beim Sport, in der Freizeit und in der Schule. Alle Teilnehmer an Erste-Hilfe-Kursen erhalten nach ihrer Ausbildung Autoaufkleber, die sie gegenüber der Öffentlichkeit kenntlich machen und ihre gezielte Ansprache nach Unglücksfällen ermöglichen. Im Notfall kann dies eine kostbare, minutensparende Hilfe sein. Auch die Einsatzfahrzeuge der Hilfsorganisationen werden mit zusätzlichen Aufklebern versehen, um alle auf das neue Programm aufmerksam zu machen.

Es wäre erfreulich, wenn sich auch viele ASB-Mitglieder und Förderer an diesem Programm beteiligen und für sich selbst und ihre Familie überprüfen würden, ob ihre Kenntnisse in Erster Hilfe ausreichen.

Den Beginn der Erste-Hilfe-Kurse erfahren Interessenten bei ihrer örtlichen ASB-Geschäftsstelle.

Neue ASB-Hilfsaktionen für Polen

Ein weiterer Lkw-Transport mit Lebensmitteln startete am 19. Mai 1982 von Schwelm aus nach Polen. Diese Hilfsgütersendung wurde aus Mitteln der Europäischen Gemeinschaft finanziert. Der ASB stellte hierfür drei Lkw mit Anhän-

ger zur Verfügung, die insgesamt 31 Tonnen Lebensmittel nach Bytom Ogsamski, südwestlich von Posen, brachten. Empfänger waren Behindertenheime.

Seit Juli 1981 haben mehr als 250 Helfer des ASB mit einem geschätzten Aufwand von mehr als 70000 Stunden rund 800 Tonnen Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs mit 150 Lastwagen nach Polen gebracht. Mehr als fünfzigmal ist der ASB bis jetzt nach Polen gefahren, um dort die Versorgungskrise zu lindern. Es wurden bis jetzt 250 Visa-Genehmigungen erteilt und mehr als 300000 km zurückgelegt. Der Wert der nach Polen gelieferten Güter beträgt mehr als 3 Millionen DM.

Um auch weiter helfen zu können, bittet der ASB um Geldspenden, Stichwort: „Hilfe für Polen“ Konto-Nummer 10090050, Bank für Gemeinwirtschaft in Frankfurt.

Wenn Sie persönlich helfen wollen, die Not der polnischen Bevölkerung zu lindern, bietet Ihnen der ASB hierzu eine Möglichkeit: Bei der ASB-Bundesgeschäftsstelle (Sülzburgstraße 140, 5000 Köln 41) liegt eine Liste von Adressen, von polnischen Familien mit mehreren Kindern, von alten, behinderten und kranken Menschen. Sie brauchen dringend Hilfe. Deshalb bittet der ASB um Ihre Mitarbeit. Fordern Sie eine Adresse an und schicken Sie ein Paket mit Lebensmitteln, mit Kleidung, Medikamenten oder anderen Dingen des täglichen Bedarfs dorthin. Der Aufgabzettel Ihres Paketes dient übrigens als Spendenbeleg!

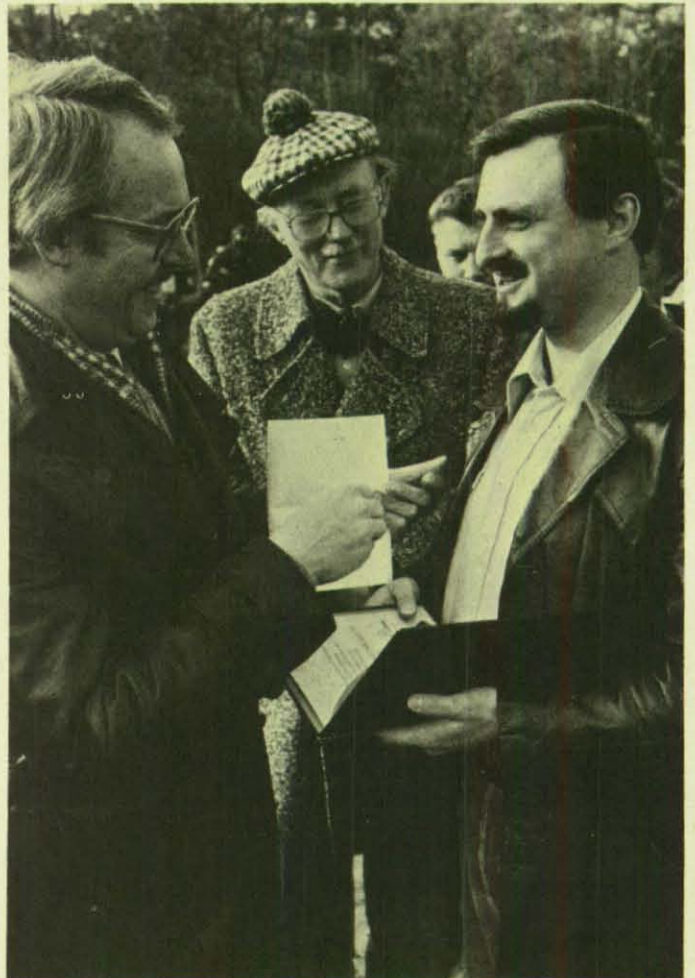
Grundsteinlegung für neue ASB-Rettungswache

Unter strahlend blauem Himmel wurde der Grundstein für die neue Rettungswache des ASB Darmstadt in der Pfungstädter Straße gelegt. Hatten die Samariter bislang in einer großen Holzhütte im Stadtteil Eberstadt „gehaust“, so steht noch in diesem Jahr der Umzug in eine feste, gemauerte Rettungs-

Viel Prominenz hatte sich zur Grundsteinlegung der neuen ASB-Rettungswache eingefunden.



Aus der Hand von ASB-Bundesvorsitzendem Martin Ehmer (links) nahm Rolf Wittmann die hohe Auszeichnung entgegen. Bildmitte: Walter Hummel, Vorsitzender des ASB-Ortsverbandes Darmstadt.



wache im angrenzenden Industriegebiet bevor. Seit 1974 werden von der Wache aus neben dem Rettungsdienst auch die anderen Aktivitäten wie „Essen auf Rädern“ oder Behinderten-Transporte gesteuert.

Zur Grundsteinlegung hatte sich neben den aktiven Samaritern auch viel Prominenz eingefunden. Für den Vorstand des ASB Darmstadt begrüßte Vorsitzender Walter E. Hummel die Gäste, allen voran den Darmstädter Bürgermeister und Sozialdezernenten, Horst Seffrin, der sich für die Belange des ASB verwendet hatte. Ergebnis seiner und der Samariter Bemühungen: ein städtisches Grundstück und ein Zuschuß in Höhe

von 200000 DM. Insgesamt werden die Kosten für das Projekt rund 800000 DM betragen, wobei der Kreis sich an der neuen Rettungswache mit zehn Prozent beteiligt, den Rest bezahlt der ASB.

Auch der Vorsitzende des ASB-Landesverbandes Hessen, Erich Kirchner, und ASB-Bundesvorsitzender Martin Ehmer waren gekommen. Für den Technischen Leiter des ASB Darmstadt, Rolf Wittmann, war dieser Tag von doppeltem Erfolg gekrönt: Für seine Verdienste um den ASB und für sein Engagement wurde er mit der höchsten ASB-Ehrung ausgezeichnet, Bundesvorsitzender Ehmer überreichte ihm das Samariter-Kreuz in Gold.

Auch Verwaltungsarbeit gehört zu den Aufgaben der Johanniter

Die Tücken krummer Summen . . .

Die Landesschule der JUH Nordrhein-Westfalen in Münster stellt jährlich 1400 Teilnahmebescheinigungen aus – „Tippex ist die wichtigste Erfindung“

Vor den Tücken krummer Summen sind auch Bankkaufleute nicht gefeit. Dreimal half alles Rechnen nichts, der Gang zum nahegelegenen Geldinstitut blieb unvermeidlich. Macht aber nichts. Derartige Tücken beim Auszahlen des Fahrgeldes an die Zidler, die zum Rettungssanitäter-Lehrgang nach Münster gekommen sind, bringen etwas Abwechslung und Farbe in den Alltag der Verwaltungs-Gruppe.

Der Name deutet schon an, daß hier keine großen Abenteuer zu erleben sind. Aber ohne Andreas Rathmann, Michael Hövelmann und Hans-Dieter Biermann liefe der Lehrgangsbetrieb nicht. Was ihnen an Aufregung fehlt, ersetzen sie durch Teamgeist und „gutes Arbeitsklima“, berichtet Andreas Rathmann.

Angesichts der nie endenwollenden Teilnahmebestätigungen, Listen und Bescheinigungen könnte sonst auch wohl der vielbeschworene „Frust“ auftauchen. Im vergangenen Jahr erhielten immerhin rund 1500 Teilnehmer ihre vorgedruckte Bestätigung mit den eingesetzten aktuellen Daten, wann sie zum Kurs kommen sollten. 1400 erschienen tatsächlich, so daß ebenso viele Teilnahmebestätigungen bzw. Bescheinigungen bestandener Prüfungen ausgestellt werden mußten. Das Kursangebot umfaßt eine Vielfalt von Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten. Neben Kursen für Rettungssanitäter werden Führungsleute für den Zivil- und Katastrophenschutz ausgebildet. SH-Kurse gehören ebenso zu dem Lehrgangsangebot.

Die Verwaltungs-Gruppe der JUH Münster kümmert sich um den Betrieb der Landesschule und hat den gesamten organisatorischen Aufwand zu regeln. Die drei, die jetzt in ein neues Büro umgezogen sind, sind für ihre Aufgabe gut gerüstet. Alle verdienen sich ihren Unterhalt als Bankkaufleute in Münsteraner Kreditinstituten. Schreibmaschine, Taschenrechner und Verwaltungskram sind ihnen also bestens vertraut. Obwohl die Technik doch ihre Tücken behält und deshalb Michael Hövelmann bekennen muß: „Tippex ist die wichtigste Erfindung für uns.“



Die Verwaltung der JUH-Landesschule Münster erfordert eine ständige Absprache zwischen den Mitgliedern der Verwaltungs-Gruppe und dem Leiter Joachim Schmidt (von links): Michael Hövelmann, Joachim Schmidt und Andreas Rathmann.

So schlimm kann es aber mit dem Verschieben nicht sein, sonst wären die Papiermengen wohl kaum zu bewältigen, zumal noch ein paar andere Aufgaben zu erledigen sind. So muß zu jedem Lehrgang eine Bettenliste erstellt werden mit einer Übersicht aller Teilnehmer, sauberlich getrennt nach männlich und weiblich. Sie dient als Grundlage für die Zimmerverteilung. Bis maximal vier Lehrgänge können nämlich parallel laufen. Im vergangenen Jahr wurde diese Kapazität oft mehr als ausgenutzt – von den noch nicht sicheren Zdl-Rettungssanitäter-Kursen abgesehen, sieht das Programm für 1982 nicht viel weniger vor.

Aufgabe der Verwaltung ist es dann auch, die Anwesenheit der Teilnehmer zu überprüfen. Bei längeren Lehrgängen wird diese Kontrolle zur „Halbzeit“ wiederholt, ob denn auch noch alle da sind . . . Dies ist nicht so sehr für die eigene Statistik wichtig, sondern vielmehr für die Abrechnung mit dem Lan-

desverband, von dem auch die Listen der angemeldeten Teilnehmer kommen, die bestätigt werden müssen. Die Planung der Kurstermine hat zwar Landesschulleiter Joachim Schmidt übernommen, aber die Meldungen erfolgen zentral über Düsseldorf.

Während dafür genügend Zeit im voraus zur Verfügung steht, kann jeweils zu den Lehrgangsenden schon etwas Hektik entstehen. Denn erst nach Korrektur des Tests können die Bescheinigungen mit den Prüfungsergebnissen ausgestellt werden. Kopien von jeder bleiben in Münster und stapeln sich in großen Schränken.

Auch die Verwaltung ist ein Saisongeschäft. Es läuft von Anfang Februar bis Ende Juni sowie von Anfang August bis Ende November, eben zu den Lehrgangszeiten. Dann sind in der Regel alle drei donnerstags ab 18.30 Uhr in der Unterkunft. Das Ende ist offen und wird allein durch den Arbeitsanfall bestimmt.

Mit den kleinen Ausnahmen und anderen Diensten bestehen keine Schwierigkeiten, das Soll von mindestens 200 Stunden im Jahr überzuerfüllen. Wenn zum Beispiel ein besonders eifriger Teilnehmer einen Tag zu früh eintrifft, aber noch alle Betten belegt sind, dann muß eben auch mitten in der Nacht noch eins von der Verwaltung aufgetrieben werden . . .

Harald Westbeld

JUH in Namibia

Karfreitag 1982, 16 Uhr, auf der „Ruth von Knebel Döberitz Erste Hilfe Station“ nahe der Sandstraße (hier: Sandpad) zwischen Steinhausen und Gobabis im Osten Südwesafrikas/Namibia: Aus dem über 100 km entfernten Otjinene im Hererogebiet bringt eine Mutter ihr krankes Kind zur JUH-Station. Der Befund: Mundfäule – diesmal nichts Ernstes. Nach Behandlung, Beratung und Versorgung mit Medikamenten wieder Rückkehr.

18 Monate nach der Eröffnung der JUH-Station in einem renovierten Farmhaus zwischen Kakteen, Kameldornbäumen und Windmotor weist das Tagebuch schon 546 Einträge aus. Gerade für die schwarze Bevölkerung auf den Farmen und in den entfernten Stammesgebieten ist die JUH-Station zu einem festen Begriff für schnelle und selbstlose Hilfe geworden. Fahrtzeiten von über zwei Stunden werden in Kauf genommen, um hier Hilfe zu finden. Der nächste Arzt und das nächste Krankenhaus sind über 100 km von der Station entfernt.

Die Eintragungen Rosa Rumpfs im Tagebuch der Station weisen daher Erstversorgungen aus, die anschließend durch ärztliche Behandlungen ergänzt werden. Vorrangige Befunde sind Verbrennungen, Schnittwunden, Prellungen, Masern, Röteln, Mumps, Brechdurchfall, Magen- und Darminfektionen. Sehr häufig werden Kleinkinder zur Station gebracht. Behandlung und Beratung sind in der JUH-Station kostenlos. Für Medikamente müssen die Selbstkosten erstattet werden.

Um die JUH-Station zu finanzieren, hat sich die Leiterin etwas Besonderes ausgedacht. Neben Spenden werden die erforderlichen Mittel durch Weben und Knüpfen von Teppichen und Wandbehängen aufgebracht. Wie etwa das Jubiläumsgeschenk an die JUH Nordrhein-Westfalen finden diese von Hererofrauen hergestellten Arbeiten verstärkt das Interesse von Vereinen. Aus dem Erlös



Das Johanniter-Kreuz kennzeichnet die Erste-Hilfe-Station der JUH im Osten Namibias, die bei der farbigen Bevölkerung zu einem Begriff der schnellen Hilfe geworden ist.

soll demnächst ein Sterilisateur beschafft werden, um bald auch die häufig auftretenden Schnittwunden und Platzwunden

behandeln zu können. Verletzte müssen bisher über weite Strecken zum Arzt oder ins Krankenhaus gebracht werden.

Seminar „Gefährliche Güter“

Im Rahmen eines Seminars wurde an der Bundesschule der Johanniter-Unfall-Hilfe in Nieder-Weisel unter dem Thema „Wir sitzen alle auf Pulverfässern“ die Gefährlichkeit chemischer Stoffe in Haushalt, Verkehr und Landwirtschaft aufgezeigt.

Der Referent, Hauptkommissar Hommel aus Mannheim, international bekannt durch sein „Handbuch der gefährlichen Güter“, gestaltete den Abend als Lehrvorführung mit einer ganzen Anzahl eindrucksvoller Experimente. Für die Teilnehmer brachte der Abend als Aus- und Fortbildungsveranstaltung interessante und lehrreiche Hinweise für ihre praktische Arbeit als Rettungssanitäter.

Daß im Umgang mit Benzin und Gasen wie u. a. Sauerstoff Vorsicht geboten ist, war wohl jedem Teilnehmer auch schon vor Veranstaltungsbeginn klar. Aber gerade die Dinge des alltäglichen Gebrauchs können bei unsachgemäßer Nutzung hochgefährlich werden, wie eindrucksvoll demonstriert wurde. So läßt sich z. B. eine Handvoll im Haushalt gebräuchlicher Stahlwolle mit einem Gasanzünder oder einer Taschenlampenbatterie in Brand setzen.

An den Schluß des langen, aber nie langweiligen Abends setzte der Referent eine Diareihe, die unterschiedliche Unglücksfälle durch Benzin oder Gase dokumentierte.

„Wir sitzen alle auf Pulverfässern“ war das Thema des Seminars an der JUH-Bundesschule, das auch durch Experimente eindrucksvoll dargestellt wurde.



Katholikentag 1982

Malteser leisten Sanitätsdienst

2200 Helferinnen und Helfer stellen den Sanitätsdienst sicher – Einsatz als Modellversuch

Unter dem Motto „Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt“ findet vom 1. bis 5. September dieses Jahres auf dem Messegelände, im Rheinpark und im Rheinstadion in Düsseldorf der 87. deutsche Katholikentag statt. Eine Viertelmillion Besucher werden zu diesem Ereignis erwartet.

Der MHD ist in vielfältiger Weise an den Vorbereitungen beteiligt: Er hat den gesamten Sanitätsdienst übernommen, beteiligt sich mit Informationsständen an der inhaltlichen Arbeit und veranstaltet im Rahmen des Katholikentags ein Treffen für Helfer in Form eines Biwaks.

Info-Stände

In der Halle 12, dem Jugendzentrum des Katholikentages, wird der MHD neben Pfadfindern, Landjugend und vielen anderen Verbänden eine Info-Koje besetzen, um in erster Linie seine Jugendarbeit zu präsentieren. Mitglieder ver-

schiedener Jugendgruppen werden im Verlaufe der Tage Rollenspiele aufführen, in denen die Aufgabenstellung des MHD und das Selbstverständnis der Malteser-Jugend zum Ausdruck gebracht werden. Durchgängig sind Informationen in Wort, Schrift und Bild erhältlich.

In der Fußgängerzone der Düsseldorfer Altstadt wird gleichzeitig ein Informationsstand betrieben, der an allen Tagen Material insbesondere für Passanten anbietet, die nicht Katholikentagsbesucher sind.

Sanitätseinsatz

Der MHD wurde mit der Durchführung des gesamten Sanitätsdienstes während des Katholikentags beauftragt. Der Einsatz soll als Modellversuch insbesondere hinsichtlich Planung und Führung bei Großveranstaltungen durchgeführt werden und als Grundlage für die Entwick-

lung einer einheitlichen Führungskonzeption bei Großeinsätzen dienen. Zum Einsatzleiter wurde MHD-Landesgeschäftsführer Mario Nowak, zum stellvertretenden Einsatzleiter Diözesangeschäftsführer Albrecht Freiherr von Boeselager berufen. Ein umfangreicher und erfahrener Stab wurde gebildet, der bereits mit den Vorbereitungen beschäftigt ist.

Der Einsatz wird im einzelnen folgende Leistungen umfassen: 13 Sanitätswachen auf dem Messegelände sollen täglich von 7 bis 22 Uhr ständig besetzt sein, wobei der Dienst in zwei Schichten versehen wird. Bei den Großveranstaltungen werden ausschließlich geschlossene taktische Einheiten eingesetzt. Das mobile Container-Lazarett des MHD-Auslandsdienstes wird als zentrale Behandlungseinrichtung am Nordpark betrieben. Es ist während des gesamten Veranstaltungszeitraumes am Tag und bei Nacht einsatzbereit. Einheiten der Diözese Köln werden für die Einrichtung und den Betrieb des für die Führung nötigen Funk- und Fernmeldenetzes sorgen und die Verpflegung aller Helfer übernehmen. Darüber hinaus wird ein ständiger Hilfsdienst für Behinderte eingerichtet.

Insgesamt kommen, dank der Bereitschaft der Helferinnen und Helfer, 2200 Kräfte zum Einsatz. Die zentrale Sanitätsstation und das Lazarett werden zu jeder Zeit mit mehreren Ärzten besetzt sein.

Malteser-Treffen

Im Rahmen des Katholikentags ist für Donnerstag, 2. September, ein Helfertreffen vorgesehen, das in Form eines Biwaks auf dem Münsterplatz in Neuss stattfinden soll. Eingeladen zu dieser Begegnung sind alle Malteser und Malteser-Freunde, die sich anlässlich der kirchlichen Veranstaltung privat oder als Einsatzkräfte in Düsseldorf aufhalten. Ausrichter der Veranstaltung ist der MHD Neuss, der das Treffen mit seinem 25jährigen Bestehen verbindet. Das Programm soll am 2. September um 18 Uhr mit einem geselligen Treffen mit einigen Programmbeiträgen und mit „viel Gelegenheit zum persönlichen Gespräch“ beginnen. Um 22.30 Uhr wird im Quirinus-Münster „Kirchenmusik zur Nachtzeit“ geboten. Am Freitag, 3. September, ist um 7 Uhr Frühstücksausgabe. Bundesseelsorger Weihbischof Dr. Dick zelebriert anschließend um 8 Uhr für die Teilnehmer des Treffens im Münster ein Pontifikalamt unter Mitwirkung des Münsterchores.

W. G.



Kommt in Düsseldorf zum Einsatz: Das mobile Container-Lazarett.



Ein umfangreicher Wagenpark steht für den Sanitätsdienst zur Verfügung.

Ein Dank für die geleistete Hilfe

Portofreiheit für Hilfspakete erhöhte die Zahl der Sendungen erheblich

Der Leiter der Caritativen Kommission der polnischen Bischöfe, der kirchlichen Verteilstelle für die Polenhilfe, Weihbischof Czeslaw Domin, weilte für mehrere Tage in der Bundesrepublik. Er besuchte das MHD-Generalsekretariat und erläuterte dort vor Vertretern der Caritasverbände und der MHD-Gliederungen die aktuelle Versorgungslage in Polen.

Grundnahrungsmittel fehlen

Dringender Bedarf, so stellte Domin fest, bestehe weiterhin an Grundnahrungsmitteln wie Margarine, Brot, Haferflocken und Gries. In den Monaten Juli und August sei wieder mit einer Zuckerknappheit zu rechnen. Für Säuglinge werde dringend Milchpulver benötigt. In jeder Menge fänden darüber hinaus Kleider und Schuhe für Kleinkinder, Kinder und Jugendliche Abnehmer. Mangelwaren seien aber auch Waschpulver und Seife in den Haushalten, Verbandmaterial und Watte in den Kliniken. Die Krankenhäuser klagten über fehlende Ersatzteile für das medizinische Gerät.

Zielgruppen für die Hilfslieferungen sollten insbesondere Säuglinge, Mütter, kinderreiche Familien und die Internierten sein. Hilfe für die werdenden Mütter sei deshalb besonders wichtig, weil sich viele angesichts der schwierigen Versorgungslage vor die Frage gestellt sähen, ob sie ihr Kind überhaupt gebären sollten. Das Schicksal der Internierten – Domin schätzte sie zum damaligen Zeitpunkt auf 3500 – könnte durch die westliche Hilfe gemildert werden. Domin erinnerte in diesem Zusammenhang an



Im MHD-Generalsekretariat wurde Weihbischof Domin von Generalsekretär Johannes Freiherr Heereman und MHD-Bundesseelsorger Weihbischof Dr. Klaus Dick begrüßt.

das Christuswort „Ich war im Gefängnis, und ihr habt mich besucht.“ Es gehöre Mut dazu, in die Internierungslager zu gehen. Die Bischöfe hätten die Erlaubnis dazu. Sie könnten bestätigen, daß auch die Hilfsgüter für die Internierten ans Ziel kämen.

Deutliche Intensivierung

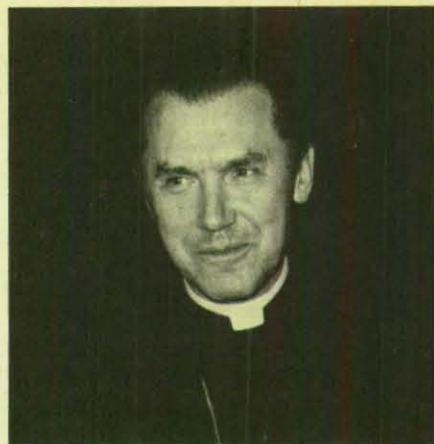
Domin dankte den Verantwortlichen von Caritas und MHD mit herzlichen Worten für die bisher geleistete Hilfe. Man wisse in Polen, welche Mühe und welche enorme Arbeit mit der Organisation der Spenden und der Transporte verbunden sei.

Der Weihbischof bilanzierte, im Januar dieses Jahres seien 20000 Tonnen Waren aus dem Westen geliefert worden, im Februar 26000 Tonnen. Dies sei eine deutliche Intensivierung der Hilfe gewesen. Im ganzen Jahr 1981 seien im Vergleich dazu insgesamt 19000 Tonnen eingetroffen. Der weitaus größte Teil gelange zur kirchlichen Verteilstelle. Erfreulich sei, daß auch die evangelischen Christen, beispielsweise aus den skandinavischen Ländern, der katholischen Kirche in Polen Güter zur Verteilung sendeten.

Zu im Westen verbreiteten Meldungen, wonach sich die Lebensmittelversorgung in Polen verbessert habe, meinte Domin, sie seien unzutreffend. Richtig sei, daß die Schlangen vor den Läden kleiner geworden seien. Dies könne man aber nicht auf eine bessere Versorgung zurückführen, sondern darauf, daß im Februar die Preise für manche Waren



In Köln sprach Domin vor Vertretern der regionalen MHD- und Caritasverbände.



Weihbischof Czeslaw Domin aus Katowice ist der Leiter der Caritativen Kommission der polnischen Bischöfe.

um 200 bis 400% gestiegen seien. Die Familien könnten nicht einmal mehr ihre Lebensmittelkarten vollständig umsetzen.

Portofreiheit verlängern

Auf die Frage von Journalisten, die vom MHD zu einem Pressegespräch eingeladen worden waren, ob kleine Organisationen der Polenhilfe – Vereine, einzelne Pfarreien – ihre Hilfe so effektiv wie die großen Organisationen MHD und Caritas leisten könnten, antwortete der Weihbischof: Es wäre besser, wenn alle mit Caritas/MHD oder Diakonie zusammenarbeiteten. Dies ermögliche die nötige Koordination der Hilfe. Sonst bestehe die Gefahr, daß manche Gebiete in Polen viel, andere aber überhaupt keine Lieferungen erhielten.

Domin äußerte sich auch zum Beschluß der Bundesregierung, für deutsche Hilfspakete nach Polen Portofreiheit zu gewähren. Die Wirkung dieses Beschlusses sei groß gewesen. Die Zahl der Sendungen habe stark zugenommen.

Er würde es sehr begrüßen, wenn die Bundesregierung eine Fristverlängerung beschlösse.

Domin hatte während seines Deutschlandbesuchs auch bereits vor Vertretern des Deutschen Caritasverbandes in Freiburg gesprochen. Auf seinem weiteren Programm stand ein Gespräch mit dem Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Homeyer. In Köln hatte ihn MHD-Generalsekretär Johannes Freiherr Heereman empfangen, ihn den Gesprächsteilnehmern vorgestellt und ihm abschließend versichert, der MHD werde seine Bemühungen um die Hilfst Transporte fortsetzen. Mit MHD-Bundesseelsorger Weihbischof Dr. Dick war Weihbischof Domin am Rande des Aufenthaltes in Köln zu einem Gespräch unter vier Augen zusammengetroffen.

W. Görden

„Die Feuerwehr – Schutz und Hilfe“

Internationale Ausstellung im Rahmen der Rieder Frühjahrsmesse – DFV beteiligte sich an der Sonderschau in Österreich

Als gelungener Anziehungspunkt für Besucher präsentierte sich im Rahmen der diesjährigen Rieder Frühjahrsmesse (15. bis 23. Mai) die internationale Ausstellung für Brand- und Katastrophenschutz „Die Feuerwehr – Schutz und Hilfe“. Die Rieder Messe „Bauen und Wohnen – Garten und Erholung“, die zum achten Male durchgeführt wurde, erwies sich dieses Jahr umfangreicher, interessanter und durch die Feuerwehrbeteiligung attraktiver als in der Vergangenheit. Rund 350000 Besucher nahmen das Ausstellungsangebot der rd. 1000 in- und ausländischen Aussteller aus 28 Nationen an, die in 26 Hallen und auf rd. 155000 qm Freigelände ihre überwiegend bau- und landwirtschaftsbezogenen Produkte ausstellten.

Aus der österreichischen Presse, den Rundfunk- und Fernsehberichten war wiederholt zu entnehmen, daß die einbezogene Feuerwehrausstellung einen Besuch wert sei. In zwei großen Zelten hatte der Österreichische Bundesfeuerwehrverband mit seinen neun Landesfeuerwehrverbänden, der Deutsche Feuerwehrverband, die Mitgliedsländer der Arbeitsgemeinschaft „Alpen-Adria“, die Oberösterreichische Brandverhütungsgesellschaft und das Österreichische Rote Kreuz im Rahmen einer ideellen Schau ihre Aufgaben und Leistungen dargestellt. In einer Halle und im Freigelände waren dann von österreichischen Firmen bzw. Vertragshändlern Feuerwehrfahrzeuge, Geräte, Ausrüstungen, Funk- und Nachrichtenwesen in Form einer Industrieschau dargestellt. Der Anspruch einer „internationalen“ Feuer-

wehr-Ausstellung konnte wohl nur aufrechterhalten werden, weil der Deutsche Feuerwehrverband mit seiner ideellen Schau den internationalen Bereich vertrat. Bereits im Jahre 1974 fand eine solche Sonderschau zur Rieder Frühjahrsmesse statt, an der auch damals der Deutsche Feuerwehrverband beteiligt war.

Die Mühen und Aufwendungen der Feuerwehrverbände, ihren Aufgabenbereich und den ihrer Feuerwehren durch Bilder und Einsatzgeräte darzustellen, wurden durch die großen Besucherzahlen honoriert. Nach Angaben der Messe waren unter den Besuchern in der Feuerwehersonderschau auch rd. 30000 Feuerwehrmänner aus Österreich, Jugoslawien und den süddeutschen Bundesländern. In österreichischen Presse- und Rundfunkberichten wurde dem Ausstellungsstand des DFV Beachtung und Anerkennung gezollt. Während der gesamten Ausstellungszeit war dieser Stand personell seitens der DFV-Bundesgeschäftsstelle (Bonn) besetzt.

Nach Abschluß der Ausstellung kann festgestellt werden, daß sich die österreichischen und deutschen Feuerwehren mit dieser ideellen Schau bei der Bevölkerung sehr positiv in Erinnerung gebracht haben. Als Rahmenveranstaltungen fanden am ersten Wochenende ein Musikspielen österreichischer Feuerwehr-Musikkapellen sowie einer jugoslawischen Feuerwehrkapelle statt, im Laufe der Ausstellungswoche dann verschiedene Feuerwehr-Fachtagungen und am letzten Wochenende ein Jugendfeuerwehr-Leistungsbewerb und

Auf der diesjährigen Rieder Frühjahrsmesse war die Sonderschau „Die Feuerwehr – Schutz und Hilfe“ ein Anziehungspunkt. Die Schau war in zwei Zelten (hinten im Bild) aufgebaut.



ein Feuerwehrleistungsbewerb der Aktiven mit rd. 300 Teilnehmergruppen.

Für den Deutschen Feuerwehrverband war es eine Selbstverständlichkeit, auf Bitte des Oberösterreichischen Landesfeuerwehrverbandes an dieser Sonderausstellung teilzunehmen, um damit auch die guten nachbarschaftlichen Verbindungen zu den österreichischen Feuerwehren zu dokumentieren.



Der Deutsche Feuerwehrverband war mit einer Fotoschau in dieser Ausstellung vertreten. Die Darstellung beinhaltet Fotos aus dem täglichen Einsatz der Feuerwehren und Übersichten über die Verbandsaktivitäten. Unser Foto vermittelt einen Eindruck vom DFV-Stand in Ried.



Beim Eröffnungsrundgang durch die Feuerweherschau besuchte der oberösterreichische Landeshauptmann Dr. Ratzenböck auch den Stand des DFV und trug sich in das Goldene Buch des Deutschen Feuerwehrverbandes ein.



Als interessierter Besucher aus der Bundesrepublik zeigte sich Staatsminister Dr. Freiherr von Waldenfels (Bayer, Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr) auf dem DFV-Stand (Bildmitte). Begleitet wurde er von Landesfeuerwehrkommandant Salcher (rechts). Die Standbetreuung hatte DFV-Bundesgeschäftsführer Voßmeier (links) übernommen.

Feuerschutzsteuergesetz bedarf einer Klärung

Deutscher Feuerwehrverband bemüht sich

Obwohl das derzeitige Feuerschutzsteuergesetz noch bis zum 31. Dezember 1983 wirksam ist, bemüht sich der Deutsche Feuerwehrverband im Interesse des gesamten deutschen Brandschutzes schon seit Jahresanfang darum, daß die notwendigen Beratungen der zuständigen Länderministerien mit der Versicherungswirtschaft und dem Bundesfinanzministerium konkret beginnen und in den nächsten Monaten mit einem einvernehmlichen Ergebnis abgeschlossen werden.

Manches deutet darauf hin, daß es infolge passiven Verhaltens von Verhandlungsteilnehmern nicht rechtzeitig gelingt, für das erforderliche parlamentarische Beratungsverfahren einen vertretbaren Verteilerschlüssel für das Steuererfordernis vorzulegen. Im Rahmen der Bemühungen des Deutschen Feuerwehrverbandes gab es am 20. Mai 1982 einen einstimmigen Präsidiums-Beschluß zur Feuerschutzsteuer mit nachfolgendem Inhalt:

„Das Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes erwartet im Interesse der Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland, daß das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer auch künftig gerecht und in einem ausgewogenen Verhältnis unter den einzelnen Bundesländern verteilt wird. Die Feuerschutzsteuer bildet die Grundfinanzierung der Sachkosten der Feuerwehren. Das Feuerschutzsteuergesetz enthält derzeit die Regelung, daß der Verteilerschlüssel (§ 11) zum 31. Dezember 1983 ungültig wird. Der künftige Verteilungsmodus muß so gewählt werden, daß alle Länder den ihnen zustehenden Anteil am Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer erhalten.“

Das Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes befürchtet, daß es im Beratungsverfahren nicht rechtzeitig gelingt, sich zu diesem Termin auf einen neuen Verteilerschlüssel zu einigen. Es appelliert deshalb an die zuständigen Ministerien in Bund und Ländern, an die Abgeordneten des Bundestages, an die kommunalen Spitzenverbände und an die Versicherungswirtschaft, alles zu tun, damit termingerecht zum 1. Januar 1984 ein vertretbarer Verteilerschlüssel wirksam wird. Im Interesse des Brandschut-

zes in der Bundesrepublik Deutschland wäre es nicht zu vertreten, wenn die im Beratungsverfahren beteiligten Stellen durch passives Verhalten eine termingerechte Einigung auf einen neuen Verteilungsmodus verhinderten.

Wird die ‚Zerlegung des Aufkommens‘ aus der Feuerschutzsteuer nicht fristgerecht neu geregelt, gibt es in den Ländern erhebliche Verschiebungen im Steuererfordernis, da dann die Steuereinnahmen allein den Ländern zufließen, in denen die Versicherer ihren Verwaltungssitz haben. Dieses würde in einigen Bundesländern zu erheblichen Mindereinnahmen führen. Andere Bundesländer erhielten demgegenüber mehr Einnahmen. Diese Auswirkungen würden nicht im Sinne des gesamten deutschen Brandschutzwesens sein.“

Für die Beratungen ist es wichtig zu wissen, ob ein neuer Verteilerschlüssel gefunden werden muß oder ob auch der bisherige weiter bestehen bleiben kann. Hierzu gab ein Schriftwechsel zwischen dem DFV und dem BMF jetzt eine klärende Antwort:

Anfrage des DFV vom 3. Mai 1982 an den Bundesminister der Finanzen:

„In § 11 des Feuerschutzsteuergesetzes (Bundesratsbeschluß vom 21. 12. 1979) hat der Gesetzgeber festgelegt, daß der prozentuale Schlüssel zur Zerlegung des Aufkommens (Verteilerschlüssel) nur bis zum 31. Dezember 1983 gültig ist.“

Wir bitten um Prüfung und Auskunft, ob diese Festlegung bedeutet:

1. daß bis zum 31. Dezember 1983 ein neuer Verteilerschlüssel im Gesetzgebungsverfahren festgelegt werden muß oder
2. daß der bisher im Gesetz festgeschriebene Verteilerschlüssel auch der künftige sein kann, wenn eine Überprüfung ergeben hat, daß kein besserer Schlüssel gefunden wurde und der bisherige als brauchbar angesehen wird.

Bei uns besteht gegenwärtig im Sinne der Pos. 1 und 2 eine rechtliche Unsicherheit. Nach unserer Auslegung des Gesetzes ist nicht vorgeschrieben worden, daß der bisherige Verteilerschlüssel nach dem 31. 12. 1983 nicht auch der neue Verteilerschlüssel sein kann. Da uns aus dem Bundesgebiet zahlreiche

Anfragen zu diesem Problem vorliegen, wären wir Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns das Prüfungsergebnis in Kürze mitteilen könnten.“

Antwort des Bundesminister der Finanzen vom 12. Mai 1982 an den DFV:

„Aus § 11 des Feuerschutzsteuergesetzes (FeuerschStG) ergibt sich nicht, daß ab 1. Januar 1984 unbedingt ein neuer Verteilerschlüssel für die Zerlegung des Feuerschutzsteueraufkommens festgelegt werden muß. Deshalb könnte der bisherige Verteilerschlüssel auch künftig beibehalten werden, falls die zur Zeit noch laufende Überprüfung ergeben sollte, daß ein besserer Schlüssel nicht gefunden werden kann. Voraussetzung ist jedoch auch in diesem Falle, daß § 11 FeuerschStG entsprechend geändert wird.“

„Verband der Bundeswehr-Feuerwehren“ in den Deutschen Feuerwehrverband aufgenommen

Mit Wirkung vom 1. Juni 1982 gehören auch die aus Zivilisten gebildeten Brandschutzgruppen der Bundeswehr dem Deutschen Feuerwehrverband an. Diese Brandschutzgruppen haben sich auf Bundesebene zum „Verband der Bundeswehr-Feuerwehren“ zusammenschlossen und sind über diesen eigenen Verband Mitglied im DFV geworden.

Das Präsidium des DFV hat in seiner Tagung am 20. Mai 1982 den Aufnahmeantrag dieses Verbandes vom 1. Dezember 1981 beraten und die Aufnahme beschlossen. Organisatorisch gehört der Verband künftig der im DFV als ordentliches Mitglied bestehenden Bundesgruppe „Berufsfeuerwehren“ an. Dem Aufnahmebeschluß vorausgegangen waren mehrjährige Verhandlungen zwischen dem Deutschen Feuerwehrverband, dem Bundesministerium der Verteidigung und letztlich dem „Verband der Bundeswehr-Feuerwehren“. Beim Aufnahmebeschluß ist das Präsidium des DFV davon ausgegangen, daß die einzelnen Brandschutzgruppen der Bundeswehr-Feuerwehren weiterhin bemüht bleiben werden, sich an der Basis den örtlichen Gemeindefeuerwehrverbänden und den Kreisfeuerwehrverbänden anzuschließen bzw. dort weiterhin Mitglied zu bleiben. Hierdurch soll der bisherige gute Kontakt auf örtlicher Ebene weiterhin erhalten bleiben.

DLRG und ADAC vereinbarten in Siegen enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserrettung

Besatzung des Hubschraubers „Christoph Siegen“ bot der DLRG ihre Unterstützung an

Der Wasserrettungsdienst der DLRG und der Luftrettungsdienst des ADAC werden im Länderdreieck Nordrhein-Westfalen – Hessen – Rheinland-Pfalz künftig Hand in Hand arbeiten. Das ist das Ergebnis eines Gespräches, das Vertreter der DLRG mit der Besatzung des ADAC-Rettungshubschraubers „Christoph Siegen“ führten.

Mit dem vor wenigen Monaten in Dienst gestellten Rettungshubschrauber „Christoph Siegen“ wurde das Luftrettungsnetz in Nordrhein-Westfalen geschlossen. Der am Siegener Jung-Stilling-Krankenhaus stationierte Hubschrauber schließt nicht nur eine Lücke im Rettungsnetz des bevölkerungsreichsten Bundeslandes, sein Aktionsradius umfaßt auch Teile von Hessen und Rheinland-Pfalz.

Die zwischen DLRG und ADAC getroffene Vereinbarung, darüber waren sich beide Partner einig, bedeutet für den Wasserrettungsdienst in diesem Gebiet eine wesentliche Verbesserung. Die im Umkreis von Siegen gelegenen Wasserflächen wie Landeskroner Weiher, Bigge-Stausee und Krombach-Talsperre sind ebenso wie Sorpensee, Hennesee oder die Oberwesterwälder Seenplatte in Minutenschnelle zu erreichen.

Primärversorgung oft lebensrettend

„Der Einsatz von Rettungshubschraubern“, so Dr. Uhr, Oberarzt der Anästhesie-Abteilung und leitender Hubschrauberarzt am Siegener Jung-Stilling-Krankenhaus, „ist aus der Notfallmedizin nicht mehr wegzudenken. Wir wissen, daß gerade der Primärversorgung Verletzter oder lebensgefährlich Erkrankter besondere Bedeutung zukommt. Das gilt auch für den Bereich der Wasserrettung. Denn was für den Einsatz bei Unfällen auf der Straße oder im häuslichen Bereich zutrifft, hat auch hier Gültigkeit. Je schneller der Notfallarzt beim Verunglückten sein kann, desto größer ist die Chance einer wirkungsvollen Hilfe. Aus diesem Grund

Neben dem Piloten, dem Notfall-Arzt und dem Rettungssanitäter finden zwei Patienten Platz in der BO 105.



Die Crew von „Christoph Siegen“: Pilot Aufenacker, Notfall-Arzt Dr. Uhr und Rettungssanitäter Rehm. Alle wichtigen Geräte zur Wiederbelebung, Notversorgung und Patienten-Überwachung befinden sich im Hubschrauber.



Stets einsatzbereit – die Leitzentrale befindet sich nur wenige Meter neben dem Start- und Landeplatz.



haben wir das Gespräch mit der DLRG gesucht. Wir wollten sowohl über die uns gegebenen Möglichkeiten berichten wie auch konkret unsere Hilfe und Unterstützung beim Wasserrettungsdienst anbieten."

Die Möglichkeiten der raschen Hilfeleistung durch den Einsatz des Rettungshubschraubers sind in der Tat sehr umfangreich. Dazu Lutz Aufenacker, einer der drei ständig im Einsatz befindlichen Piloten: „Das Wasser, an dem Sie von der DLRG Ihre Hilfeleistung vollbringen, stellt für uns kein Problem dar. Wir können zwar nicht unmittelbar auf der Wasseroberfläche landen, sind aber in der Lage, mit dem Hubschrauber so weit abzusinken, daß der Notfallarzt in ein Rettungsboot umsteigen kann. Darüber hinaus ermöglicht es uns der Hubschrauber, die Suche nach Ertrunkenen wirkungsvoll zu unterstützen, denn dort, wo es die Sichtverhältnisse zulassen, haben wir aus der Höhe die wesentlich besseren Einblickwinkel ins Wasser. Aber auch bei Unfällen in fließenden Gewässern – hier denke ich besonders an die Suche von Vermißten – bietet sich der Einsatz des Rettungshubschraubers an. Und letztlich können wir durch das schnelle Heranführen des Arztes auch bei der Erstversorgung Gretteter auf dem Land wirkungsvolle Hilfe leisten."

Bundesweit 33 Hubschrauber-Rettungsstationen

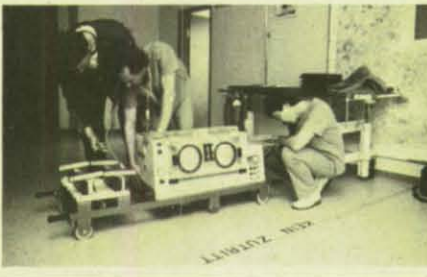
Der Luft-Rettungsdienst ist noch relativ jung. Am 1. November 1970 stellte der ADAC in München den ersten ständig einsatzbereiten Rettungshubschrauber in Dienst. „Mit diesem Modell", so Horst Leukel, ADAC-Vizepräsident aus Siegen, „legte der ADAC den Grundstein für den Luftrettungsdienst in der Bundesrepublik." Bis heute ging es dann stürmisch aufwärts. Zur Zeit existieren bereits 33 Rettungshubschrauber-Stationen, die mit einem durchschnittlichen Einsatzradius von 50 Kilometern nahezu 80 Prozent der Fläche der Bundesrepublik abdecken.

Jeder Hubschrauber ist, wie auch „Christoph Siegen", an einem leistungsfähigen Krankenhaus stationiert und hat die Aufgabe, einen in der Notfallmedizin erfahrenen Arzt und einen Rettungssanitäter so schnell wie möglich zum Notfallort zu bringen – er ist gewissermaßen der „verlängerte Arm" des Krankenhauses. Über die jeweilige Rufnummer der zuständigen Rettungsleitstelle kann im Notfall jedermann – also nicht etwa nur die Polizei – die Hilfe aus der Luft anfordern.

„Doch gerade hier", so berichtet Dr. Uhr, „haben wir noch mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Der Hub-



Fast wie eine Intensivstation im Krankenhaus sieht die Rückwand der Hubschrauberkabine aus.



Auch ein Brutkasten kann untergebracht werden.



Im Gespräch: ADAC-Vizepräsident Leukel (2. v. links) und DLRG-Präsidiumsmitglied Schäfer.

schrauber ist noch nicht so weit im Bewußtsein von Bevölkerung oder den Verantwortlichen in Funkleitstellen von Feuerwehr und Polizei verankert, daß sie in kritischen Fällen immer dem Rettungshubschrauber den Vorzug geben. Während die Anforderung in den Städten meist funktioniert, scheuen viele Leute in den ländlichen Gebieten davor zurück. Gerade dort aber können wir unsere Schnelligkeit ausspielen. Deshalb weisen wir bei sich jeder bietenden Gelegenheit darauf hin, daß jeder Unfallzeuge, wenn er es für erforderlich hält, uns anfordern kann. Hierzu zählen selbstverständlich auch die Rettungsschwimmer und Rettungswachstationen der DLRG."

Die BO 105 – eine fliegende Intensivstation

„Christoph Siegen" ist, wie die anderen Rettungshubschrauber auch, fast wie eine Intensivstation im Krankenhaus aus-

gerüstet. Alle wichtigen Geräte zur Wiederbelebung, zur Notversorgung und Überwachung des Patienten sind auf engstem Raum untergebracht. Die BO 105, so korrekte Bezeichnung des Hubschraubers, hat eine Reisegeschwindigkeit von etwa 240 km/h. Eine Entfernung von 30 Kilometern legt sie in nur zehn Minuten zurück. Dank ihrer Wendigkeit reicht jede kleine Wiese, jeder Sportplatz sowie ggf. ein schmaler Uferstreifen als provisorischer Landeplatz aus.

Soviel Wert wie auf eine möglichst umfangreiche technische Ausrüstung gelegt wurde, soviel Sorgfalt wurde auf das notfallmedizinische Training der Besatzung gelegt. Die Stamm-Crew besteht aus einem Piloten, einem Notfallarzt und einem Rettungssanitäter. Zur „Gesamtmannschaft" gehören in Siegen neben Lutz Aufenacker, der auf insgesamt 2600 Flugstunden mit etwa 4000 Rettungseinsätzen zurückblicken kann, noch die Piloten J. P. Schmidt und G. Wittlinger. Alle drei wechseln sich im Wochenrhythmus ab. Von der medizinischen Seite stehen neben Dr. Uhr acht weitere, in der Notfallmedizin ausgebildete Ärzte zur Verfügung. Abgerundet wird das Team um Dr. Uhr durch insgesamt neun Rettungssanitäter der Sieger Feuerwehr, die allesamt über eine spezielle Schulung im Luftrettungswesen verfügen.

Hubschraubereinsätze verbessern die Wasserrettung

Die Vereinbarung über eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen ADAC und DLRG kennzeichnete Dr. Uhr als einen weiteren Mosaikstein in der Verbesserung des Luftrettungsdienstes.

Dr. Uhr: „Die Zusammenarbeit mit der DLRG ist für mich nicht neu. Bereits im vergangenen Jahr gab es einen Einsatz – ich war daran beteiligt – am Fühlinger See in Köln. Ein Schwimmer hatte sich übernommen und mußte von Rettungsschwimmern der DLRG geborgen werden. Auf Anforderung der DLRG-Einsatzleitung war der Kölner Rettungshubschrauber nur wenige Minuten später am Seeufer gelandet. Dem Verunfallten konnte unmittelbare ärztliche Hilfe zuteil werden."

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, auch andere DLRG-Gruppen im Bundesgebiet aufzufordern, den Kontakt zu der für ihr Gebiet zuständigen Hubschrauber-Besatzung zu suchen. Frühzeitige Kontakte und ein vielleicht persönliches Kennenlernen können dann auch dort ein erster Schritt zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich der Wasserrettung sein."

Bernd Schäfer

Zwei neue DLRG-Rettungsboote auf dem Rhein

„Rheinadler 4 und 9“ in Dienst gestellt – 90 bzw. 141 PS starke Boote mit Jetantrieb

Mit der Inbetriebnahme von zwei neuen Rettungsbooten des Typs „Vieser Shadow“ verbessert die DLRG den Rhein-Rettungsdienst ein weiteres entscheidendes Stück. Im Rahmen einer Feierstunde, zu der Bonns Bezirksleiter Hans Blesgen u. a. auch DLRG-Präsident Prof. Dr. J. N. Schmitz begrüßen konnte, wurden beide Boote ihrer offiziellen Bestimmung übergeben.

Landesverbands-Präsident Jan Schmitz stellte in seiner Ansprache heraus, daß die in Zusammenarbeit zwischen der nordrheinischen DLRG und der Vieser-Werft entwickelten Boote alle Anforderungen, die man an ein Einsatzboot auf dem Rhein stellen könne, erfüllten. Abteilungsleiter Meier-Bode, Innenministerium Nordrhein-Westfalen, lobte die DLRG als eine „konkurrenzlose und selbstlose“ Organisation, der alle Achtung gebühre. Er übergab das größere Boot, das dem Katastrophenschutz im Bereich der Bundeshauptstadt dient, seiner Bestimmung, während das andere Boot vom Vertreter des Bonner Oberbürgermeisters, Stadtbezirksvorsteher Peter Riegel, in Dienst gestellt wurde.

Nachdem Geistliche beider Konfessionen die Boote gesegnet hatten, wurden sie zu Wasser gelassen, drehten Ehrenrunden mit Ehrengästen und demonstrierten in simulierten Rettungsübungen Wendigkeit und Schnelligkeit.



Der Vertreter des Innenministers, Hans Meier-Bode, wies in seiner Ansprache auf die Notwendigkeit der Anschaffung der Rettungsboote hin und wünschte den Besatzungen viel Glück bei ihrer Aufgabe.

Die neuen DLRG-Rettungsboote sind mit Jetantrieb ausgerüstet, bei der die Schiffsschraube in einer Art Turbine läuft und somit eine Verletzungsgefahr bei der Bergung von Verunglückten ausschließt. Während „Rheinadler 4“ mit einem 90 PS starken Innenborder ausgerüstet ist und eine Geschwindigkeit von 80 km/h erreicht, kann der größere „Rheinadler 9“ mit seinem 141-PS-Motor 90 Kilometer pro Stunde zurücklegen.

Die Boote vom Typ „Vieser Shadow“ erfüllen alle Anforderungen des Rhein-Rettungsdienstes.



Zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens sowie der DLRG waren Gäste der Einweihungsfeierlichkeiten vor der dem Bundeshaus gegenüberliegenden DLRG-Station.



„Allzeit gute Fahrt“ und „stets eine Hand breit Wasser unter dem Kiel“ wünschten Hans Meier-Bode (mit Krug) und Peter Riegel (ganz rechts).



Geistliche der evangelischen und der katholischen Kirche segneten beide Boote.



DLRG-Führungskräfte informierten sich über Katastrophenschutzthemen



Der Landrat des Main-Kinzig-Kreises, Hans Rüger, sprach der DLRG in Hessen seine Anerkennung und seinen Dank für die stete Einsatzbereitschaft bei Katastrophen und Überschwemmungen aus.

Hineingestoßen ins „kalte Wasser“ der Katastrophenschutzproblematik wurden 34 Führungskräfte aus den Ortsgruppen des DLRG-Bezirks Wetterau-Vogelsberg anlässlich einer Tagung, die im März 1982 im Kreisjugendheim Hubertus bei Butzbach stattfand. Der Landrat des Wetteraukreises hatte zu dieser wichtigen Tagung seine zuständigen Sachbearbeiter entsandt. Durch die Teilnahme des Ortsbeauftragten des THW, Hans Luh, wurde die notwendige Zusammenarbeit auch mit dieser Organisation dokumentiert.

Den überwiegenden Teil der fachlichen Information hatte der Leiter der Fernmeldezentrale beim Katastrophenschutzstab des Wetteraukreises, Hans Guthier, der auch zugleich Mitglied und Kreisausbilder der Feuerwehr ist, übernommen.

Der Themenkreis dieser zweitägigen Veranstaltung war umfassend und reichte von Aufbau und Organisation des Katastrophenschutzes bis hin zu den fachspezifischen Aufgaben der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft. Über die rechtlichen Grundlagen und die gesetzlichen Bestimmungen referierte der

Sachbearbeiter beim Landrat des Wetteraukreises, Klaus Bolz.

Eine Analyse der im Jahre 1981 durchgeführten Einsätze, die durch Hochwasser und Unglücksfälle verursacht wurden, machte die Bedeutung des Katastrophenschutzes und die Eingliederung der DLRG in diese Institution deutlich. Den DLRG-Funktionären wurde bei dieser Tagung klar, daß innerhalb der einzelnen Ortsgruppen künftig neben der bisher geleisteten Arbeit in der Schwimm- und Rettungsausbildung sowie im Wachdienst auch verstärkt eine Ausbildung in der Bekämpfung von Wassergefahren aller Art stattfinden muß. Ferner ist die enge Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen sowohl bei Unglücksfällen wie auch bei katastrophenähnlichen Anlässen unabdingbar.

Bezirksleiter Gerd Wagner (Reichelheim) lobte den hohen Informationsgehalt dieser Tagung und dankte dem Katastrophenschutzbeauftragten für den Bereich des Wetteraukreises, Walter Schwab (Friedberg), für die ausgezeichnete Vorbereitung und Durchführung der Tagung.

Tauchereinsatz aus der Luft

In einem Hochhaus-Wohngebiet im Bremer Osten befindet sich ein Vorfluter mit nur etwa 3 m Wassertiefe. Hier waren

im Winter schon zwei Kinder ins Eis eingebrochen und ertrunken. Jetzt rutschte am 26. April der fünfjährige S. R. von

der Uferböschung beim Spielen ab und fiel ins Wasser; der Junge soll sofort untergegangen sein. Kinder verständigten über Telefon die Polizei.

Funkstreifenwagen, Rettungshubschrauber und Löschzüge rücken an. Der Kommissar vom Dienst bei der Schutzpolizei entscheidet sofort: Der Taucheinsatzzug der DLRG Bremen-Nord muß alarmiert werden. Das Polizeirevier verständigt die DLRG. Vom Standort des Taucheinsatzzuges bis zur Unfallstelle sind es gut 50 km Autobahn – für einen schnellen Taucheinsatz ein sehr weiter Weg. Die Leitung der Schutzpolizei entscheidet blitzschnell: Der Rettungshubschrauber muß nach Absetzen des Notarztes sofort wieder starten und die Taucher zur Unfallstelle fliegen.

Zwischenzeitlich rüsten sich die DLRG-Taucher bereits am Gerätedepot vollständig tauchbereit an. Als der Hubschrauber zur Übernahme landet, können zwei Taucher und der Leinenführer sofort einsteigen. Der Start erfolgt ohne Zeitverzögerung. Unmittelbar nach Abheben des Hubschraubers wird das Einsatzfahrzeug mit weiteren Tauchern in Marsch gesetzt, unter Alarmfahrt und in Begleitung eines Streifenwagens. Der Hubschrauber erreicht die Unfallstelle nach fünf Minuten Flugzeit.

Sofortiger Taucheinsatz: Nach nur vier Minuten Tauchzeit in dem völlig unsichtigen Wasser wird der ertrunkene Junge gefunden und an Land gebracht. Wiederbelebungsversuche durch den Notarzt scheitern. Das geborgene Kind ist tot.

Zum zweiten Male ist ein sehr schneller Taucheinsatz durch Taucher der DLRG Bremen-Nord mit dem Hubschrauber durchgeführt worden. Die Taucher konnten eine große Entfernung in kurzer Zeit überwinden. Dadurch gelang ein schneller Einsatz, der zwar in diesem speziellen Fall leider ein Leben nicht retten



Zum schnelleren Einsatz werden DLRG-Taucher des Taucheinsatzzuges Bremen-Nord mit dem Hubschrauber an der Unfallstelle abgesetzt.

konnte, der aber erneut zeigt, daß der DLRG-Taucheinsatzzug in der Rettungskette einen festen Platz hat.

Presseschau des Inlands

Gesundheitssicherstellungsgesetz kann keine Lücke schließen

Ratlose Gesichter gab es in der Bundespressekonferenz, als mitgeteilt wurde, die neue Gesundheitsministerin Anke Fuchs habe den Entwurf zum „Gesundheitssicherstellungsgesetz“ zurückgezogen. Eine von manchen gewiterte Sensation verbarg sich zwar nicht dahinter, aber ein dennoch wichtiges Thema:

Wie kann im Verteidigungsfall die Zivilbevölkerung geschützt werden?

Wenn der Gesetzentwurf nun auch vorerst in der Schublade verschwand, bedeutet das kaum, daß im Zivilschutz alles in Ordnung ist. Im Gegenteil: Anke Fuchs begründete den Rückzieher mit den unzureichenden Einrichtungen für den Katastrophenschutz in den Ländern. Eine bundeseinheitliche Regelung sei daher verfrüht.

Nach dem Grundgesetz ist Zivilschutz Ländersache. „Durch das Gesundheitssicherstellungsgesetz sollten die Schutzeinrichtungen in den Ländern vereinheitlicht und unter einem Bundesdach zusammengefaßt werden“, sagt Dieter Schütz, Pressereferent im Bundesgesundheitsministerium.

Einwände gegen ein solches Konzept gab es genug: Wäre ein solches Gesetz nicht schon Vorbereitung auf eine solche Situation?

Dennoch hatten vor allem die Länder seit Jahren auf bessere Kooperation gedrängt. Im Mai 1980 lag ein erster Entwurf auf dem Tisch, doch er erschien den Bundesländern zu perfektionistisch. „Hunderttausend Kleinigkeiten waren darin bereits festgeschrieben“, kommentiert Dieter Schütz. „Die Durchführung hätte etwa 30 Milliarden Mark gekostet.“

Außer einem Katalog von Baumaßnahmen und Verwaltungsvorschriften enthielt der Entwurf eine umstrittene Klausel: Ärzte, Apotheker und Krankenpflegepersonal sollten verpflichtet werden, sich für den Verteidigungsfall fortzubilden. Die Mehrheit der Ärzte bedauert

die Rücknahme des Gesetzentwurfs, wie eine Entschließung des 85. Deutschen Ärztetags im Mai zeigt: „Da die Vorbereitung auf ärztliche Hilfsmaßnahmen in Katastrophenfällen möglicherweise vergebens, jedoch niemals falsch sein kann, muß jeder Arzt katastrophenmedizinische Kenntnisse erwerben.“

Die Überlegung, daß ärztliche Hilfe in bestimmten Fällen „möglicherweise vergebens“ sein kann, ließ Kritiker allerdings zweifeln. Beim Einsatz von Atomwaffen ist die Hoffnung auf Schutz utopisch.

Doch brachten nicht grundsätzliche Bedenken, sondern Finanzierungsfragen und technische Probleme den Entwurf vorläufig zum Scheitern: Hilfsdienste sind unterbesetzt, es mangelt an Schutzräumen. Schütz: „In der Bundesrepublik gibt es nur rund 100 Betten für Schwerstbrandverletzte.“

(Kölner Stadtanzeiger)

750 Ärzte für den Katastrophenschutz

In Baden-Württemberg haben sich rund 750 Ärzte zur aktiven Mitarbeit im vorbereitenden Katastrophenschutz bereit erklärt. Diesen Ärzten werden zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen in Katastrophenmedizin angeboten. Wie der Stuttgarter Sozialminister Schlee mitteilte, haben sich etwa 220 Ärzte als Helfer auf mindestens zehn Jahre zum Dienst im Katastrophenschutz verpflichtet. Sie sind aus diesem Grund vom Wehrdienst freigestellt. Diese Ärzte werden sowohl in speziellen Lehrgängen der Katastrophenschutz-Schule des Bundes als auch in einem neuen Lehrgangsprogramm im Zusammenwirken mit den Sanitätsorganisationen entsprechend fortgebildet. Bis Ende 1982 sollen alle Ärzte, die Helfer im Katastrophenschutz sind, einen ersten Lehrgang durchlaufen haben. Das Sozialministerium läßt gegenwärtig auch bei den Krankenhäusern erheben, ob und auf welche Weise sie auf einen Katastrophenfall vorbereitet sind. Diese Erhebung soll Aufschluß

darüber geben, in wie vielen Krankenhäusern bereits Katastropheneinsatzpläne vorhanden oder geplant sind. Schlee hat darauf hingewiesen, daß die Krankenhäuser bereits nach der Landesbauordnung und im Rahmen des Anstaltsrechts verpflichtet sind, Vorbereitungen für die Bekämpfung von Schadensfällen im Krankenhausbereich zu treffen. Daneben müssen sie darauf vorbereitet sein, bei Nottfällen und Katastrophen außerhalb der Krankenhäuser die im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit größtmögliche Betten- und Behandlungskapazität schnell bereitzustellen. Es wird deshalb, so Schlee, angestrebt, die Krankenhäuser in alle Katastrophenschutzübungen mit einzubeziehen.

(Aalener Volkszeitung)

Tandler: Zivilschutz unzureichend

Die Bundesregierung hat es nach Meinung von Innenminister Gerold Tandler bisher versäumt, pflichtgemäß ausreichende Vorsorgemaßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung in einem Verteidigungsfall zu treffen. Diese Kritik erhob Tandler in einem Schreiben an seinen Bonner Kollegen Gerhart Baum.

Er bezog sich dabei auf Äußerungen der Bundesgesundheitsministerin Anke Fuchs, die es als sinnlos und schädlich bezeichnet hatte, Vorbereitungen für den Gesundheitsschutz im Verteidigungsfall zu treffen, weil dadurch der falsche Eindruck entstehe, ein Krieg sei begrenzt und man könne der Bevölkerung im Verteidigungsfall in irgendeiner Form helfen. In dem Schreiben protestiert Tandler „schärfstens“ dagegen, daß die von Bund und Ländern „in mühsamer und jahrelanger Arbeit erbrachten Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung von einem Mitglied der Bundesregierung abqualifiziert werden“. Der Minister wies in diesem Zusammenhang auf die vielen freiwilligen und hauptamtlichen Kräfte der zivilen Verteidigung hin.

(Passauer Neue Presse)

Presseschau des Auslands

Österreich: Der Zivilschutz liegt im argen

Die Katastrophe darf nicht kommen, denn der Katastrophenschutz in Österreich ist katastrophal. Es gibt weder ein funktionierendes Alarmsystem noch genügend öffentliche Schutzräume. Während etwa in der Schweiz 90 Prozent der Bewohner einen Schutzraum vorfinden, erstellt man hierzulande bestenfalls Pilotstudien.

„Die Verfassung sieht den Zivilschutz nicht vor“, kommentiert Ministerialrat Diplomingenieur Otto Talsky vom Bautenministerium trocken. Er hatte Dienstagabend auf Einladung der Wiener Ingenieurkammer eine Schar am Zivilschutz interessierter Architekten durch die Grundschräume der Albrechts- und der Wilhelmskaserne in Wien-Leopoldstadt gelotet. Übrigens fast die einzigen der Bundeshauptstadt.

In den Kasernen – wo Jungmänner „24 Stunden lang eingesperrt“ werden, um das Überleben in behelfsmäßiger Umgebung zu trainieren – gibt es verschieden große und unterschiedlich ausgestattete Schutzräume. So hat man etwa Schweizer, deutsche und tschechische Filtersysteme installiert. Wobei sich Sand noch immer besser bewährt als aller Kunststoff: In einer Schütthöhe von einem Meter und feucht gehalten, könnte er Chlorgas abschirmen. „Jeder niederösterreichische Weinkeller wäre ein grandioser Schutzraum“, schwärmt Talsky, „da liegen drei Meter Erde drüber, und Proviant ist meistens vorhanden.“ Solange es rundum friedlich zugeht, sind auch die Musterschutzräume beim Militär nahezu wohnlich.

Der Preis pro Schutzplatz wird mit 1500 bis 2000 Schilling kalkuliert. Kosten, die auch bei nachträglichem Einbau nicht viel höher liegen. Aber daran besteht hierzulande wenig Interesse. Der Bund hat erst 1981 beschlossen, in neuen

Schulen und Amtsgebäuden Schutzräume zu bauen. In 20 Jahren, schätzt Talsky, könnten in ganz Österreich 60000 Plätze geschaffen werden. In Wien aber verfügen weder Gemeindebauten noch das AKH über solche. Auch Privaten gibt die Bauordnung nur eine Empfehlung. In anderen Bundesländern sind Schutzräume wenigstens in der Bauordnung verankert. Zivilschützer Oberst Roman Köchl – „als Mandatar habe ich 15 Jahre lang vergeblich darum gekämpft“ – sieht den Grund für das Desinteresse der Bevölkerung „in einem Verdrängungskomplex und im Fatalismus der Wiener“. Auch für Ministerialrat Talsky ist zwar „der große Krieg unwahrscheinlich“, allein die Möglichkeit chemischer Belastung, Giftgase, Erdbeben oder Atomunfälle würde aber seiner Meinung nach die Errichtung von Schutzräumen rechtfertigen.

(Helga Wolf in „Die Presse“, Wien)

Die Bedeutung der Katastrophenmedizin

Das Interesse an der sogenannten Katastrophenmedizin als zentralem Teil der Katastrophenhilfe hat in den vergangenen Jahren vor allem im Zusammenhang mit der wachsenden Einsicht in die Pannenanfälligkeit der hochtechnisierten Infrastruktur der Industriestaaten stark zugenommen. Unter den westeuropäischen Ländern hat sich gerade die von Naturkatastrophen und kriegerischen Auseinandersetzungen nahezu vollständig verschonte Schweiz in besonderem Maß dieser Spezialität zugewendet. Hier wurde vor etwas mehr als einem Jahr von verschiedenen Lehrbeauftragten und leitenden Ärzten, vor allem Chirurgen, das erste umfassende deutschsprachige Handbuch der Katastrophenmedizin verfaßt, das sich im Ausland einer weitaus größeren Nachfrage erfreut als im Land der Autoren. Zu den an al-

len fünf medizinischen Fakultäten der Schweiz (in Basel seit 1971, in Zürich und Lausanne seit 1973 und in Bern und Genf seit 1976) alljährlich durchgeführten Blockkursen in Katastrophenmedizin finden sich jeweils zahlreiche Interessenten aus den Nachbarländern ein.

Ob die Vermutung, gerade in der Bundesrepublik werde das mit Kriegsassoziationen verbundene Thema verdrängt, zutrifft, bleibe dahingestellt. Tatsache ist, daß die Katastrophenmedizin weitgehend identisch ist mit der „Kriegsmedizin“ und auch historisch aus dieser hervorgegangen ist. Kriege waren und sind noch immer zwangsläufig die Übungsplätze für die Entwicklung medizinischer Notmaßnahmen bei Massenansturm von Verletzten und Verseuchten. Die Kriegschirurgie hat sich auch stets parallel zur Waffentechnik entwickelt, neue Arten von Verletzungen fordern neue notfallmedizinische Methoden. Die Betrachtung der Kriegsgeschichte unter dem Aspekt der Katastrophenmedizin, wie sie Prof. Rolf Lanz, Lehrbeauftragter für Katastrophenmedizin an der Universität Zürich, in seiner Antrittsvorlesung 1973 vorgenommen hat, ist ein faszinierendes Unterfangen. Dafür, daß auch nichtmilitärische Personen sich um das Wohl der Kriegsverletzten verdient machten, sind Florence Nightingale und Henry Dunant zwei besonders prominente aus einer Vielzahl von Beispielen.

Da auch zivilisationsbedingte Schadenereignisse außergewöhnlichen Ausmaßes – Flugzeugabstürze auf bewohntes Gebiet, Massenkarambolagen, Staudammbrüche, Kernkraftwerkunfälle – die personelle und materielle Kapazität der normalen Unfallhilfe übersteigen können, werden von der Katastrophenhilfe nicht nur besondere medizinische, sondern auch organisatorische Leistungen verlangt. Nur bei entsprechender Planung und Koordinierung des Einsatzes wird das Ziel der Katastrophenmedizin, die Rettung und Erhaltung möglichst vieler gefährdeter Menschenleben, erreicht . . .

(Neue Zürcher Zeitung)

Wissenschaft & Technik

Neue Luftheber bewältigen bis zu 80 Tonnen

Eine Reihe von aufpumpbaren textilen Lufthebern für schwerste Nothebeein-sätze ist in der Bundesrepublik Deutsch-land eingeführt worden. Die kleinste und leistungsfähigste Einheit kann Lasten bis zu 40 Tonnen mit einem Betriebsdruck von maximal 10 bar heben. Die leichten, nur 9,2 kg schweren Säcke sind mühe-los transportierbar und können – je nach Preßluftquelle – in höchstens zwei Minu-ten aufgepumpt werden. Die Luftheber erlauben das rasche Aufrichten umge-stürzter Fahrzeuge, Geräte oder Anla-gen ohne die Gefahr von Beschädigun-gen, die von herkömmlichen Hebezeu-gen oft drohen.

Der Luftheber ist vom Technischen Überwachungsverein (TÜV) geprüft und zugelassen worden, nachdem er einem Druck von 40 bar ausgesetzt wurde. Das Notrettungsgerät wird in einer Be-reitschaftstasche mit drei verschiedenen Sackgrößen geliefert. Je nach Typ verfü- gen die Luftheber dieser Serie über eine Hebekraft von 1 bis 8,5 Tonnen bei ei-



ner maximalen Hubhöhe von 36–85 cm. Neben diesen kleineren Einheiten werden auch Luftheber größerer Ab-messungen als Standard-Rettungsaus-rüstung zur Bergung von Flugzeugen, grö- ßeren Fahrzeugen, Eisenbahnwaggons und Lokomotiven geliefert. Bei Hebe- kapazitäten zwischen 20 und 80 Tonnen kann die Hubhöhe bis auf 450 cm ver- größert werden.

Nach Mitteilung der Hersteller können das leichte Gewicht und die hohe Reiß- festigkeit dieser Säcke, die leicht zu warten und korrosionsfrei sind, nur

durch eine Verstärkung mit einem Spe- zialgewebe erreicht werden, das bei gleichem Gewicht fünfmal stärker ist als Stahl (270 kg/mm²).

Filter-Rettungshaube für die Industrie

Die erste Filter-Rettungshaube für die Industrie wurde jetzt vorgestellt. Die im- mer aktuelle Forderung an Industrie- Fluchtfiltergeräte ist: umfassender Schutz bei einfacher Handhabung. Die- sem Anspruch trägt die Neuentwicklung Rechnung. Nicht nur die Atmung, son- dern auch Kopf, Gesicht und Augen werden optimal geschützt. Das wird er- reicht durch die Integration des Ateman- schlusses (Halbmaske mit Atemfilter) in eine Haube aus PVC-beschichtetem Baumwollgewebe mit großem Sichtfen- ster. Für einfachste Handhabung ist ge- sorgt: Überstreifen, Bänderung fest- ziehen.

Dieser Schutz ist besonders wichtig in der Industrie, gerade in Betriebsberei- chen, wo im Unglücksfall Spritzer ag- gressiver Medien oder toxische, augen- reizende Gase auftreten. Die Rettungs- haube ist mit einem kombinierten Gas- Partikelfilter 824 B1 P2 ausgerüstet. Das Filter schützt gegen anorganische Gase wie Chlor, Schwefelwasserstoff, Cyan- wasserstoff und gesundheitsschädliche Schwebstoffe. In einer roten Wandbox wird diese Filter-Rettungshaube statio- när, und zwar in gefährdeten Bereichen, gut sichtbar untergebracht.

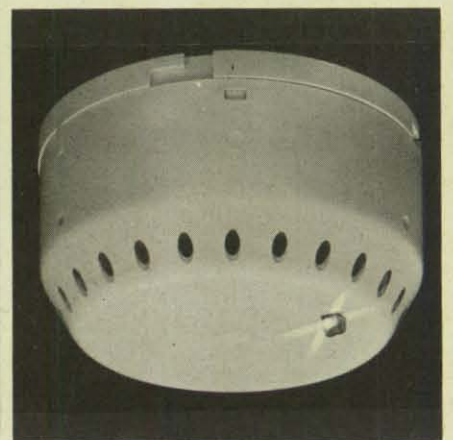


Ionisations-Brandmelder zeigt Betriebsbereitschaft an

Früherkennung von Bränden durch Ioni- sationsmelder: Die im Anfangsstadium eines Brandes entstehenden Aerosole dringen in die Kammer dieser Melder ein und verändern dort die Leitfähigkeit einer ionisierten Luftstrecke. Der Strom wird abgeschwächt, es gibt Alarm.

Auf der Hannover-Messe wurde jetzt der erste Ionisationsmelder vorgestellt, der seine einwandfreie Funktion durch grünes „stand-by“-Blinken signalisiert. Die Anzeige erfolgt durch eine Leucht- diode (Blinkfrequenz ca. 5 sec, Leucht- stärke max. 1 mcd). Die Diode ist zusam- men mit der roten Alarm-Diode in einem kompakten kleinen Leuchtquader unter- gebracht. Im Alarmfall gibt die rote LED Dauerlicht.

Der nach dem Ein-Kammer-System ar- beitende neue Ionisationsmelder hat zwei Empfindlichkeitsbereiche, dadurch ist eine brandlastabhängige Einstellung möglich. Hohe Luftfeuchtigkeit kann dem Melder nichts anhaben. Kurzes Auftreten einer Brandkenngröße führt nicht zum Täuschungsalarm, da diese über eine Mindestzeit anstehen muß. Die angewandte Vier-Draht-Technik mit handelsüblichen Fernmeldekabeln ist zukunftssicher. Durch Austausch eines Moduls in der Zentrale läßt sich jederzeit eine Zwei-Melder-Abhängigkeit in einer Linie zum Ansteuern einer Löschanlage durchführen.



Neue Bücher

Katastrophenmedizin

Leitfaden für die ärztliche Versorgung im Katastrophenfall

Herausgeber: Der Bundesminister des Innern

Redaktion: Prof. Dr. Leo Koslowski
Mitwirkung: RegDir. Carl Maier

Schon immer hat die Menschheit unter Katastrophen, Seuchen und Kriegen gelitten. In unserem Jahrhundert sind als Folge technischer Entwicklungen und stetig zunehmender Bevölkerungsdichte die Risiken gewachsen. Zum Teil sind völlig neue hinzugekommen, die im Hinblick auf ihre typischen Gefährdungsarten und auch psychischen Auswirkungen vorausbedacht und bewältigt werden müssen.

Hier hat die fachgerechte und besonnene medizinische Betreuung und Versorgung entscheidenden Einfluß auf das Ausmaß einer Katastrophe. Nur wenige Ärzte aber sind aufgrund ihrer Ausbildung oder Erfahrung auf das erforderliche Verhalten und die notwendigen Maßnahmen bei einem Massenansturm von Katastrophenopfern vorbereitet.

Daher legt ein Gremium unabhängiger Wissenschaftler, Mitglieder der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern, mit dieser Arbeit einen Leitfaden für die Ärzte in der Bundesrepublik Deutschland vor. Er soll in Katastrophenfällen helfen, bei Panik, Verletzungen, Strahlenschäden, Vergiftungen und Epidemien das ärztlich Notwendige zu tun oder einzuleiten. Der Leitfaden ist auch dazu bestimmt, am Katastrophenort zu Rate gezogen zu werden.

T.M.D. Schieber „Beförderung gefährlicher Güter“

Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes GmbH, Bonn

Der Schieber, seit Jahren bereits im Ausland benutzt, liegt nun auch in deutscher Ausführung vor. Er bildet eine Ergänzung der entsprechenden Merkblätter und Nachschlagewerke. Durch das Einstellen der Nummer zur Kennzeichnung der Gefahr (Kemler-Zahl) können

auf dem Schieber auf einen Blick abgelesen werden: Gefahreneigenschaften des Stoffes und mögliche Folgen, Gefahren für Personen und Erste-Hilfe-Maßnahmen, Sofortmaßnahmen bei Ausströmen oder Auslaufen sowie Verhalten bei Brandgefahr. Durch die schnelle Erkennbarkeit der Gefahren können die ersten Hilfsmaßnahmen unmittelbar eingeleitet werden, so daß wertvolle Zeit bei der Gefahrenabwehr gewonnen wird.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Gerdemann/Korbmann/Kutter/Stramka

Krankentransport und Rettungswesen

18. Ergänzungslieferung Erich Schmidt Verlag GmbH, Bielefeld

Die 18. Ergänzungslieferung enthält zahlreiche Aktualisierungen und Ergänzungen. Das Recht im Bereich der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein wird mit der Lieferung auf den neuesten Stand gebracht.

Töpfer/Lind Notstandsrecht der Bundesrepublik Deutschland

66. Ergänzungslieferung Verlag R. S. Schulz, Percha

Neben der Aktualisierung des Bundesrechts bringt die Ergänzungslieferung das Landesrecht von Baden-Württemberg, Bremen und Hessen auf den neuesten Stand. Die Verordnung über den Katastrophenschutzdienst ergänzt das Landesrecht Baden-Württembergs, zum bremischen Landesrecht zählt die Polizeiverordnung über die öffentliche Sicherheit. Das Landesrecht Hessens wird ergänzt durch die Verwaltungsvereinbarung über die Prüfung von Feuerlöschmitteln und -geräten sowie Atemschutz- und Funkgeräten für Feuerwehren.

67. Ergänzungslieferung

Mit der Lieferung wird das Bundesrecht auf den Stand vom 1. Januar 1982 gebracht. Neu aufgenommen wurde die Allgemeine Verwaltungsvorschrift über die Jahresbeträge und die Selbstbewirtschaftung für die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes, die Grundsätze zur Dokumentation technischer Unterlagen durch Antragsteller/Genehmigungsinhaber bei Errichtung, Betrieb und Stilllegung von Kernkraftwerken, die Zusammenstellung der zur bauaufsichtlichen Prüfung kerntechnischer Anlagen erforderlichen Unterlagen und die Kostenverordnung zum Atomgesetz.

68. Ergänzungslieferung

Neben zahlreichen Änderungen bringt die Lieferung auch die Aktualisierung der Reichsversicherungsordnung und des Unterhaltssicherungsgesetzes. Die weiteren Änderungen und Ergänzungen bringen das Landesrecht von Rheinland-Pfalz auf den neuesten Stand durch die Dritte Landesverordnung über Benutzungsentgelte nach dem Rettungsdienstgesetz, die Verwaltungsvorschrift über die Gewährung von Zuschüssen des Bundes bei der Errichtung von Hausschutzräumen und die Landesverordnung über die Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits-, Immissions-, Strahlen- und technischen Gefahrenschutzes.

Birth / Lemke / Polthier Handbuch Brandschutz 1. Ergänzungslieferung ecomед-Verlagsgesellschaft mbH, Landsberg

Das Handbuch wird durch die Ergänzungslieferung um den Abschnitt Einsatzlehre erweitert. Neu aufgenommen wurden ebenfalls die Mustergaststättenverordnung und die Musterkrankenhausverordnung. Die Kapitel Brandentstehung und Brandverlauf, Abwehrender Brandschutz und Vorbeugender Brandschutz wurden aktualisiert und ergänzt. Ein neu erstelltes Sachwortverzeichnis schließt die Lieferung ab.

Paul Claes

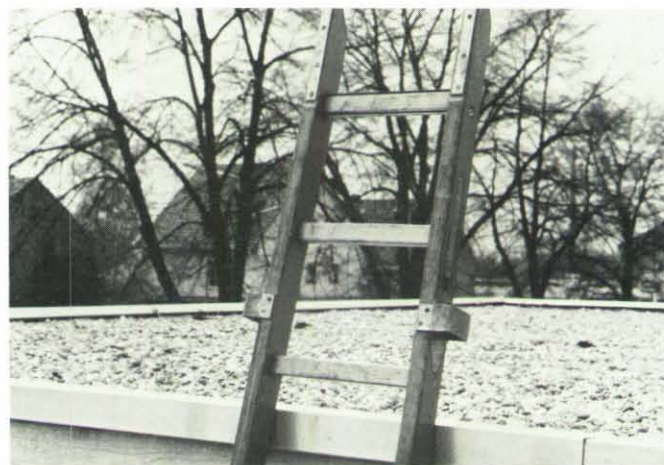
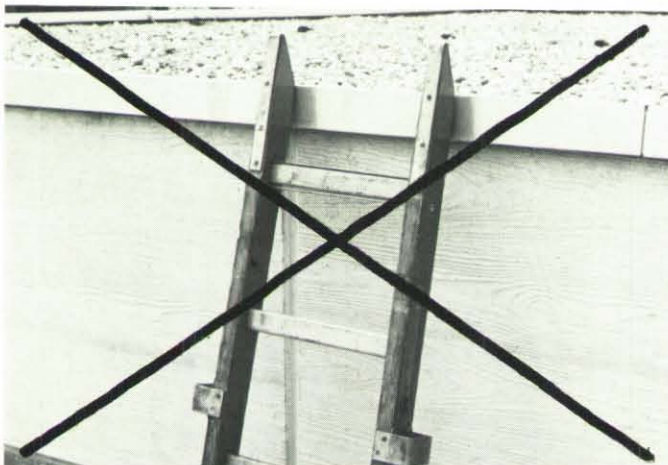
Safety first – im Brandschutzdienst

Das Minimagazin

Die jeweilige Paragraphenangabe bezieht
sich auf die Unfallverhütungsvorschrift
Feuerwehren vom 1. Juli 1972.



Gefahren durch Strahlrohre werden insbesondere vermieden, wenn . . . ein Schlauch nicht am Körper befestigt wird (D zu §21).



Der Absturzgefahr von und der Quetschgefahr auf Feuerwehrleitern wird vor allem dann vorgebeugt, wenn . . . beim Übersteigen der Leiter mindestens drei Sprossen über die Übersteigstelle hinausragen (D zu §20).



Gefahren durch Strahlrohre werden insbesondere vermieden, wenn . . . beim Besteigen einer Leiter der Schlauch über der Schulter getragen und das Strahlrohr nicht zwischen den Sicherheitsgurt (Hakengurt) und den Körper gesteckt wird (D zu §21).

Die Brandschutzstaffel im Behördenselbstschutz



Nach den „Empfehlungen für den Selbstschutz in Behörden“ sollen in Behörden ab etwa 100 Beschäftigten u. a. Brandschutzstaffeln aufgestellt und ausgebildet werden. Die Helfer und Führer dieser Staffeln werden in den entsprechenden Fachlehrgängen durch den Bundesverband für den Selbstschutz geschult.

Die Brandschutzstaffel ist mit der TS 2/5 ausgestattet. Schwerpunkt der Ausbildung ist deshalb die Bedienung dieser Tragkraftspritze und das Vortragen des Löschangriffs mit zwei D- und einem C-Rohr. Die Wasserentnahme wird dabei sowohl aus Hydranten als auch aus netzunabhängigen Löschwasservorräten geübt. Durch flexible Gestaltung der Transportmöglichkeiten des Gerätes (fahrbar auf Löschkarre oder verpackt in Tragetaschen) kann jede Behörde nach ihren eigenen Gegebenheiten zwischen der zweckmäßigsten Art des Transportes wählen.

Die Wasserentnahme aus fließendem Gewässer – wie hier gezeigt – dürfte zwar nicht typisch sein, wird aber für alle Fälle am Rande der Ausbildung ebenfalls geübt, insbesondere um das Ansaugen aus Höhen bzw. Tiefen zu demonstrieren.